

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Immanuel Geiss

Zwischen Marx und Stalin

Kritische Anmerkungen zur marxistischen
Periodisierung der Weltgeschichte

Heide Barmeyer

Geschichte in Wissenschaft
und Unterricht heute

Gerhard Schneider

Bemerkungen zum Geschichts-
unterricht im Übergang:
Gesellschaftslehre als Alternative?

B 41/74

12. Oktober 1974

Immanuel Geiss, Dr. phil., geb. 1931 in Frankfurt/Main; Professor für Neuere Geschichte an der Universität Bremen.

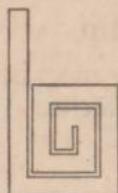
Veröffentlichungen u. a.: *Der polnische Grenzstreifen. Ein Beitrag zur deutschen Kriegszielpolitik im Ersten Weltkrieg*, Hamburg und Lübeck 1960 (polnische Ausgabe, Warszawa 1964); *Julikrise und Kriegsausbruch 1914. Eine Dokumentensammlung*, 2. Bde., Hannover 1963/64; *Juli 1914. Die europäische Krise und der Ausbruch des Ersten Weltkriegs*, München 1965 (dtv 293); *Gewerkschaften in Afrika*, Hannover 1965; *Panafricanismus. Zur Geschichte der Dekolonisation*, Frankfurt/Main 1968; *Die Afro-Amerikaner*, Frankfurt/Main 1969; *Studien über Geschichte und Geschichtswissenschaft*, Frankfurt/Main 1972 (edition suhrkamp 569); *Was wird aus der Bundesrepublik? Die Deutschen zwischen Sozialismus und Revolution*, Hamburg 1973; (mit Rainer Tamchina, Hrsg.), *Ansichten einer künftigen Geschichtswissenschaft*, 2 Bde., München 1974.

Heide Barmeyer, Dr. phil., geb. 1940; Studium der Geschichte, Soziologie und Anglistik in Münster, Tübingen und Göttingen. Akad. Rätin an der Technischen Universität Hannover.

Veröffentlichungen u. a.: *Andreas Hermes und die Organisationen der deutschen Landwirtschaft. Christliche Bauernvereine, Grüne Front, Reichsnährstand 1928 bis 1933. Quellen und Forschungen zur Agrargeschichte Bd. XXIV*, Stuttgart 1971; *Armand Freiherr von Dumreicher und das gewerbliche Bildungswesen in Österreich*, in: *Die Deutsche Berufs- und Fachschule* 67, 1971, 14—22; *Annektion und Assimilation. Zwei Phasen preußischer Staatsbildung, dargestellt am Beispiel Hannovers nach 1866*, in: *Niedersächsisches Jahrbuch* 45, 1973, 303—336.

Gerhard Schneider, Dr. phil., geb. 1943, Studium der Geschichte, Romanistik und Politikwissenschaft in Heidelberg und Caen; seit 1971 Wissenschaftlicher Assistent für Geschichte und deren Didaktik an der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule Rheinland-Pfalz, Abteilung Landau.

Veröffentlichungen u. a.: *Aufsätze zur mittelalterlichen Geschichte, süddeutschen Landesgeschichte und zur Didaktik der Geschichte*; zuletzt: *Ein Angriff auf das Unterrichtsfach Geschichte? Zum Erscheinen der Hessischen Rahmenrichtlinien Gesellschaftslehre Sekundarstufe I*, in: *Lebendige Schule* 28 (1973), S. 344—352; *Über Präsentismus und Gegenwartsbezug im Geschichtsunterricht*, in: *Geschichtsdidaktik und Curriculumentwicklung I. Beiträge zur Neugestaltung von Unterricht und Studium*, hrsg. v. Walter Fürnrohr (Fachdidaktische Studien, Bd. 11), München 1974, S. 264—275.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,
53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder:
Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dipl.-Sozialwirt Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung *DAS PARLAMENT*, 55 Trier, Fleischstraße 61—65, Tel. 06 51/4 80 71, nimmt entgegen:

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung *DAS PARLAMENT*, einschließlich Beilage zum Preise von DM 11,40 vierteljährlich (einschließlich DM 0,59 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 5,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Zwischen Marx und Stalin

Kritische Anmerkungen zur marxistischen Periodisierung
der Weltgeschichte

„Wir kennen nur eine einzige Wissenschaft, die Wissenschaft der Geschichte.“ (Karl Marx)

Marxismus zwischen Verketzerung und
Dogmatisierung

Die traditionelle deutsche Geschichtswissenschaft zeichnete sich durch dogmatische und ideologisierte Feindschaft gegenüber dem Marxismus schlechthin aus. Seit der massiven Verdächtigungskampagne gegen Karl Lamprecht Ende des 19. Jahrhunderts traf der Bannstrahl der Orthodoxie alle, die auch nur von Ferne in Verdacht geraten waren, irgend etwas mit Marxismus oder Sozialismus zu tun zu haben¹⁾. Die krisenhafte Unsicherheit seit dem Aufstieg der Sowjetunion zur Weltmacht und der Etablierung funktionierender Staaten kommunistischer Prägung seit 1945 gab der früher kaum wissenschaftstheoretisch begründeten Ablehnung im Zeichen des Kalten Krieges eine zusätzliche, ideologische und politische Dimension.

Da ein erheblicher Teil theoretischer Bemühungen um die Geschichte außerhalb der deutschen bzw. bundesdeutschen Geschichtswissenschaft in kritisch-rationaler Auseinandersetzung mit dem Marxismus oder in Rezeption seiner rationalen Elemente erfolgte, erklärt sich das inzwischen konzedierte Theoriedefizit (ähnlich wie in der Politik) in der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft aus der bisherigen Perhorreszierung des Marxismus oder auch nur marxistischer Ansätze. Während sich seit Beginn der Studentenbewegung 1967 vor allem jüngere Historiker bemühen, eine seit einem Jahrhundert verschleppte Auseinandersetzung mit dem Marxismus nachzuholen, rücken aber aus der nachwachsenden Generation Studenten heran, die mit einem verkürzten und dogmatisierten Verständnis eines aktionistisch und voluntaristisch verkrüppelten Vulgärmarxismus ein-

nen neuen Konformismus pseudo-marxistischer Observanz zu erzwingen suchen, dazu oft noch ohne Bereitschaft zur streng wissenschaftlichen Arbeit an empirischem Material im klassischen Sinn.

Dagegen waren die Arbeiten von Marx und Engels in außergewöhnlich hohem Maße historischer Natur oder sind von historischen Fragen durchsetzt — vom „Kommunistischen Manifest“ bis zum „Kapital“²⁾. Die zeitge-

Heide Barmeyer

Geschichte in Wissenschaft und Unterricht heute. Gedanken zu einer nachhistorischen Konzeption der Geschichtswissenschaft und zur sozialen Funktion des Geschichtsunterrichts ... S. 23

Gerhard Schneider

Bemerkungen zum Geschichtsunterricht im Übergang: Gesellschaftslehre als Alternative? S. 37

schichtlichen Arbeiten von Marx und Engels bieten noch immer den bequemsten und lesbarsten Einstieg in das Werk beider Autoren, somit in den Marxismus überhaupt. Schon die Tatsache, daß heute für rund eine Drittel der Menschheit in den kommunistischen Ländern und für eine wachsende Zahl in der übrigen Welt der Marxismus zur offiziellen oder als gültig akzeptierten Lehre (mit teilweise schon wieder institutionalisierten und ritualisierten Zügen) geworden ist, verbietet länger die Ignorierung oder Verketzerung des Marxismus. Wer ihn ernst nehmen will, braucht sich

²⁾ Karin Rittner, „Das Kapital“ als historische und als Gegenwartsanalyse. Möglichkeiten für Historiker, „Das Kapital“ zu lesen, in: I. Geiss/Rainer Tamchina (Hrsg.), Ansichten einer künftigen Geschichtswissenschaft, Bd. 1, München 1974, S. 140—152; Dieter Groh, Karl Marx, in: Deutsche Historiker IV, hrsg. von Hans-Ulrich Wehler, Göttingen 1972, S. 25—39.

¹⁾ Vgl. jetzt auch Manfred Asendorf, Aus der Aufklärung in die permanente Restauration. Geschichtswissenschaft in Deutschland, Hamburg 1974, vor allem S. 15—50.

deswegen nicht in neue dogmatische Schemata hineinpressen zu lassen. Marx und Engels wehrten sich, solange sie konnten, selbst gegen solche Kanonisierung, namentlich gegen sogenannte „Marxisten“ (die Anführungszeichen stammen von Engels), die flinkes Herunterbeten von standardisierten Formeln als Ersatz für die Mühe, sich historische Kenntnisse zu erwerben, ausgaben und ausgeben ³⁾).

Jüngste Erfahrungen in der Diskussion an bundesdeutschen Universitäten zwingen dazu, künftig zwischen „Marxisten“ — ganz im Sinne von Marx und Engels — und Marxisten zu unterscheiden. Als Marxisten gelten jene, die mit Marx'schen Kategorien arbeiten, selbst wenn sie sie ebenfalls partiell dogmatisiert haben mögen, d. h., diese nicht mehr kritisch hinterfragen oder hinterfragen lassen. Insgesamt aber sind sie noch für Diskussionen offen und haben teilweise auf einigen Bereichen, z. B. in der Geschichtswissenschaft, Ergebnisse erzielt, die denen der bisherigen Wissenschaft überlegen sein können. Zumindest markieren dort marxistische Historiker seit Jahrzehnten die internationale Spitze auf einigen Spezialgebieten (Christopher Hill für die Englische Revolution, Albert Soboul für die Französische Revolution, Eric Hobsbawm generell für moderne Wirtschafts- und Sozialgeschichte). Als „Marxisten“ dürfen dagegen solche Vertreter des „wissenschaftlichen Sozialismus“ gelten, die behaupten, nur der „wissenschaftliche Sozialismus“ sei überhaupt wissenschaftlich, während die „bürgerliche Wissenschaft“ unwissenschaftlich sei, und „bürgerliche Wissenschaft“ ist für sie alles, was von ihren voluntaristisch gesetzten Dogmen abweicht. Namentlich versuchen sie bei anderen, aus der partiellen Akzeptierung Marx'scher Elemente den Zwang zu politischem Konformismus in ihrem Sinn herauszupressen (übrigens ganz ähnlich wie — nur mit umgekehrtem Vorzeichen — auf der anderen Seite des politischen Spektrums die Vertreter der konservativen Orthodoxie). Marxismus gilt daher für die folgenden Ausführungen nur als wissenschaftliche Methode, nicht als politisches Kampfprogramm und schon gar nicht als Weltanschauung mit heilsgeschichtlichen Dimensionen.

Die doppelte Frontstellung gegen die abtretende konservative Orthodoxie und gegen eine heraufziehende möchte-gerne-revolutionäre Orthodoxie und pseudo-marxistische Dog-

matik erschwert somit eine rationale Diskussion: Den Konservativen waren schon teilweise Übernahmen Marx'scher Methoden von jeher suspekt; die un- und vorwissenschaftliche Praxis der pseudo-marxistischen Orthodoxie mit Rückfällen in die Autoritäten zitternde Scholastik des Mittelalters scheint sie vollends zu diskreditieren. Dagegen denunziert die neue extreme „Linke“ das Festhalten an intellektuellem Niveau und wissenschaftlicher Leistung — selbst bei Verwertung der fruchtbaren Aspekte im Marxismus — bereits als „bürgerliche Wissenschaft“, „Positivismus“ oder gar „politische Disziplinierung“.

Trotzdem ist eine kritische Reflexion über die brauchbaren Elemente im Marxismus längst überfällig. Sie sollte sich nicht durch kurzschlüssiges Denken in ideologisch-politischem Konformismus oder durch kurzfristige politische Bedenken aus der einen oder anderen Ecke des politischen Spektrums in unserer Gesellschaft von dem abhalten lassen, was nötig geworden ist.

Zur Periodisierung der Weltgeschichte durch den Marxismus

Bei allen sich auf Marx und Engels berufenden Strömungen unserer Zeit — also beim historischen Materialismus marxistischer wie „marxistischer“ Natur — spielt die bekannte Aufeinanderfolge der sog. Produktionsweisen eine zentrale Rolle: Urgesellschaft (oder Urgemeinschaft), Sklavenhaltergesellschaft, Feudalismus, Kapitalismus, Sozialismus bzw. Kommunismus, gelegentlich bereichert um die auf Marx zurückgehende Variante der sog. „asiatischen Produktionsweise“. In der Praxis erweist sich das Fünf- (bzw. Sechs-) Stadien-Schema als ein komplettes Schema zur Periodisierung der Weltgeschichte mit schwerwiegenden ideologischen und damit auch politischen Konsequenzen. Denn die Lehre von den aufeinanderfolgenden Produktionsweisen, von denen jede „fortschrittlicher“ gewesen sei als die vorausgegangene und sich stets nur auf revolutionärem Wege durchsetzen konnte, legt auch fest, daß eben die konsequentesten Anhänger dieser Lehre selbst „fortschrittlich“ in einem heilsgeschichtlichen Sinne sind, weshalb alle anderen Feinde des Fortschritts für die Menschheit sind (wie auch immer dieser „Fortschritt“ definiert sein mag).

Das Fünf-Stadien-Schema ist somit zentraler Bestandteil des sog. „historischen Materialis-

³⁾ Vgl. S. 9.

mus" oder „Marxismus" oder „Marxismus-Leninismus" oder des „wissenschaftlichen Sozialismus", weil es Kernstück der marxistischen Politischen Ökonomie ist. Da die Politische Ökonomie, so wie sie von Marxisten wie „Marxisten" gelehrt und gelernt wird, primär eine historische Wissenschaft ist, was übrigens auch einer Forderung von Engels nachkäme, hat nun auch der Historiker ein kritisches Wort in der Überprüfung dieses Periodisierungsschemas mitzureden. Wenn Vertreter des „wissenschaftlichen Sozialismus" gleich welcher Spielart ihren Anspruch auf Wissenschaftlichkeit wirklich ernst nehmen, dürfen sie in der notwendigen wissenschaftlichen Debatte nur sachliche Argumente gelten lassen, dürfen keine Kanonisierung eines Lehrgebäudes praktizieren, das vor jeder wissenschaftlichen Kritik gefeit sein soll.

Erst eine unbefangene und gerechte Würdigung der wissenschaftlichen Leistung von Marx und Engels auch für die Geschichtswissenschaft macht deutlich, wo ihre Grenzen liegen, wo sie vor allem durch auf sie sich berufende spätere Theoretiker oder Dogmatiker so einseitig festgelegt und dogmatisiert, d. h. jeder Diskussion entzogen wurden, daß die Verzerrungen und die Dogmatisierung leicht auf Marx und Engels selbst zurückfallen. Das gilt besonders vom Fünf-Stadien-Schema des sog. „wissenschaftlichen Sozialismus". Eine genauere Analyse zeigt nämlich, daß Marx und Engels vor über einem Jahrhundert im wesentlichen nur locker und unverbindlich formulierte Stichworte in die Debatte warfen, provisorische Rahmen anboten, die sie selbst nicht näher inhaltlich ausfüllten. Zwei Versuche zu inhaltlicher Ausfüllung blieben absichtlich unveröffentlicht, offenbar, weil sich beide der Unzulänglichkeit ihrer gedanklichen Klärungsversuche bewußt waren. Die eigentliche Ausfüllung erfolgte erst durch Stalin, der bekanntlich kein Historiker war. Seine „wissenschaftliche" Autorität sollte daher schon deshalb, von politischen Gründen ganz abgesehen, für eine angeblich so kritische Richtung wie den „wissenschaftlichen Sozialismus" gleich welcher Spielart nicht unanfechtbar sein.

Der Nachweis der inhaltlichen Auffüllung und Dogmatisierung durch Stalin sollte jedoch Marx und Engels nicht völlig freisprechen von den Schwächen des Periodisierungsschemas, das auf ihre provisorische Arbeitshypothese zurückgeht. Schon ihre Weigerung, ihre inhaltlichen Klärungsbemühungen zu

publizieren, weist auf ihr intellektuell redliches Schwanken in dieser Frage hin. Tatsächlich zeigt sich im Licht des inzwischen weiter fortgeschrittenen historischen Prozesses und der angelaufenen historischen Forschung, daß die Stichworte von Marx und Engels, so fruchtbar sie als intellektuelle Provokationen gewesen sein mögen, heute durch nuancierende Überlegungen abgelöst werden sollten, die dem komplexen historischen Prozeß eher gerecht werden. Es geht also nicht um den vermessenen Anspruch, den „Marxismus" oder „wissenschaftlichen Sozialismus" (was immer darunter verstanden sei) oder Marx und Engels schlechthin zu widerlegen, sondern die theoretische Reflexion an *einem*, wenn auch wichtigen Punkt, weiterzutreiben, als es Marx und Engels damals möglich war, vor allem, weil sie die revolutionierenden Konsequenzen der Industrialisierung zwar in ihren Anfängen sahen, aber in ihrer vollen Auswirkung und in ihren Formen nur ahnen und noch nicht als historische Realität übersehen konnten.

Vormarxistische Periodisierungsversuche

Das Bedürfnis nach einer Periodisierung der Weltgeschichte, also nach der Suche von Orientierungspunkten aus der Vergangenheit für die Gegenwart, ist so alt wie das schriftlich überlieferte Nachdenken von Menschen über ihre Vergangenheit selbst, ist also schon bei den alten Babyloniern, Chinesen und Griechen zu finden. Allen Versuchen ist gemeinsam, daß sie die fast natürliche Ansicht widerspiegeln, die jeweils über ihre Vergangenheit reflektierende Gesellschaft stünde im Zentrum der Welt. Periodisierungsschemata mußten daher stets in Konflikt mit den historischen Fakten geraten, wenn sie explizit oder implizit den Anspruch auf universale Gültigkeit nach Raum und Zeit beanspruchten. Solchen Tücken ist bisher auch das marxistische Periodisierungsschema nicht entgangen, das gegenüber allen vorausgegangenen das rationalste und am ehesten wissenschaftliche war. Aber jeder Versuch, die dort gewonnenen Einsichten vertikal nach vorwärts und rückwärts, horizontal über die gesamte Erde auszuweiten, muß zu unauflösbaren Widersprüchen mit der historischen Realität führen.

Das marxistische Periodisierungsschema stellt einen erheblichen relativen Fortschritt gegenüber allen bisherigen Periodisierungsversuchen dar, weil es als Kriterien für die Einteilung in Perioden im Prinzip objektivierbare,

Die Periodisierungsproblematik bei Marx und Engels

in Raum und Zeit allgemeingültige Faktoren benutzt — Umfang und Qualität der Produktion durch menschliche Arbeit. Davor galten subjektive und letzten Endes willkürliche oder nur formale Kriterien zur Periodisierung der Weltgeschichte — das goldene, silberne, eiserne (Kupfer bzw. Bronze) und eiserne Zeitalter von den Babyloniern bis zu den Griechen, später modifiziert in der Lehre von den vier aufeinanderfolgenden Weltreichen (Assyrier, Meder-Perser, Makedonier, Römer), seit Hieronymus (340/350-420) mit der apokalyptischen Vorstellung des Christentums vom Ende der Welt nach dem Untergang des römischen Reichs modifiziert und kombiniert.

Mit dem Aufkommen der Renaissance bildete sich etwa ab 1440 die noch heute gängige Vorstellung von Altertum — Mittelalter — Neuzeit, die Ende des 17. Jahrhunderts durch Ch. Cellarius in drei Werken gleichsam kodifiziert wurde: „*Historia antiqua*“ (1685), „*Historia medii aevi*“ (1688) und „*Historia nova*“ (1696)⁴). Das aus dem mediterran-europäischen Bereich gewonnene Dreier-Schema mehr formaler Natur wurde im Laufe der Zeit in sich verfeinert oder untergliedert (z. B. „Spätantike“; „Früh-, „Hoch-, „Spätmittelalter“; „Frühe Neuzeit“), nach vorwärts und rückwärts ausgedehnt („Vor- und Frühgeschichte“ einerseits, „Zeitgeschichte“ andererseits), geographisch auf andere Regionen übertragen, (z. B. „indisches Mittelalter“ oder „chinesisches Mittelalter“), sogar auch auf andere Perioden (z. B. die Antike) ausgedehnt, so daß die Rede vom „griechischen Mittelalter“ in der Antike sein konnte. Im gleichen Ausmaß, wie die Geschichte der Menschheit durch die Ausbreitung des Kapitalismus und Imperialismus, anschließend in den Gegenbewegungen des Sozialismus und Anti-Imperialismus immer mehr auch räumlich zu einem — wenn auch dialektischen, d. h. aus mannigfachen Widersprüchen und Konflikten bestehenden — historischen Prozeß zusammenwuchs, wurde auch die Unzulänglichkeit der formalen Periodisierungsversuche immer deutlicher.

⁴) Vgl. Georg Spitzelberger/Claus D. Kernig, Periodisierung, in: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie, Bd. IV, Freiburg, Basel, Wien 1971, Sp. 1135—1159; für diese Fragen ebenda, Sp. 1136—1140; ferner die Artikel „Periodisierung“ und „Universalgeschichte“ in: Das Fischer Lexikon. Geschichte, hrsg. von Waldemar Besson, Frankfurt/Main 1961.

Hegel sprach, noch ganz in der antik-christlichen Tradition, von den Zeitaltern der vier Reiche (orientalisches, griechisches, römisches, germanisches Reich). Ansätze zu einer Art Periodisierung bei Marx und Engels erscheinen so wie eine materialistische Ausfüllung des Hegelschen Periodisierungsschemas, das sich noch an politischen Formen orientierte. Dagegen nahmen Marx und Engels die Formen der Produktion als Kriterien zur Strukturierung des historischen Prozesses, der zur Bildung der kapitalistischen und der bürgerlichen Produktionsform führte. Nirgends aber stellten sie ein festes Periodisierungsschema auf, gar mit dem Anspruch auf zeitlich universale und räumlich lückenlose Geltung. Vielmehr beschränkten sie sich bewußt auf den europäisch-mediterranen Bereich, mit nur gelegentlichem Seitenblick auf Asien. Wer sich daher für sein marxistisches Periodisierungsschema mit solchen Präntentionen auf Marx und Engels beruft, trägt dafür die Beweislast. Selbst wenn der Beweis durch Aufspürung einschlägiger Zitate doch noch gelänge, so wären auch Marx und Engels keine unfehlbaren Autoritäten, vor denen der Historiker in Ehrfurcht zu erstarren und selbständig zu denken aufzuhören hätte. Bei allem Respekt vor der überragenden intellektuellen Leistung von Marx und Engels — als wirkliche Wissenschaftler waren sie die ersten, die sich eine Kanonisierung ihrer Ansichten verbat.

Elemente theoretischer Art des historischen Materialismus tauchen bereits 1845 in dem gemeinsamen Frühwerk von Marx und Engels „Die Deutsche Ideologie“ auf. Wesentlich und eigentlich kaum bestreitbar ist die Feststellung, daß elementare Voraussetzung für die Geschichte nicht nur die Existenz des Menschen ist, sondern auch Umfang und Art der materiellen Produktion, mit der er seine Existenz fristet. Zweifelhafte, weil in ihrer zugespitzten Abstraktion so nicht haltbar und auch prompt der späteren Dogmatisierung ausgeliefert, ist die These, daß „alle Kollisionen der Geschichte ihren Ursprung in dem Widerspruch zwischen den Produktivkräften und der Verkehrsform“ (d. h. in dem Begriff der Produktionsverhältnisse des späteren

Marx) hätten, und dieser Widerspruch müsse „jedemal in einer Revolution eklatieren“⁹⁾.

Marx und Engels haben jedoch ihr Manuskript seinerzeit nicht veröffentlicht, wohlweislich, wie sie selbst sahen. Nicht nur äußere Gründe verhinderten die Drucklegung. Die inneren verriet Marx freimütig und selbstkritisch im Vorwort „Zur Kritik der Politischen Ökonomie“ (1859): „Wir überließen das Manuskript der nagenden Kritik der Mäuse um so williger, als wir unsern Hauptzweck erreicht hatten — Selbstverständigung“¹⁰⁾. Und Engels fügte in seinem Vorwort zu „Ludwig Feuerbach“ (1888) über die „Darlegung der materialistischen Geschichtsauffassung“ nicht minder bescheiden hinzu, sie beweise nur, „wie unvollständig unsre damaligen Kenntnisse der ökonomischen Geschichte noch waren“¹¹⁾. So unvollständig sie damals noch gewesen sein mögen — die Lektüre beider Manuskripte macht deutlich, wieviel Marx und Engels damals — 1845/46 — tatsächlich schon wußten, jedenfalls in vielen Punkten mehr, als deutsche Geschichtsstudenten lange Zeit lernen konnten (und viele heute lernen wollen).

Auf keinen Fall findet sich dort ein Periodisierungsschema, es sei denn, man wolle die noch ganz unausgegorenen Ausführungen der beiden revolutionären ‚Twens‘ über die unterschiedlichen „Betriebsweise(n) der ackerbauenden, industriellen und kommerziellen Arbeit (Patriarchalismus, Sklaverei, Stände, Klassen)“ zu Vorstufen aufwerten, ferner über die „verschiedenen Entwicklungsstufen der Teilung der Arbeit“ als „verschiedene Formen des Eigentums“, nämlich „Stammeseigentum“, „antike(s) Gemeinde- und Staatseigentum“, das „feudale oder ständische Eigentum“¹²⁾.

Wohl aber enthält die „Deutsche Ideologie“ ebenso wie „Ludwig Feuerbach“ zahlreiche Hinweise auf die Bedeutung von so elementaren Faktoren wie Vermehrung der Bevölkerung und der Produktion für das Weitertreiben des welthistorischen Prozesses, ferner auf die überragende Bedeutung der Industrialisierung für die moderne Geschichte mit ihren die bisherige agrarische Gesellschaft umstür-

zenden Konsequenzen¹³⁾. Beide Faktoren lassen sich zu einer undogmatischen, auf Kenntnis der historischen Fakten basierenden Weiterentwicklung der Marx-Engels'schen Ansatzes verwenden, ohne deswegen von ihnen in Abhängigkeit zu geraten.

Erste publizierte Ansätze für ein „marxistisches“ Periodisierungsschema finden sich, noch ganz locker formuliert, 1848 zu Beginn des Kommunistischen Manifests. Nach dem berühmten einleitenden Satz: „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen“ folgt, durch einen Absatz getrennt und deutlich nur als Aufzählung von illustrierenden Beispielen gedacht, eine Reihung antagonistischer Klassenelemente, dazu noch im metaphorischen Singular: „Freier und Sklave, Patrizier und Plebejer, Baron und Leibeigener, Zunftbürger und Gesell, kurz, Unterdrücker und Unterdrückte ...“ Die Beispiele sind alle dem europäisch-mediterranen Bereich entnommen und geben noch kein Material für ein allseitig umfassendes Periodisierungsschemas her. In den „Grundrissen der Kritik der Politischen Ökonomie“ unterscheidet Marx 1858 zwar mehrere „Epochen ökonomischer Gesellschaftsformationen“, aber noch immer ohne umfassende Periodisierungsambitionen. Zudem setzt er an der einzigen Stelle, wo er solche Unterschiede nebeneinanderreihet, ökonomische Gesellschaftsformationen auch mit Formen des Eigentums gleich:

„Eigentum meint also ursprünglich — und so in seiner asiatischen, slawischen, antiken und germanischen Form — Verhalten des arbeitenden (produzierenden) Subjekts (oder sich reproduzierenden) zu den Bedingungen seiner Produktion oder Reproduktion als den seinen. Es wird daher auch verschiedene Formen haben nach den Bedingungen dieser Produktion.“¹⁴⁾

Bei der inhaltlichen Ausfüllung dieses Rahmens einige Seiten zuvor verzichtet Marx auf jede Formulierung, die eine chronologische Aufeinanderfolge suggerieren könnte. So spricht er zwar vom nomadisierenden „Hir-

⁹⁾ Ebenda, S. 21: „Diese Produktion tritt erst ein mit der Vermehrung der Bevölkerung.“ S. 31: „Dieses Hammel- oder Stammbewußtsein erhält seine weitere Entwicklung und Ausbildung durch die gesteigerte Produktivität, die Vermehrung der Bedürfnisse und die Beiden zum Grunde liegende Vermehrung der Bevölkerung.“ Für die Industrialisierung vgl. S. 45 f., S. 60.

¹⁰⁾ K. Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, Berlin (Ost) 1953, S. 395.

¹¹⁾ K. Marx/F. Engels, Die Deutsche Ideologie, Marx-Engels-Werke, Berlin-DDR 1973 (weiter zitiert als MEW), Bd. 3, S. 73 f.

¹²⁾ K. Marx, MEW, Bd. 23, S. 10.

¹³⁾ MEW, Bd. 21, S. 264; dort auch noch einmal das in Anm. 6 nachgewiesene Zitat.

¹⁴⁾ MEW, Bd. 3, S. 22—24.

tenwesen", das „die erste Form der Existenzweise“ gewesen sei¹¹⁾ (mit „Existenzweise“ ist schon wieder ein weiterer Begriff eingeführt, der als synonym zu „ökonomischen Gesellschaftsformationen“ verstanden werden muß), aber nach der antiken Form leitet er zur „germanischen“ so über: „Eine (andere) Form des Eigentums der arbeitenden Individuen, selfsustaining members of the community, an den Naturbedingungen ihrer Arbeit ist das germanische“. Außerdem weist das Auftauchen einer „slawischen“ Form des Eigentums als Synonym für „Produktionsweisen“ oder „ökonomische Gesellschaftsformationen“ auf eine zusätzliche Offenheit und Lockerheit der Formulierungen hin. Nichts ist rigide festgeschrieben, alles noch tastend und keineswegs selbstsicher dogmatisch formuliert, in sich auch problematisch genug. Wie wenig sich Marx in diesem Punkt festlegen wollte, beweist die Tatsache, daß er die „Grundrisse“ selbst nie veröffentlichte, so daß sie erst posthum aus seinem Nachlaß als Rohmaterialien zur „Kritik der Politischen Ökonomie“ erschienen.

Im berühmten Vorwort „Zur Kritik der Politischen Ökonomie“ von 1859 heißt es gar: „In großen Umrissen können asiatische, antike, feudale und modern bürgerliche Produktionsweisen als progressive Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation bezeichnet werden.“¹²⁾ Es heißt also ausdrücklich nicht: Das waren die chronologisch aufeinanderfolgenden Produktionsweisen (= ökonomische Gesellschaftsformationen) überhaupt, sondern sie gelten nur als „progressive Epochen“. Die gewählte Formulierung legt nahe, daß es auch nicht-progressive Epochen gab. Damit entfällt, zumindest impliziert, der Anspruch auf zeitlich lückenlose Gültigkeit eines wie auch immer gearteten daraus abgeleiteten Periodisierungsschemas.

Dogmatisierung und versuchte Abwehr

Marx und Engels mußten sich in ihren späten Jahren immer wieder dagegen verwahren, sie hätten mehr geleistet, als die Entstehung des bürgerlichen Kapitalismus in Westeuropa aus dem historischen Prozeß im europäisch-mediterranen Bereich seit der Antike rekonstruiert und analysiert zu haben. Gegen einen russischen Kritiker des „Kapital“ wandte Marx in diesem Sinne 1877 ein: „Er muß durchaus meine historische Skizze von der Entstehung

des Kapitalismus in Westeuropa in eine geschichtsphilosophische Theorie des *allgemeinen* Entwicklungsganges verwandeln, der allen Völkern schicksalsmäßig vorgeschrieben ist, was immer die geschichtlichen Umstände sein mögen, in denen sie sich befinden, um schließlich zu jener ökonomischen Formation zu gelangen, die mit dem größten Aufschwung der Produktivkräfte der gesellschaftlichen Arbeit die allseitigste Entwicklung des Menschen sichert.“¹³⁾

Und Marx fügt in Klammern als ironisches Paradoxon hinzu: „Das heißt mir zu viel Ehre und zu viel Schimpf antun.“ Mit anderen Worten: Marx war realistisch und selbstbescheiden genug, zu erkennen, daß die scheinbare Ehre, mit seiner regional begrenzten Analyse ein allseits umfassendes Periodisierungssystem erfunden zu haben, ihm eher Lächerlichkeit („Schimpf“) als Ehre eingetragen hätte. Aus dem vergleichenden Studium von historischen Beispielen zur Illustrierung des historischen Prozesses, so ließ Marx gelten, „wird man leicht den Schlüssel zu dieser Erscheinung finden“, [hier der Entwicklung der römischen Plebejer zum Proletarier („faulenzender Mob“) einerseits, zur „auf Sklavenearbeit beruhende Produktionsweise“ andererseits]. Aber, so fügt Marx ausdrücklich hinzu: „Man wird niemals dahin gelangen mit dem Universalschlüssel einer allgemeinen geschichtsphilosophischen Theorie, deren größter Vorzug darin besteht, übergeschichtlich zu sein.“¹⁴⁾ Marx selbst wollte also ausdrücklich keine „allgemeine geschichtsphilosophische Theorie“ der Periodisierung konstruieren. Er wehrte sich nicht nur subjektiv gegen eine solche Überhöhung seiner theoretischen Leistung. Er hatte auch objektiv recht: Marx hat keine als Periodisierungsschema gemeinte oder interpretierbare allgemeine, in ihrer Abstraktion „übergeschichtlich“ wirkende Theorie hinterlassen.

Nach dem Tod von Marx führte Engels die Abwehr gegen alle Kodifizierungs- und Dogmatisierungsversuche fort. Mit dem berühmten Brief an Joseph Bloch vom 21. September 1890, in dem sich Engels temperamentvoll gegen das Mißverständnis oder gegen die Verkürzung verwahrte, als sei das „ökonomische Moment“ nur „das einzig bestimmende“¹⁵⁾, schrieb er auch neueren „Marxisten“ (die Anführungsstriche bei Engels im Original!)

¹³⁾ MEW, 19, S. 111, Brief an die Redaktion der „Otschestwennyje Sapiski“.

¹⁴⁾ Ebenda, S. 112.

¹⁵⁾ MEW, 37, S. 462—465, das Zitat S. 463.

¹¹⁾ Ebenda, S. 375 f.; das folgende Zitat S. 380.

¹²⁾ MEW, 13, S. 9.

einiges ins Stammbuch, was sich auch viele der inzwischen allerneuesten „Marxisten“ hinter die Ohren schreiben sollten: „Des weiteren möchte ich Sie bitten, diese Theorie in den Originalquellen und nicht aus zweiter Hand zu studieren... Daß von den Jüngeren zuweilen mehr Gewicht auf die ökonomische Seite gelegt wird, als ihr zukommt, haben Marx und ich teilweise selbst verschulden müssen. Wir hatten, den Gegnern gegenüber, das von diesen geleugnete Hauptprinzip zu betonen, und da war nicht immer Zeit, Ort und Gelegenheit, die übrigen an der Wechselwirkung beteiligten Momente zu ihrem Recht kommen zu lassen. Aber sowie es zur Darstellung eines historischen Abschnitts, also zur praktischen Anwendung kam, änderte sich die Sache, und da war kein Irrtum möglich. Es ist aber leider nur zu häufig, daß man glaubt, eine neue Theorie vollkommen verstanden zu haben und ohne weiteres handhaben zu können, sobald man die Hauptsätze sich angeeignet hat, und das auch nicht immer richtig. Und diesen Vorwurf kann ich manchen der neueren ‚Marxisten‘ nicht ersparen, und es ist da denn auch wunderbares Zeug geleistet worden.“¹⁶⁾

Was Engels zuvor von der unzulässigen Verkürzung auf das nur Ökonomische bei Handhabung des Basis-Überbau-Modells geschrieben hatte, gilt sinngemäß auch auf das von späteren „Marxisten“ (die teilweise 1890 schon längst geboren waren) aus Marx herausgepreßte „marxistische“ Periodisierungsschema: „Sonst (d. h., liebe man alle die anderen Faktoren im Überbau, die Engels ausführlich aufzählt, weg, I. G.) wäre die Anwendung der Theorie auf eine beliebige Geschichtsperiode ja leichter als die Lösung einer einfachen Gleichung ersten Grades.“¹⁷⁾

Genau das, wogegen sich Engels kurz vor seinem Tode so energisch wehrte, tun heute viele „Marxisten“: Sie benutzen einige Formeln (Basis-Überbau, Produktivkräfte, Produktionsverhältnisse, Produktionsweise usw.), die sie, oft mit geringen historischen Kenntnissen, glauben, auf fast jede beliebige historische oder gegenwärtige Gesellschaft anwenden zu können. Da sie sich ohnehin im sicheren Besitz des (von Marx gerade geleugneten) über-

geschichtlichen „Universalschlüssels“ zur Erkenntnis der Geschichte wähnen, ist für sie „die Anwendung der Theorie auf eine beliebige Geschichtsperiode“ in der Tat leichter als die Lösung einer einfachen Gleichung ersten Grades“, weil es für sie eben keine Unbekannte gibt. Da Marx und Engels sich gegen die sie verkürzenden, simplifizierenden und dogmatisierenden „Marxisten“ nicht mehr wehren können, scheint es angebracht, sie vor ihren übereifrigen Nachbetern zu schützen, die so den rationalen und wissenschaftlich fortschrittlichen Ansatz von Marx und Engels durch ihre Dogmatisierung diskreditieren, nämlich die Gewinnung von objektiven Kriterien zur Einteilung, d. h. Periodisierung des historischen Prozesses aus der ökonomischen Entwicklung und den daraus resultierenden sozialen und politischen Konsequenzen.

Alle Äußerungen von Marx und Engels zur Frage „vorkapitalistischer Produktionsweisen“, vor allem Sklaverei und Feudalismus, sind zudem aus einer (nicht nur für die damalige Zeit) ungeheuren Kenntnis der damals wichtigsten historischen Literatur sowie aus intimer Kenntnis antiker wie mittelalterlicher Quellen gespeist, wie die z. T. sehr ausführlichen und noch heute mit großem Gewinn zu lesenden Analysen zeigen¹⁸⁾. Einer der führenden westdeutschen Althistoriker hat ihnen ausdrücklich bescheinigt, daß sie z. B. erstmals die Althistorie auf die Bedeutung wirtschafts- und sozialgeschichtlicher Faktoren hinwiesen, während allerdings ihre Aussagen generellen Charakters zu einer Zeit entstanden, als sie notwendig die gerade durch ihren stimulierenden Beitrag später entstandenen neuen Forschungen über Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Antike noch nicht kennen konnten¹⁹⁾.

Die Nachfolger von Marx und Engels im revolutionären Prozeß — vor allem Stalin — haben ohne solche umfassenden Kenntnisse *einige* bei Marx und Engels vorhandene Elemente ein-

¹⁸⁾ Z. B. Friedrich Engels, *Anti-Dühring*, MEW, Bd. 20; ders., *Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates*, MEW Bd. 21, S. 27—173; K. Marx/F. Engels, *Die deutsche Ideologie*, MEW Bd. 3, S. 17—77.

¹⁹⁾ Fr. Vittinghoff 1960, nach Norbert Brockmeyer, *Arbeitsorganisation und ökonomisches Denken in der Gutwirtschaft des Römischen Reiches*, Diss. phil. Bochum 1968, S. 38; dort, S. 33—70, auch eine Analyse der wichtigsten Äußerungen von Marx, Engels, Lenin und Stalin zur Frage der antiken Sklaverei, mithin zum wunden Punkt im „marxistischen Periodisierungsschema“, und der marxistischen Althistorie.

¹⁶⁾ Ebenda, S. 464 f., vgl. auch Engels an Conrad Schmidt v. 5. 8. 1890, MEW 37, S. 436: „Ganz wie Marx von den französischen ‚Marxisten‘ der letzten 70er Jahre zu sagen pflegte: ‚Tout ce que je sais, c'est que je ne suis pas Marxiste.‘“ (Alles was ich weiß, ist, daß ich kein Marxist bin.)

¹⁷⁾ Ebenda, S. 463.

fach zusammengefügt und in den Rang von axiomatischen Lehrsätzen erhoben, die von der Wissenschaft nicht mehr kritisch zu hinterfragen, sondern nur noch zu beweisen, von den Laien und politischen Anhängern kritiklos zu glauben waren. Lenin, dessen Stärke in der Analyse des zeitgenössischen Imperialismus lag, ferner in der Entwicklung einer aus den besonderen Bedingungen Rußlands entwickelten Revolutionstheorie samt praktischer Anwendung durch Parteiarbeit und Revolution selbst, äußerte sich nur einmal, nach geglückter Revolution, 1919 in einer Vorlesung „Über den Staat“ zur Periodisierungsproblematik: „Die jahrtausendelange Entwicklung aller menschlichen Gesellschaften in ausnahmslos allen Ländern zeigt uns eine allgemeine Gesetzmäßigkeit ... derart, daß wir zuerst eine Gesellschaft ohne Klasse haben, die ... Urgesellschaft, dann ... die Gesellschaft der Sklavenhalter. Dieses Stadium hat das ganze moderne zivilisierte Europa durchlaufen ... (in der) Leibeigenschaft ... (hat sich) die Form der Beziehungen zwischen den Menschen ... geändert ... In der Gesellschaft der Leibeigenschaft (entstand) ... die Klasse der Kapitalisten ... Den Übergang der Gesellschaft von den Urformen der Sklaverei zur Leibeigenschaft und schließlich zum Kapitalismus müssen Sie stets im Auge behalten“²⁰⁾. Die Aussage ist, genau besehen, in sich widersprüchlich, weil sie eingangs die universale („allgemeine“) „Gesetzmäßigkeit“ ankündigt und postuliert, anschließend aber meist nur von Europa spricht.

Stalins Fünf-Stadien-Schema

Die eigentliche Fixierung und Dogmatisierung der bei Marx und Engels noch gleichsam flüssigen und flexiblen Elemente erfolgte erst durch Stalin. Er war weder Wissenschaftler noch Historiker, da er nie eine Wissenschaft studierte und sich auch nicht durch von der Wissenschaft anerkannte wissenschaftliche Arbeiten schriftlich, d. h. gedruckt und allgemein zugänglich, ausgewiesen hat. Im gleichen Maße, in dem er seine persönliche Herrschaft zur Diktatur ausbaute, entfaltete er auch den Ehrgeiz, selbst als Theoretiker und Klassiker des von ihm so genannten „Marxismus-Leninismus“ in die Geschichte einzugehen. Dazu eignete sich insbesondere die Frage der Periodisierung. Stalin kombinierte die meisten der bei Marx und Engels vorzufindenden Elemente zu einer Periodisierung mit dem bereits im „Kommunistischen

Manifest“ nur so hingeworfenen Gedanken, daß der Klassenkampf in den verschiedenen Epochen „jedemal mit einer revolutionären Umgestaltung der ganzen Gesellschaft endete oder mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen“²¹⁾. Stalin ließ einfach die — immerhin genannte — historische Alternative („gemeinsamer Untergang der kämpfenden Klassen“) weg und erhob die erste Hälfte der Aussage zum Lehrsatz, daß sich der Übergang von einer Gesellschaftsformation zur anderen stets durch eine Revolution vollzogen habe²²⁾. Dazu mußte er jedoch „die Revolution der Sklaven“ beim Untergang der Antike ebenso erfinden wie „die Revolution der leibeigenen Bauern“ zur Beseitigung der „Feudalherren“. Stalin führte diese Neuerung in seiner „Rede vor den Stoßarbeitern der Kollektivwirtschaften“ im Jahre 1933 ein. Die beiden zentralen Abschnitte sind so instruktiv und kurz, daß sie eine vollständige Zitierung rechtfertigen. Zur Erläuterung seiner These, daß die Oktoberrevolution die erste Revolution gewesen sei, die „es sich zum Ziel gesetzt“ hatte, „jegliche Ausbeutung abzuschaffen und alle und jede Ausbeuter und Unterdrücker zu beseitigen“, griff Stalin auf die Geschichte zurück: „Die Revolution der Sklaven beseitigte die Sklavenhalter und hob die Sklaverei als Form der Ausbeutung der Werktätigen auf. An die Stelle der Sklavenhalter setzte sie aber Feudalherren und die Leibeigenschaft als Form der Ausbeutung der Werktätigen. Die einen Ausbeuter wurden durch andere Ausbeuter abgelöst. Die Revolution der leibeigenen Bauern beseitigte die Feudalherren und hob die Leibeigenschaft als Form der Ausbeutung auf. Sie setzte jedoch an ihre Stelle Kapitalisten und Gutsbesitzer, die kapitalistische und gutsherrliche Form der Ausbeutung der Werktätigen. Die einen Ausbeuter wurden durch andere Ausbeuter abgelöst.“²³⁾ — Das war bereits alles.

²¹⁾ Im Anschluß an den Satz aus dem „Kommunistischen Manifest“ über die Klassengegensätze.

²²⁾ Stalin stand möglicherweise unter dem Eindruck der erst 1932 in Moskau auf deutsch, 1933 auf russisch erschienen „Deutschen Ideologie“. Das kommt davon, wenn man im Übereifer Manuskripte von Autoren posthum veröffentlicht, die jene bewußt gar nicht veröffentlichen wollten, um sie anschließend in den Kanon der Heiligen Schriften aufzunehmen. Ähnliches gilt für die „Grundrisse zur Kritik der Politischen Ökonomie“, die im Grunde nur ein vorläufiges Rohmanuskript darstellen.

²³⁾ J. W. Stalin, Rede auf dem ersten Unionskongreß der Stoßarbeiter der Kollektivwirtschaften

²⁰⁾ Lenin-Werke, Bd. 29, S. 465 ff.

Nicht ausdrücklich ausgesprochen, aber impliziert war die Allgemeingültigkeit sowohl der Aufeinanderfolge der beiden Gesellschaftsformationen als auch die Kombination mit einem wie auch immer gearteten revolutionären Vorgang. Jedes Mal drängt sich aber der Verdacht auf, daß Stalin nur einen partikularen Vorgang (ob real oder nur in seiner Phantasie abgelaufen) unbewußt für die gesamte Menschheit verallgemeinerte. Im antiken Fall dachte er an Italien, wo es aber, wie inzwischen auch die sowjetische Altertumforschung einräumt, nie eine Sklavenrevolution gab, die mit dem Römischen Reich auch die Sklaverei gestürzt hätte²⁴). Im anderen Fall dachte er offenbar, wie die Kombination vom Sturz der „Leibeigenschaft“ mit „Kapitalisten und Gutsbesitzer“ nahelegt, an Rußland, für das das Stalinsche Modell angehen mag.

In keinem Fall lassen sich beide Vorgänge zu einem universalen, zeitlich wie räumlich allgemeingültigen Periodisierungsschema ausweiten. Genau das tat Stalin aber nur fünf Jahre später, als er das für viele zeitgenössische „Marxisten“ noch immer gültige Periodisierungsschema dekretierte — in seiner Schrift „Über dialektischen und historischen Materialismus“²⁵). Nachdem Stalin Grundelemente der materialistischen Geschichtsauffassung (Produktionsinstrumente, Produktivkräfte, Produktionsverhältnisse, -weisen usw.) ganz so erläutert hatte, wie es noch heute in den gängigen marxistischen Lehrbüchern geschieht²⁶), führte er den Ansatz zum Periodisierungsschema erstmals ein: „Auf verschiedenen Entwicklungsstufen bedienen sich die Menschen verschiedener Produktionsweisen oder, größer gesprochen, führen sie eine verschiedene Lebensweise. Im erwachsenen Gemeinwesen besteht eine Produktionsweise,

unter der Sklaverei eine andere, unter dem Feudalismus eine dritte Produktionsweise usw. Dementsprechend sind auch die Gesellschaftsordnung der Menschen, ihr geistiges Leben, ihre Anschauungen, ihre politischen Einrichtungen verschieden ... Das bedeutet, daß die Entwicklungsgeschichte der Gesellschaft vor allem die Entwicklungsgeschichte der Produktion ist, die Geschichte der Produktionsweisen, die einander im Laufe der Jahrhunderte ablösen, die Entwicklungsgeschichte der Produktivkräfte und der Produktivverhältnisse der Menschen.“²⁷)

Mit der Wendung von den „Produktionsweisen, die einander im Laufe der Jahrhunderte ablösen“, ist eine chronologische Abfolge der Produktionsweisen eingeschlossen. Zum mindesten muß die Formulierung in diesem Sinne so verstanden werden und wurde bisher von „Marxisten“ auch so gehandhabt. Auf eine Bestimmung des dialektischen Verhältnisses zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen bzw. Produktionsweisen folgt „ein schematisches Bild der Entwicklung der Produktivkräfte von den ältesten Zeiten bis auf unsere Tage“, d. h. „von groben Steinwerkzeugen“ bis zur „modernen maschinellen Großindustrie“. Und nun folgt die Entfaltung des seitdem gängigen Fünf-Stadien-Schemas, jeweils mit einigen zusätzlichen Erläuterungen, die hier aus Raumgründen teilweise weggelassen werden: „Die Geschichte kennt fünf Grundtypen von Produktionsverhältnissen: die Produktionsverhältnisse der Urgemeinschaft, der Sklaverei, des Feudalismus, des Kapitalismus, des Sozialismus. In der Urgemeinschaft war die Grundlage der Produktionsverhältnisse das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln ... Hier gibt es keine Ausbeutung, keine Klassen. In der auf Sklaverei beruhenden Gesellschaftsordnung ist die Grundlage der Produktionsverhältnisse das Eigentum des Sklavenhalters an den Produktionsmitteln, aber auch an dem Produzenten, dem Sklaven ... Hier gibt es bereits keine gemeinsame und freie Arbeit aller Mitglieder der Gesellschaft im Produktionsprozeß, hier herrscht die Zwangsarbeit von Sklaven, die von den nichtarbeitenden Sklavenhaltern ausgebeutet werden. Daher gibt es auch kein Gemeineigentum an den Produktionsmitteln sowie an den erzeugten Produkten ... In der Feudalordnung ist die Grundlage

(19. 2. 1933), in: J. W. Stalin, Fragen des Leninismus, Berlin (Ost) 1950, S. 498 f.

²⁴) E. M. Staerman, Progressive und reaktionäre Klassen im spätrömischen Kaiserreich, in: Manfred Kossok (Hrsg.), Studien über die Revolution, Berlin (Ost) 1969, S. 19—32.

²⁵) U. a. abgedruckt in: J. W. Stalin, Fragen des Leninismus, S. 647—679. Die „Vorbemerkung“ zu dem Sammelband weist darauf hin: „Vom Genossen Stalin für den ‚Kurzen Lehrgang der Geschichte der KPdSU (B)‘ geschrieben, September 1938“.

²⁶) Vor allem das Lehrbuch der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Institut für Ökonomie: Politische Ökonomie, Berlin (Ost) 1955, mit der heute gültigen erweiterten zweibändigen Ausgabe: Lehrbuch Politische Ökonomie, Bd. 1: Vorsozialistische Produktionsweisen, Bd. 2: Sozialismus, Frankfurt/Main 1972.

²⁷) J. W. Stalin, Dialektischer und historischer Materialismus, in: Fragen des Leninismus, S. 666; die folgenden Zitate ebenda, S. 669 f., 670—674.

der Produktionsverhältnisse das Eigentum des Feudalherrn an den Produktionsmitteln und beschränktes Eigentum an dem Produzenten, dem Leibeigenen ... Neben dem Feudaleigentum existiert das individuelle Eigentum des Bauern und des Handwerkers an den Produktionsinstrumenten und an seiner auf persönlicher Arbeit beruhenden privaten Wirtschaft ... In der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist die Grundlage der Produktionsverhältnisse das kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln ohne Eigentum an den Produzenten, den Lohnarbeitern ... Neben dem kapitalistischen Eigentum an den Produktionsmitteln besteht das Privateigentum des von fröhlicher Abhängigkeit befreiten Bauern und Handwerks an den Produktionsmitteln, das auf persönlicher Arbeit beruht und in der ersten Zeit weit verbreitet ist ... In der sozialistischen Gesellschaftsordnung, die vorerst nur in der Sowjetunion verwirklicht ist, ist die Grundlage der Produktionsverhältnisse das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln ... Das ist das Bild der Entwicklung der Produktionsverhältnisse der Menschen im Verlaufe der Geschichte der Menschheit."

Selbst Stalin nahm vielleicht noch nicht einmal explizit die universale Gültigkeit seines Fünf-Stadien-Schemas an, denn er sprach einleitend nur von fünf „Grundtypen“, was im Original kursiv (nämlich „Grund“) gesetzt war. Seine Formulierung ließ also rein theoretisch noch die Möglichkeit anderer Typen zu, die eben nicht Grundtypen waren. Tatsächlich fielen in der späteren Ausführung des Fünf-Stadien-Schemas andere Typen weg, vor allem die von Marx einst als Möglichkeit in die Debatte geworfene „asiatische Produktionsweise“, die seit ungefähr einem Jahrzehnt als Beweis einer angeblichen Überwindung des Stalinschen Dogmatismus wieder auftaucht, ohne jedoch mehr als eine nur regionale Modifizierung des ansonsten weiter beibehaltenen Fünf-Stadien-Schemas von Stalin zu bedeuten²⁸⁾. Selbst Stalin führte den Revolutionsmechanismus noch nicht ganz rigide ein, denn nach ihm vollzog sich der Übergang von einer Produktionsweise zur anderen nur „gewöhnlich auf dem Wege des revolutionären Sturzes der alten Produktionsverhältnisse und der Herstellung und Veran-

kerung neuer“²⁹⁾. Ausnahmen wären also theoretisch denkbar gewesen, fielen aber später bei der Kanonisierung des Schemas unter den Tisch, wie sich beim Übergang von der Sklavenhalterordnung zum Feudalismus zeigt, wo eine solche Ausnahme am ehesten hätte zugelassen werden müssen.

Die Kritik am Fünf-Stadien-Schema

Das „marxistische“ Periodisierungsschema, ob in seiner Fünf-Stadien- oder Sechs-Stadien-Variante (nämlich unter Einschluß der asiatischen Produktionsweise), geht also in seiner als integraler Bestandteil des sog. „wissenschaftlichen Sozialismus“ und „Marxismus-Leninismus“ geronnenen Form in Wirklichkeit nicht auf Marx oder Engels zurück, sondern auf Stalin. Das sollte jeder wissen, der damit hantiert oder gar andere darauf einzuschwören versucht, unter Berufung auf „den“ historischen Materialismus. So bestechend das Periodisierungsschema auf den ersten Blick erscheinen mag, so unzulänglich wird es als historisches Erklärungsmodell, wenn es vier Ansprüche auf einmal zu erfüllen vorgibt:

1. Allgemeine Gültigkeit in der zeitlichen Dimension.
2. Allgemeine Gültigkeit in der räumlichen Dimension.
3. Kombination mit dem Revolutionsmechanismus zur Erklärung des Übergangs von der einen Stufe zur anderen.

verständnis aufkommen zu lassen, sei betont, daß der erste Teil des Buchs, eine kollektive Diplomarbeit an der FU Berlin, mit ihrer kompilatorischen Zitiermethode ein abschreckendes Beispiel der neo-„marxistischen“ Scholastik bietet und sich insgesamt unterhalb dem Niveau bewegt, das von einer Arbeit mit wissenschaftlichem Anspruch zu fordern ist. In der Einleitung setzt sich das Buch ausdrücklich vom „mechanisierten Marxismus“, „wie es der Dogmatismus der ‚Fünf-Stadien-Folge‘ ist“, ab (S. 9 und Anm. 27), zitiert aber nicht minder gläubig und unkritisch die anderen kanonisierten Autoritäten, vor allem Marx und Engels, ohne auch deren Aussagen kritisch zu behandeln. Daher stammen die besten Passagen in dem Buch noch immer von Marx und Engels.

Für eine frühere Kritik (u. a. unter Verwertung von K. A. Wittfogel: *Oriental Despotism. A Comparative Study of Total Power*. New Haven 1957) vgl. auch Karl Dietrich Erdmann, *Die asiatische Welt im Denken von Karl Marx und Friedrich Engels*, in: *Historische Forschungen und Probleme*. Festschrift für Peter Rassow. Wiesbaden 1961, S. 256—283; jetzt auch in K. D. Erdmann, *Geschichte, Politik und Pädagogik*. Aufsätze und Reden. Zum 60. Geburtstag hrsg. von Schülern und Mitarbeitern, Stuttgart 1970, S. 123—138.

²⁹⁾ J. W. Stalin, ebenda, S. 677.

²⁸⁾ Dazu Ahlers, Donner, Kreuzer, Orbon, Westhoff, *Die vorkapitalistischen Produktionsweisen*, Erlangen 1973, hier das Kapitel „Die asiatische Produktionsweise“, S. 21—46. Um sogleich kein Miß-

4. Die angenommene „Progressivität“ der aufeinanderfolgenden Epochen oder Produktionsweisen.

Daß zumindest die ersten drei Ansprüche gleichzeitig gemeint sind, beweisen Formulierungen z. B. im „Lehrbuch der Politischen Ökonomie“ aus der Sowjetunion von 1954, das in einem frühen Stadium der Bremer Diskussion un widersprochen in die Debatte geworfen wurde, weil es angeblich richtige Ansichten formuliere. Es behandelt „die vorkapitalistischen Produktionsweisen“ in ausführlicher Durchführung des von Stalin vorgegebenen Schemas: „Die Produktion der Urgemeinschaft“, „Die auf Sklaverei beruhende Produktionsweise“, „Die feudale Produktionsweise“, „Die kapitalistische Produktionsweise“.

Als „Urgemeinschaft“ (bei anderen marxistischen Autoren auch „Urgesellschaft“ oder „Urgemeinde“ genannt) gelten die Periode des Sammels, Jagens sowie Fischens und die ersten Anfänge der agrarischen Produktion, denen gesellschaftlich die Gentil- (oder Stammesordnung) entspricht. Der „Übergang von Steinwerkzeugen zu Metallwerkzeugen“ wird in der Epoche der Sklavenhalterordnung behandelt³⁰⁾. Das gilt zwar für den Bereich des antiken Orient, aber außerhalb der antiken Hochkulturen vollzog sich der Übergang von Stein- zu Metallwerkzeugen, z. B. aus Bronze und Eisen, noch in einer Stufe, die sonst der „Urgemeinschaft“ zugerechnet wird, z. B. bei Kelten und Germanen, bei denen es gleichwohl damals auch schon Sklaven gab. Hier zeigt sich zum erstenmal, wie die krampfhaft erweiterte Ausweitung punktuell richtiger Aussagen (z. B. Übergang von Stein- zu Metallwerkzeugen in den mit Sklaven im großen Stil arbeitenden antiken Hochkulturen) auf übrige Bereiche (wie sie im universalen Anspruch zumindest impliziert ist) mit den historischen Fakten in Konflikt gerät. Die Grundschwierigkeit im „marxistischen“ Periodisierungsschema liegt u. a. darin, daß hier historische Elemente und Vorgänge aus verschiedenen Zeiten und Räumen jeweils zu einem abstrakten Modell, gleichsam zu einem Idealtypus einer sog. „Produktionsweise“, systematisch zusammengefügt werden, um das vorgegebene Schema zu „beweisen“. Diese Art „Marxismus“ geht also nicht historisch vor, wie En-

³⁰⁾ Lehrbuch der Politischen Ökonomie 1954, S. 33. 1954, S. 33.

Für eine ähnliche Kritik wie im folgenden, dem VI. bei Abfassung des Manuskripts aber noch nicht bekannt, vgl. auch K. D. Erdmann: Asiatische Welt, ebenda, S. 163 f.

gels einst von der Politischen Ökonomie gefordert hatte³¹⁾, sondern (meist ohne besondere Geschichtskennntnisse) nur theoretisch und systematisch, was prompt zur Dogmatisierung führt.

Die gleiche Unvereinbarkeit von dogmatisiertem Schema mit den historischen Fakten zeigt sich auch beim Ende der Sklavenhalterordnung. Unter der fetten Zwischenüberschrift „Der Klassenkampf der Ausbeuteten gegen die Ausbeuter. Die Sklavenaufstände. Der Untergang der Sklavenhalterordnung“ heißt es wörtlich: „Der Gegensatz zwischen den Kleinproduzenten und den adligen Großgrundbesitzern rief eine demokratische Bewegung unter den Freien hervor, die die Beseitigung der Schuldknechtschaft, die Neuaufteilung des Bodens, die Liquidierung der Privilegien der grundherrlichen Aristokratie und die Übergabe der Macht an den Demos (das heißt an das Volk) zum Ziel hatte.“³²⁾

Hier hat nun eine blühende Phantasie Elemente aus den unterschiedlichsten Epochen zusammengemixt — aus der griechischen Geschichte (Demos bzw. demokratische Bewegung), aus der römischen Geschichte (Neuaufteilung des Bodens), während wir uns mit der „grundherrliche(n) Aristokratie“ (genauer: „grundherrschaftlichen“) schon im mittelalterlichen Feudalismus befänden. Nach ei-

³¹⁾ „Die politische Ökonomie ist somit wesentlich eine historische Wissenschaft. Sie behandelt eine geschichtlichen, d. h. einen stets wechselnden Stoff; sie untersucht zunächst die besonderen Gesetze jeder einzelnen Entwicklungsstufe der Produktion und des Austausches und wird erst am Schluß dieser Untersuchung die wenigen, für Produktion und Austausch überhaupt geltenden ganz allgemeinen Gesetze aufstellen können“ (Anti-Dühring, MEW, 20, S. 136 f.). Vgl. auch Engels an C. Schmidt, 5. 8. 1890, (oben Anm. 16) (S. 436 f.): „Überhaupt dient das Wort ‚materialistisch‘ in Deutschland vielen jüngeren Schriftstellern als eine einfache Phrase, womit man alles und jedes ohne weiteres Studium etikettiert, d. h., diese Etiketten aufklebt und dann die Sache abgetan zu haben glaubt. Unsere Geschichtsauffassung aber ist vor allem eine Anleitung beim Studium, kein Hebel der Konstruktion à la Hegelianertum. Die ganze Geschichte muß neu studiert werden. . . . Statt dessen aber dient die Phrase des historischen Materialismus (man kann eben alles zur Phrase machen) vielen jüngeren Deutschen nur dazu, ihre eigenen relativ dürftigen historischen Kenntnisse — die ökonomische Geschichte liegt ja noch in den Windeln — schleunigst systematisch zurechtzukonstruieren und sich dann sehr gewaltig vorzukommen. Und bei uns läuft im Augenblick viel ‚linke‘ Phrase umher, die sich, im Besitz der alleinseligmachenden Wahrheit, ‚sehr gewaltig vorzukommen‘ beliebt.“

³²⁾ Lehrbuch der Politischen Ökonomie 1954, S. 43; das folgende Zitat S. 44.

nem Verweis auf die Sklavenaufstände im alten Rom, die jedoch 500—600 Jahre vor Untergang des Weströmischen Reichs (476 n. Chr.) stattfanden, heißt es lapidar: „Im Römischen Reich hatte die auf Sklaverei gegründete Produktionsweise ihre höchste Entwicklung erreicht. Der Untergang des Römischen Reiches war zugleich der Untergang der Sklavenhalterordnung überhaupt. An die Stelle der Sklavenhalterordnung trat die Feudalordnung.“

Da neuerdings solche Ansichten für wahr befunden, weil von „Marxisten“ unwidersprochen geblieben waren, lohnt es sich, hier die historische Kritik anzufügen: Von einer Revolution der Sklaven als Träger des ökonomischen und gesellschaftlichen Fortschritts, die erst den Übergang zur (angeblich) fortschrittlicheren Produktionsweise des Feudalismus ermöglichte, ist zwar nicht dem Buchstaben nach, wohl aber der Sache nach die Rede. Selbst die sowjetische Althistorische Forschung hat inzwischen eingeräumt, daß es keine einheitliche, gar noch fortschrittliche „Klasse“ der Sklaven gab, die Träger einer „Sklavenrevolution“, wie sie Stalin 1933 erfunden hatte, daß es überhaupt keine Sklavenrevolution gab, die das Ende der Sklavenhalterordnung hätte herbeiführen können³³⁾, wie sie noch das „Lehrbuch für Politische Ökonomie“ von 1954 suggeriert. Es hieße in der Tat den Begriff „Revolution“ auf unerträgliche Weise aufzublähen und damit untauglich zu machen, wollte man als „Revolution“ eine Periode von 550—600 Jahren bezeichnen, ohne „progressive“ oder gar „revolutionäre“ Klasse, ohne revolutionäres Ziel oder Programm, das irgendwo formuliert und in sich konsequent verfolgt worden wäre, also ohne revolutionäres Subjekt.

• Im Übergang zum Feudalismus gab es also keine wie auch immer geartete Revolution. Auch die Behauptung ist schlicht falsch: „Der

³³⁾ Vgl. oben Anm. 18, dort S. 19: „Die Frage, ob im spätrömischen Kaiserreich eine progressive Klasse als Trägerin neuer Verhältnisse existierte, spielte eine große Rolle in den Diskussionen über das Wesen des Übergangs von antiker zur feudalen Gesellschaft. Wenn man diesen Übergang als eine Revolution definiert, so müßte es diese Klasse gegeben haben, die nach der Revolution zur herrschenden Klasse wurde. Wenn aber keine revolutionäre Klasse existierte, so wird auch die These von der Revolution am Ende der antiken Welt zweifelhaft und man kann eher von einem langsamen, einige Jahrhunderte dauernden Übergang zum Feudalismus sprechen. Diese Fragestellung ist das Resultat einer gewissen Reaktion gegen die Theorie der ‚Sklavenrevolution‘, die mehrere Jahre in unserer Wissenschaft herrschte, aber sich all-

Untergang des Römischen Reiches war zugleich der Untergang der Sklavenhalterordnung überhaupt.“ Der Satz ist, wenn Worte noch einen Sinn haben, nur so zu verstehen, daß mit dem Untergang des Römischen Reichs die Sklaverei und die damit verbundenen politischen Strukturen „überhaupt“, also generell — mithin in der gesamten Welt — verschwunden seien. Davon kann jedoch keine Rede sein. Sklaverei existierte sogar nach dem Untergang des Römischen Reichs auf früher römischem Boden weiter, z. B. auf der iberischen Halbinsel, erst recht im Oströmischen Reich und außerhalb des Römischen Reichs, von Persien bis China, mit dem Einbruch der Araber auch im arabischen Großreich, später im Osmanischen Reich, nach der Entdeckung der Neuen Welt auch in Amerika, dort als Grundlage der Groß-Plantagenwirtschaft. Sklaverei existierte also bis in die Neuzeit hinein in so weiten Teilen der Erde, daß es unsinnig ist, mit dem Ende des Weströmischen Reichs, also einem Ereignis von insgesamt nur regionaler Bedeutung, die „Sklavenhalterordnung überhaupt“ untergehen zu lassen.

Diesen Widerspruch hat die neueste Auflage des sowjetischen Lehrbuchs der „Politischen Ökonomie“ auch erkannt und selbst modifizierend und einschränkend auf das Weiterleben der Sklaverei in weiten Teilen der Welt hingewiesen³⁴⁾, ohne zu merken oder einzuräumen, daß damit das gesamte Periodisierungssystem nach den fünf Produktionsweisen ins Wanken gerät, zumal das Ende der Sklavenhalterordnung doch wieder auf 476 n. Chr. verlegt wird³⁵⁾. Das Kapitel „Die feu-

mählich als haltlos erwies. Während des Kaiserreiches gab es keine Sklavenaufstände, und in den Massenbewegungen, die uns bekannt sind, spielten die Sklaven keineswegs eine leitende Rolle. Man kann sie auch nicht als Träger progressiver Verhältnisse betrachten. Wie manche Quellen zeigen, strebten sie auch nicht nach einer grundsätzlichen neuen gesellschaftlichen Ordnung und konnten sich nur eine Verschiebung der Sklaven an Stelle der Herren und umgekehrt vorstellen. ... Schließlich bildeten die Sklaven, wenn wir sie in ihrem Verhältnis zu den Produktionsmitteln und ihre Stelle im Produktionsprozeß betrachten, überhaupt keine einheitliche Klasse. Die Differenzierung der Sklaven, die am Ende der Republik begann und in den ersten Jahrhunderten des Imperiums fort dauerte, erreichte einen solchen Grad, daß man zumindest im Kaiserreich eher von einem Stande als von einer Klasse sprechen kann.“

³⁴⁾ Lehrbuch für Politische Ökonomie 1970 S. 82.

³⁵⁾ Ebenda, S. 82: „Im Jahre 476 unserer Zeitrechnung brach das von den Aufständen der ausgebeuteten Massen (vor allem der Sklaven) bis ins Innerste erschütterte und geschwächte Weströmische Reich unter den Schlägen der sog. Barbaren-

dale Produktionsweise" in der Fassung von 1954 versucht zwar, wenigstens nachträglich einige Elemente der Elastizität einzuführen: „Die Epoche des Feudalismus umfaßt eine lange Periode. In China bestand die Feudalordnung mehr als zweitausend Jahre. In den Ländern Westeuropas erstreckte sich der Feudalismus über Jahrhunderte, vom Untergang des Römischen Reiches (5. Jahrhundert) bis zu den bürgerlichen Revolutionen in England (17. Jahrhundert) und in Frankreich (18. Jahrhundert).“³⁶⁾

Aber damit ergeben sich neue Widersprüche. Was zuvor, beim Ende der Sklavenhalterordnung, als Ereignis von universalhistorischer, eben epochestiftender Bedeutung erschienen war („Untergang der Sklavenhalterordnung überhaupt“), erscheint plötzlich nur noch als regionales Ereignis, was es tatsächlich auch nur war, kann dann aber keine universale Gültigkeit beanspruchen. Auch die Fortführung der Analyse gerät wieder schief: „Die Macht der Sklavenhalter wurde gestürzt, die Sklaverei trat ab. Die großen, auf Sklavenarbeit beruhenden Latifundien und Handwerksstätten zerfielen in kleine Teile.“ Zumindest die großen Latifundien Italiens hatten sich schon längst vor dem Untergang des Weströmischen Reichs durch das Kolonatsystem wieder zersetzt, also gerade durch ein Element, das zur späteren Feudalordnung überleitete, jedenfalls dort, wo es solche Latifundien gab, nämlich in Italien. Die nachfolgende Analyse leidet wieder unter dem Versuch, in das abstrahierende Modell einer „feudalen Produktionsweise“ Elemente aus den unterschiedlichsten Perioden zu einem einheitlichen System zusammenzuzwingen, ohne daß es gelingen würde, eine historisch korrekte Vorstellung von dem Prozeß zu geben, der sich in dieser Epoche tatsächlich vollzog.

Nicht hier im „Lehrbuch“, aber im mündlich noch weiter depravierten „Marxismus“, wird als Charakteristikum der aufeinanderfolgenden Produktionsweisen das Element der „Progressivität“ genannt, worunter die Ausweitung der Produktivkräfte und der Produktion

stämme endgültig zusammen. Damit war das Ende der Sklaverei, der Untergang der Sklavenhalterordnung gekommen.“ Ähnlich auch ebenda, S. 67. die folgenden Zitate S. 49, 70. Für das zähe Fortleben der Stalin-Legende von der Sklavenrevolution vgl. auch E. Engelberg: Probleme der gesetzmäßigen Abfolge der Gesellschaftsformationen. Betrachtungen zu einer Diskussion, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 2/1974, S. 145—173, vor allem S. 171.

³⁶⁾ Lehrbuch für Politische Ökonomie 1954, S. 48 f.; die folgenden Zitate S. 49, 70.

gemeint ist. In diesem Sinn war, im Verhältnis zur Antike, der Feudalismus jedoch zunächst ausgesprochen degressiv, weil er das Ergebnis des Rückfalls fast auf das Niveau der Barbarei gerade entrinnenden germanischen, slawischen usw. Stämme war. Erst um 1400 hatte Europa — vor allem dank Wiederanknüpfung der Handelsbeziehungen zum noch immer ökonomisch und zivilisatorisch überlegenen Orient etwa ab dem 10. Jahrhundert und dank Rezipierung der intellektuellen Leistungen der Antiken durch bewußtes Wiederanknüpfen an sie in der „Renaissance“ (d. h. „Wiedergeburt“) — allmählich wieder ungefähr das Produktions- und Zivilisationsniveau der Antiken erreicht, woraus sich später in Westeuropa mit der Industrialisierung zunächst der Kapitalismus entwickelte. Davor lag die entscheidende Wende in der Wiederaufwärtsentwicklung etwa um 1200.

Demnach hätte also zwischen dem Entstehen der angeblich so progressiven feudalen Produktionsweise um 500 und ihrer erst wirklich „progressiven“ Phase (im engen Sinne der steigenden Produktion und Produktivität) eine Lücke von über 700 Jahren geklafft. Anders ausgedrückt: Über die Hälfte ihrer Dauer wäre die feudale Produktionsweise gegenüber der vorausgegangenen, der antiken oder Sklavenhalterordnung, gar nicht „progressiv“ gewesen, was nicht gerade für die Plausibilität des Periodisierungsschemas, gekoppelt mit der angeblichen „Progressivität“ der aufeinanderfolgenden Produktionsweisen, spricht, ganz abgesehen von der Revolutionsproblematik.

Die Wirkung der tatsächlich stattgefundenen Bauernaufstände in Europa vom 14. Jahrhundert bis zum deutschen Bauernkrieg 1524/25 bestand keineswegs darin, „daß sie die Grundpfeiler des Feudalismus erschütterten und schließlich zur Abschaffung der Leibeigenschaft führten“. In England und Frankreich löste sich zwar in der Tat die Leibeigenschaft im späten Mittelalter auf, aber es wäre erst noch zu beweisen, daß dies ausschließlich oder auch nur überwiegend als Konsequenz der in jedem Fall niedergeworfenen Bauernaufstände geschah. In Deutschland jedenfalls war die Leibeigenschaft schon weitgehend verschwunden, als der Bauernkrieg im Süden und Südwesten Deutschlands ausbrach, und führte dort eher im Rückschlag zu einer stärkeren Abhängigkeit der Bauern von ihren Grundherren, verglichen mit dem früheren Status — eine Entwicklung, die in Ostdeutschland (ohne Bauernkrieg) in der sog.

„zweiten Leibeigenschaft“ ihre Entsprechung fand.

In Rußland und China erschütterten um die Mitte des 19. Jahrhunderts in der Tat große Bauernaufstände das feudal-absolutistische Regime, aber beide Länder waren nun einmal nicht Zentren der Entwicklung hin zum Kapitalismus, wohl aber im 20. Jahrhundert der proletarischen Revolution. In Westeuropa vollzog sich der Durchbruch zum Kapitalismus in der Tat mit gewaltsamen Revolutionen, die zwar von bauerlichen Schichten mit getragen waren (in England von Freibauern = Yeomen, in Frankreich 1789 durch die Erhebung der Bauern), aber die politische Führung lag von vornherein beim Wirtschaftsbürgertum, so daß die bürgerlichen Revolutionen nur teilweise agrarischer Natur waren und schon gar nichts mit dem Aufstand noch „leibeigener Bauern“, die es im England des 17. nicht mehr und im Frankreich des 18. Jahrhunderts kaum noch gab, gegen die Leibeigenschaft praktizierende Feudalherren zu tun hatten.

Somit erweist sich das gesamte „marxistische“ Periodisierungsschema als historisch unhaltbar, soweit es als allgemeingültiges und lückenloses Periodisierungsschema gelten will. Es hätte einen begrenzten Erklärungswert nur insoweit, als es sich mit einem systematisch-kategorialen Charakter begnügen würde, also als Ansammlung von Beispielen für Grundtypen in der Geschichte vorgekommener Produktionsweisen. Der Verzicht auf chronologische Lückenlosigkeit und globale Allgemeingültigkeit ist aber nirgends so deutlich ausgesprochen, daß er von sich aus erkennbar wurde, weder bei Lenin oder Stalin noch in den aus Stalinschem Geist geschriebenen Lehrbüchern der „Politischen Ökonomie“^{36a)}. Erst im Laufe der Bremer Diskussionen 1973/74 konzidierten „Marxisten“ (im Sinn von Engels 1890) plötzlich auf sachliche Einwände, daß das Fünf-Stadien-Schema, von dem bisher nur die Rede war, nicht im Sinne einer chronologischen Abfolge zu verstehen sei.

Abgesehen davon, daß die Bremer „Marxi-

^{36a)} Vgl. jetzt Ahlers, Donner usw.: Vorkapitalistische Produktionsweisen, S. 12: „Marx hat diesen formelhaften Determinismus einer linearen Aufeinanderfolge der Produktionsweisen nicht vertreten. Da aber die ökonomische Bewegung jeder Gesellschaft, infolge der ‚eigenständigen‘ Bedingungen, unter denen sie abläuft, einen ‚eigenständigen‘ Charakter trägt, kann es keine ‚Formel des Fortschritts‘ geben, die die Vergangenheit umfassen und die zukünftige ökonomische Entwicklung aller

sten“ damit die Richtigkeit einer Position anerkennen, die zunächst Stein des Anstoßes gewesen war, geraten sie damit von neuem, wenn auch auf andere Weise, in Konflikt mit den Tatsachen: Gerade im etablierten Marxismus — z. B. der Sowjetunion und der DDR, auf den sie sich, wenn es gerade in die Argumentation paßt, gern berufen — wurde das Fünf-Stadien-Schema als Periodisierungsschema mit universaler Gültigkeit angewandt, das höchstens lokale oder regionale Varianten aufwies. Die Praxis marxistisch-kommunistischer Geschichtsschreibung bis in Handbücher und Lexika hinein³⁷⁾ beweist es ebenso wie die — offensichtlich bisher noch nicht widerrufenen — theoretische Darlegung, dazu noch ex cathedra vom gegenwärtig wohl prominentesten Historiker der Sowjetunion bei einem so repräsentativen Anlaß wie dem Internationalen Historikerkongreß 1960 als allgemeingültige Position für die marxistische Geschichtswissenschaft vorgetragen³⁸⁾. Pro-

Gesellschaften voraussagen könnte. So können wir zusammenfassend sagen: Die Folge der Produktionsweisen ist zuerst eine kategoriale, an der sich der Grad und die spezifische Form, in der die unmittelbaren Produzenten von den Voraussetzungen der Produktion getrennt sind, vermittelt widerspiegelt. Insofern als damit eine Steigerung der Produktivkräfte und der Arbeitsproduktivität verbunden ist, spiegelt diese kategoriale Folge auch eine Entwicklung „von Niedrigerem zu Höherem“, daraus folgt aber nicht die Gleichschaltung mit der Chronologie einer Gesellschaft, nicht die Zwangsläufigkeit, jede kategorial fixierte Stufe der Entwicklung durchmachen zu müssen.“

³⁷⁾ Z. B. Joachim Streisand, Deutsche Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart. Eine marxistische Einführung, Köln 1972; es handelt sich hier um eine Lizenzausgabe der Originalausgabe Berlin (Ost), 1970. Noch deutlicher in: Weltgeschichte. Die Länder der Erde von A bis Z, Leipzig 1967. Dort lauten die Zwischenüberschriften bei den Länderübersichten im allgemeinen (z. B. Frankreich) so: „Urgesellschaft, Feudalismus, Frankreich in der Blütezeit des Kapitalismus“. Bei Italien beginnt der historische Überblick mit der „Ablösung der Sklavenhaltergesellschaft durch den Feudalismus“, mit der für unseren Zusammenhang instruktiven, weil den Lehrbüchern widersprechenden, Variante: „Die Sklavenhalterordnung blieb zunächst nach dem Eindringen der Germanen (476), die lediglich ein Drittel der Gutsländer der römischen Sklavenhalter beschlagnahmten, erhalten“, S. 359.

³⁸⁾ E. M. Zhukov, „The Periodization of World History“, XI^e Congrès International des Sciences Historiques, 21.—28. 8. 1960, Rapports, I, S. 74—88, vor allem S. 74: „The basic contents of the report is to explain, and provide theoretic grounds for, the periodization of world history which has been accepted by Soviet scholars of history and which in our belief is shared by Marxist scholars of history in other countries beyond the confines of the Soviet Union.“

fessor E. M. Zhukov lieferte lediglich eine ausführlichere und wissenschaftlich nuanciertere Version des Stalin-Modells. Er führte, offenbar ohne den Widerspruch zu merken, als fünf „lange fortschrittliche Perioden in der Geschichte des menschlichen Fortschritts“ nur die bekannten fünf Produktionsweisen vor. Da er keine anderen Perioden nannte, können sie nicht (durchweg) „fortschrittlich“ gewesen sein; wenn es auch nicht-fortschrittliche gab, so bleiben sie ungenannt. Gravierender ist, daß rein logisch die fünf „fortschrittlichen“ Epochen dann nicht die alleinigen sind, folglich das Periodisierungsschema lückenhaft ist, also nicht universale Gültigkeit aufweist, was nun einmal der Anspruch von Versuchen zur „Periodisierung der Weltgeschichte“ (so Zhukov im Titel seines Referats selbst) sein sollte.

Zhukov vertrat 1960 sogar noch die These vom stets revolutionären Sprung aus einer Epoche (= Produktionsverhältnisse) in die nächste, so daß er sogar den Übergang zur Klassengesellschaft als „revolutionärer Natur“ charakterisieren konnte³⁹). Da sich dieser „Übergang“, zumal auf globaler Ebene, auf Jahrtausende erstreckte, wäre der Begriff „revolutionär“ hier auf extreme Weise aufgebläht, zumal Zhukov noch nicht einmal zu erkennen gab, daß selbst er „revolutionär“ hier wohl nur im übertragenen, metaphorischen Sinn gemeint haben kann. Immerhin, die Laxheit in der Verwendung des Revolutionsbegriffs bleibt. So kann es auch nicht überraschen, daß Zhukov 1960 sogar noch vor einem internationalen Fachpublikum die Stalinische Erfindung der Sklavenrevolution zur Beendigung der Sklavenhaltergesellschaft eloquent verteidigte⁴⁰), die nur wenige Jahre später selbst die sowjetische Althistorie wieder fallen ließ⁴¹).

Ganz geheuer konnte es dem sowjetischen Historiker doch nicht sein. Offensichtlich spürte er die Lückenhaftigkeit und Unzulänglichkeit seines Periodisierungsschemas, denn am Ende seines Referats — das, wie gesagt, repräsentative Verbindlichkeit in der Darlegung der marxistischen Position beanspruchte — fiel Zhukov etwas hilflos auf das traditionelle Periodisierungsschema von alter, mittel-

alterlicher, neuer und neuester Geschichte zurück⁴²). Als Ergänzung zur sozio-ökonomischen Dimension hielt er also die rein chronologische Dimension, die gerade quer zur Kategorie der Produktionsweisen stand, offenbar für unentbehrlich. Noch nicht einmal der Anspruch des historischen Materialismus ist eingelöst.

Zweifellos stellt das Fünf-Stadien-Schema gegenüber den früheren Periodisierungsversuchen durch die Einführung objektiver Kriterien — Art der materiellen Produktion und Form der sich daraus ergebenden gesellschaftlichen und politischen Konsequenzen — sicherlich einen erheblichen Fortschritt dar. Aber es ist eben nicht gut genug. In Wirklichkeit ist es nur der scheinbar glückliche Versuch, das traditionelle chronologisch-formale Periodisierungsschema (Altertum, Mittelalter usw.) durch sozio-ökonomische Kategorien inhaltlich aufzufüllen, nun aber erweitert um Vorgeschichte und Zeitgeschichte: Der Vor- oder Frühgeschichte entspricht die Periode der Urgemeinschaft (oder Urgesellschaft), dem Altertum die antike Produktionsweise (Marx) bzw. die Sklavenhalterordnung (Stalin samt „Lehrbücher“), dem Mittelalter die germanische bzw. feudale Produktionsweise, der Neuzeit der Kapitalismus, der Zeitgeschichte der Sozialismus. Der primär materialistische Anspruch ist keineswegs eingelöst, weil sich die Periodisierung nach Produktionsweisen in Wirklichkeit nur im vorgegebenen Rahmen des formalen traditionellen Periodisierungsschemas bewegt. Dazu erscheinen logisch in sich andersartige Kategorien als Kriterien zur Bestimmung einer Epoche (oder Produktionsweise): „Urgesellschaft“ ist halb formal, halb inhaltlich und deckt sich ungefähr mit einer Entwicklungsstufe, die

³⁹) E. M. Zhukov, ebenda, S. 84: „It is impossible to speak of periodization of world history being guided by the sole concept of the existence of one or another social-economic formation. It is impossible, since the peoples of our planet have been through the definite stages of historical process at different times. Suffice it to recall that at present, in our days, not only are socialism and capitalism co-existing in the world, but in a number of countries there are still present different types of feudal, slave and even primitive communal relations. Therefore, the Marxist periodization of world history, which naturally cannot ignore the actual variety of social-economic relations which exist simultaneously, does not reject the traditional conventional subdivision of history into the ancient, medieval, new and modern. However, these concepts are deciphered in conformity with Marxist understanding of the rules of social development.“

⁴⁰) Ebenda, S. 78.

⁴¹) Ebenda: „The present state of the science of history makes it possible to consider that the first revolutionary transition from slavery to feudalism took place in ancient China. There is no unanimity among Chinese scholars as to the exact date of that process.“ Auch S. 81.

sich formal als prä-agrarisch, inhaltlich als das Stadium der Sammler, Jäger und Fischer umschreiben läßt, noch ohne übergreifende soziale oder gar politische Strukturen, weshalb auch der Begriff „pre-class society“⁴³⁾ einen wesentlichen Aspekt richtig trifft.

Mit „Sklavenhaltergesellschaft“ und „Feudalgesellschaft“ werden besondere Aspekte der agrarischen Klassengesellschaft zu eigenen Epochen erhoben. Der Urgesellschaft, so vage der Begriff auch sein mag, würde viel eher als Bezeichnung für die nächste Epoche eine Kategorie entsprechen, die tatsächlich die materielle Produktion widerspiegelt, die nun einmal überwiegend agrarisch (Ackerbau und Viehzucht) war. Statt dessen stammen die Kriterien zur Bezeichnung von angeblich selbständigen Epochen (auch noch getrennt durch die traditionelle Zäsur 476 n. Chr.⁴⁴⁾ aus dem von der marxistischen Lehre so genannten „Oberbau“, nämlich aus der Sphäre der Rechtsverhältnisse. Ähnlich deckt der Begriff „Kapitalismus“ nur die juristische Eigentumsform ab, unter der sich die inhaltlich wesentliche Veränderung der Neuzeit, die Industrialisierung, vollzog, nämlich als privates Eigentum an, später private Verfügung über die Kapitalien, die für die durch die Industrialisierung entstandenen, gesellschaftlich ausschlaggebenden Produktionsmittel unerlässlich sind. „Sozialismus“ schließlich meint nur das genaue Gegenteil, also das gesamtgesellschaftliche Eigentum an den (ausschlaggebenden) Produktionsmitteln, damit auch an den Kapitalien, die auch im Sozialismus für die Errichtung von Industrien unentbehrlich sind.

Skizze einer Alternative

Eine Alternative läßt sich im Augenblick nur ansatz- und versuchsweise entwickeln, um sie der wissenschaftlichen Kritik und Diskussion auszusetzen. Sie kann den richtigen Ansatz bei Marx, mit primär wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Kategorien zu arbeiten, die in sich objektivierbar und so wissenschaftlich überprüfbar sind, aufgreifen und konsequenter weiterentwickeln, als dies „Marxisten“

⁴³⁾ E. M. Zhukov, ebenda, S. 76.

⁴⁴⁾ Ebenda, S. 84 f.; vgl. auch E. Engelberg, Probleme der gesetzmäßigen Abfolge, a. a. O., S. 163 f. Aus dem Aufsatz geht u. a. hervor, daß es auch in der DDR marxistische Historiker gibt, die „Sklavenhaltergesellschaft“ und „Feudalismus“ zu einer einzigen, agrarisch geprägten Gesellschaftsformation zusammenfassen möchten, eine Tendenz, gegen die Engelberg heftig protestiert.

seit Marx taten. Wenig hilfreich sind demgegenüber Periodisierungsversuche von Historikern und Sozialwissenschaftlern, die den einen oder anderen, ebenfalls meist nur untergeordneten Aspekt des historischen Gesamtprozesses zum Maßstab für die Etablierung allgemeingültiger Epochenunterteilungen erheben⁴⁵⁾. Einen sinnvollen Ansatz bietet die Kategorie der „industriellen Revolution“, wenn sie in aller Vorsicht und stets im Bewußtsein des metaphorischen Charakters dieser Bezeichnung benutzt wird. Denn „industrielle Revolution“ leitet hin zur Unterscheidung zwischen den beiden elementaren Formen materieller Produktion, die in unserer Zeit aufeinanderprallen — der agrarischen und industriellen, mit allen ihren gesellschaftlichen, politischen und ideologischen Konsequenzen. Zur Kennzeichnung einer Epoche empfiehlt es sich daher, nach der Bezeichnung der ökonomischen Basis unbedingt auch die Charakterisierung der gesellschaftlichen Strukturen und politischen Herrschaftsformen hinzuzuziehen. Die Bezeichnungen werden zwar so komplizierter und umständlicher, dafür böten sie, bei allem Zwang zur notwendigen Abstraktion, doch den Vorteil, von vornherein der Komplexität des historischen Prozesses in seinen unterschiedlichen Phasen besser gerecht zu werden.

Je universalere in Raum und Zeit der Gültigkeitsanspruch eines wie auch immer gearteten Periodisierungsschema sein will, um so lockerer und zugleich umfassender muß es formuliert sein, um einerseits die Verabsolutierung regionaler Entwicklungen zu vermeiden (bei uns die vielzitierte „europazentrische“ Sehweise hervorgerufen) und andererseits Raum für regionale Besonderheiten zu lassen. Geht man konsequent von der Art aus, wie sich Menschen ihren Lebensunterhalt primär zu verschiedenen Zeiten verschafften, so zeichnen sich im Grunde nur drei Produktionsformen ab: die prä-agrarische (mangels eines besseren Ausdrucks vorläufig für sammeln, jagen und fischen), die agrarische und die industrielle. Jeder Produktionsform entspricht eine gesellschaftliche und politische Struktur. Auf der prä-agrarischen Stufe ist sie noch nicht existent im eigentlichen Sinne, weil noch nicht über die

⁴⁵⁾ Einen Überblick gibt der Artikel „Periodisierung“, in: Das Fischer Lexikon. Geschichte, hrsg. von Waldemar Besson. Frankfurt 1961, S. 245—269. Als neueres Beispiel vgl. jetzt Darcy Ribeiro, Der zivilisatorische Prozeß, Frankfurt/Main 1971.

Großfamilie oder Horde hinausgreifend. Auf der agrarischen Stufe entspricht der materiellen Produktion eine wie auch immer benannte oder modifizierte aristokratische Struktur, auslaufend in eine wie auch immer genannte monarchische Spitze. Jedenfalls ist die Gesellschaft streng hierarchisch geordnet. Als Bezeichnung würde sich die agrarisch-aristokratisch-monarchische Ordnung (oder „Gesellschaftsformation“ oder „Produktionsweise“ oder wie auch immer) anbieten.

Die industrielle Produktionsform ist gegenwärtig im Grunde noch in ihrer Entfaltung, eben in der „Sattelzeit“ (Koselleck) der „industriellen Revolution“ als komplizierter und spannungsreicher Übergang von der agrarisch-aristokratisch-monarchischen Formation. Bisher zeichnen sich zwei Phasen deutlich ab: eine bürgerlich-kapitalistische und eine sich aus ihr entwickelnde proletarisch-sozialistische (kommunistische). Als übergeordnete Merkmale weisen beide auf der gemeinsamen Basis der industriellen Produktion konträr zu einanderstehenden Unter-Formationen die Tendenz oder den Anspruch zur (wie auch immer inhaltlich definierten) demokratischen Gesellschaftsstruktur auf, für die sich im 20. Jahrhundert die Republik als die übliche Staatsform durchgesetzt hat. Abgekürzt ließe sich daher die jüngste Gesellschaftsformation als industriell-republikanisch-demokratisch bezeichnen, jedoch mit zwei Varianten, einer älteren (bürgerlich-kapitalistischen) und einer jüngeren (proletarisch-sozialistischen). Beide haben sich jeweils auf revolutionärem Weg durchgesetzt und stehen in konfliktreicher Spannung zueinander.

Jede Formation ist zwar insoweit universaler Natur, als sie in der Vergangenheit die gesamte Menschheit erfaßte (prä-agrarische) oder fast total erfaßte (agrarisch-aristokratisch-monarchische Ordnung) oder die Tendenz hat, sich über die gesamte Erde zu verbreiten (industriell-demokratisch-republikanische Ordnung), wenn die Menschheit und die Erde das überlebt. Aber die drei Kategorien taugen nicht zu einer zugleich universalen und chronologischen Periodisierung regionaler oder nationaler Gesellschaften. Denn beim Auftreten der zweiten und dritten Epoche besteht die erste bzw. zweite noch fort, wenn auch mit immer weiter sinkender Bedeutung ökonomischer und damit politischer Natur.

Es hilft auch wenig weiter und trägt eher zur Verwirrung bei, wenn versichert wird, daß bei der Periodisierung nur das überwiegende

Auftreten einer neuen Gesellschaftsformation (im marxistischen Sinne) gemeint sei. Denn nach welchen Kriterien wird das angebliche „Überwiegen“ festgestellt? An Hand der Zahl derer, die an der neuen Produktionsweise beteiligt sind? Überwiegen des Bruttosozialprodukts, das die neue Produktionsweise gegenüber der alten erzielt? Und wie will man das berechnen? Ober geht es um die politische Vorherrschaft derer, die in der neuen Produktionsweise produzieren? In jedem einzelnen Fall kämen unterschiedliche Daten als Zäsuren für die Periodisierung in Frage, wobei noch zwischen nationaler, kontinental-regionaler und globaler Ebene zu unterscheiden wäre. Die notwendige Klärung ist m. E. noch nie erfolgt und ist vielleicht auch gar nicht möglich. Zu viele Faktoren wären zu berücksichtigen, und eine allseits befriedigende Einigung würde sich unter den Gelehrten wohl kaum erzielen lassen. Da wäre ein ehrliches „Non possumus“ schon besser: Nach dem bisherigen Stand des historischen Prozesses wie der historischen Forschung ist ein lückenloses Periodisierungsschema der Weltgeschichte, das auch den Fakten gerecht wird, nicht in Sicht.

Die Entwicklung der Weltgeschichte ist daher in drei Strängen zu sehen, die zu unterschiedlichen Zeiten und an unterschiedlichen Orten einsetzen und zur Gegenwart hin auslaufen, ohne ganz zu verschwinden: Auf der prä-agrarischen Stufe lebten einst alle damals vorhandenen Menschen in allen Gegenden, die Menschen ernährten. Der Übergang zur agrarisch-aristokratisch-monarchischen Epoche begann vor etwa 10 000 Jahren zunächst mit regionalen Schwerpunkten in Asien (Jordantal, Mesopotamien, Zentralasien, Indien, China) und Afrika (Ägypten), also im Bereich der orientalischen Hochkulturen, während die weniger entwickelten „Barbarenstämme“ zwar den Übergang zur agrarischen Produktion gerade noch schafften, aber aus eigener Kraft schon nicht mehr die entsprechenden sozialen und politischen Strukturen einer vollausgebildeten Aristokratie und Monarchie, sondern nur in Ansätzen, die der barbarischen Vorstufe der Völker der Hochkulturen (z. B. Sumerer) auf ihrem prä-zivilisatorischen Niveau entsprach. Außerdem bleibt zu beachten, daß Teile der Menschheit den Übergang zur agrarischen Lebensweise nicht mitmachten und als Buschmänner, Pygmäen und andere „Rückzugsvölker“ in agrarisch uninteressante Randgebiete (Gebirge, Sümpfe, Wälder) abgedrängt wurden, wo sie teilweise bis in unsere Gegen-

wart noch mehr schlecht als recht dahinvegetieren.

In der agrarisch-aristokratisch-monarchischen Epoche gab es alle Formen möglicher Arbeit innerhalb der agrarischen Produktionsweise: gebundene und freie Arbeit, direkt mit der agrarischen Produktion verknüpft (natürlich in der ganzen Epoche überwiegend), aber auch schon nur noch indirekt oder überhaupt nicht mehr. Es gab also freie und leibeigene Bauern, mit allen Zwischenformen, es gab freie und hörige Landarbeiter und es gab stets Sklaven, auch wieder in höchst unterschiedlicher Form. Es gab individuelles und kollektives Eigentum am Boden und den agrarischen Erzeugnissen ⁴⁶⁾.

Daneben gab es, vor allem in den als ökonomischen und politischen Zentren entstehenden Städten, Handwerker und Kaufleute, dazu Gelehrte und Künstler. Die herrschende Klasse war eine wie auch immer geartete, sich rekrutierende und bezeichnende Aristokratie, von Stammesadel auf der tribalen Stufe bis zur Feudalaristokratie gegen Ende der agrarisch-aristokratischen Epoche. Die politische, oft auch die geistliche Spitze der hierarchisch geordneten Struktur bestand aus einem wie auch immer gearteten Monarchen, vom „Herzog“ der germanischen Stämme, der nur für den Kriegsfall gewählt wurde, bis zum erblichen König oder Kaiser von der Antiken bis zur Neuzeit.

Die verschiedenen Formen freier und gebundener agrarischer Arbeitskraft traten in unterschiedlichen Regionen zu unterschiedlichen Zeiten in wechselndem Stärkeverhältnis zu einander auf, das auf den Wert Null sinken oder sich ihm annähern mochte, wie Sklaverei in Westeuropa während des Mittelalters. Insgesamt sind aber die Unterschiede in den Eigentumsformen (individuelles und

kollektives) und den Organisationsformen der gebundenen oder freien agrarischen Arbeit im Verhältnis zur wie auch immer strukturierten herrschenden Klasse und ihrer politischen Spitze, der Krone, zu verschiedenen Zeiten in verschiedenen Ländern so subtil und kompliziert, daß sie keinen Stoff für eine weitere Periodisierung mit übergreifendem Anspruch abgeben.

Der Feudalismus, der im Stalinschen Periodisierungsmodell zur Charakterisierung einer ganzen Produktionsweise diente, war nur die europäische Variante der aristokratischen Herrschaftsform, fand allerdings in Teilen Afrikas und Asiens unter vergleichbaren ökonomischen Verhältnissen vergleichbare Entsprechungen. Andererseits umspannt die agrarisch-aristokratische Epoche, neben der sog. Sklavenhalterordnung und dem Feudalismus, auch noch die von Marx erfundene Verlegenheitskategorie der „asiatischen Produktionsweise“.

Da sich die industriell-demokratisch-republikanische Gesellschaftsordnung auf Weltmaßstab noch nicht vollständig oder auch nur überwiegend durchgesetzt hat, befinden wir uns seit dem Aufstieg des kapitalistischen Prinzips in einer Übergangsphase, die sich annähernd als „industrielle Revolution“ bezeichnen läßt, weil sie, ausgehend von Nord-England/Südschottland im 18. Jahrhundert, als integrierende historische Elemente auch politische Revolutionen umfaßt, die aus den Spannungen zwischen agrarischer und industrieller Produktionsweise mitsamt ihren sozialen und politischen Konsequenzen entstanden und in absehbarer Zukunft auch weiter entstehen werden. Der Kapitalismus erscheint so mit seiner spannungsproduzierenden Mischung von agrarischen und industriellen Elementen in der ökonomischen Basis wie im sozialen, politischen und ideologischen Überbau als historisch früheste Periode innerhalb der Übergangsphase, mit ihrer welthistorischen Aufgipfelung im Imperialismus um 1900. Seit 1917 sieht sich der Kapitalismus — ausgelöst u. a. durch das Entstehen der Industrie und der damit verbundenen Industriearbeiterschaft, aber auch durch die beiden Weltkriege als zunächst inner-imperialistische Konflikte — vom proletarisch-revolutionären Prinzip herausgefordert und bereits erheblich reduziert.

Um der begrifflichen Klarheit und methodischen Sauberkeit willen empfiehlt es sich daher — gerade in sinnvoller Weiterentwick-

⁴⁶⁾ Dieser schlichte Tatbestand findet sich sogar im Lehrbuch der Politischen Ökonomie 1970, S. 75, wieder, ohne daß daraus Konsequenzen wenigstens für eine Lockerung des starren Schemas gezogen werden. Für die „Sklavenhaltergesellschaft des alten Orients“ erfährt der Leser, daß es dort sehr wohl auch eine „freie Landbevölkerung“ gab, ferner: „Häufig gab es zwischen der Lage der Bauern und der Sklaven kaum einen Unterschied.“ Erst in der „antiken Sklaverei“, d. h. in Griechenland und Rom, war es soweit, „daß die Sklavenarbeit im System der gesellschaftlichen Produktion gegenüber der Arbeit der freien Produzenten überwog“. Welchen Sinn hat es dann, eine ganze Epoche nach einem Merkmal zu benennen — überwiegend der Sklaverei, wie immer man das auch messen mag —, das nur während eines relativ kurzen Teils der Gesamtperiode vorherrschte?

lung des Marxschen Ansatzes —, ökonomische Produktionsformen und die ihnen entsprechenden gesellschaftlichen und politischen Strukturen als Kriterien für eine objektivierbare Einteilung des historischen Gesamtprozesses zu wählen und auf alle Ambitionen, ein lückenloses und universales Periodisierungsschema aufzustellen, endgültig zu verzichten. Die historische Realität ist zu komplex, als daß sie sich über einen so groben Kamm wie das Fünf-Perioden-Schema scheren ließe, eben weil die verschiedenen Produktionsformen und ihre gesellschaftlich-politische Entsprechungen nach ihrem Auftreten jeweils zugleich neben den älteren Formen existierten und existieren. Es gibt somit keine saubere und totale chronologische Trennung, schon gar nicht auf universaler Ebene, weil neue Entwicklungen nicht schlagartig auf der ganzen Erde zum Durchbruch kamen, sondern zunächst an wenigen Regionen oder Orten begrenzt. So konnte das Phänomen der ungleichmäßigen Entwicklung entstehen, das ebenfalls zuerst von Marx beschrieben wurde. Es erklärt die Spannungen und Verwerfungen zwischen unterschiedlich entwickelten Gesellschaften, die sich in gewaltsamen Konflikten der verschiedensten Art umsetzen.

Ein Modell von sich ineinanderverschlingenden Strängen ökonomisch-gesellschaftlich-politischer Entwicklung würde rationale Ansätze von Marx und Engels im Lichte der inzwischen aufgelaufenen zusätzlichen historischen Kenntnisse gegenüber der Frühzeit von Marx und Engels weiterentwickeln, namentlich die Betonung ökonomischer Faktoren, ohne in den öden Okonomismus und Dogmatismus des Stalinschen Fünf-Stadien-Schemas zu verfallen, weil es stets die dialektische Entwicklung zu den sozialen, politischen und intellektuellen Faktoren berücksichtigen würde, die überhaupt erst zusammengenommen die Totalität unserer historischen Existenz ausmachen. Das neue Modell bliebe offen für zukünftige Entwicklungen. Es hätte Raum für die dynamische Entwicklung in der Geschichte, namentlich der beiden elementaren Faktoren Zunahme von Weltbevölkerung und der von ihr hervorgebrachten materiellen Produktion. Ohne den Krampf, allenorts „Revolutionen“ zur Erklärung von tiefgreifenden Veränderungen erfinden zu müssen, wäre es möglich, bei der nun tatsächlich alles umwälzenden Umstellung von der agrarischen zur industriellen Produktionsform den Faktor Revolution rational in die historische Analyse einzuordnen. Als Revolution sollte nur der

gewaltsame Ausbruch von politischen Spannungen gelten, die bei ökonomischen Transformationsprozessen entstanden, ohne daß entsprechende politische Konsequenzen in einem evolutionären Prozeß gefolgt wären, dergestalt, daß der gewaltsame Ausbruch tatsächlich solche unterbliebene politische Veränderungen dauerhaft nachholte⁴⁷⁾.

Gerade in der großen Übergangszeit von der agrarischen zur industriellen Produktion zeigt sich an Hand der stattgefundenen Revolutionen, wie nützlich das Modell zur Unterscheidung zwischen den älteren agrarischen und jüngeren industriellen Elementen ist, weil eben aus den Divergenzen zwischen modernen ökonomischen und traditionellen gesellschaftlichen und politischen Faktoren jene Spannungen entstanden, die zu Revolutionen führten. In unterschiedlicher Stärke läßt sich das gleiche Prinzip der spannungsproduzierenden Elemente sowohl beim Entstehen der bürgerlichen Revolutionen seit der Englischen Revolution im 17. Jahrhundert als auch bei den proletarischen Revolutionen im 20. Jahrhundert beobachten. In den bürgerlichen Revolutionen reichte schon das erste Auftreten industrieller Faktoren aus, um auf revolutionärem Wege den Durchbruch des industriellen Prinzips in kapitalistischer Form zu ermöglichen. Während sich die ersten Industriestaaten (England, Frankreich, Belgien, USA) nach ihren frühindustriellen Anfangsrevolutionen einigermaßen evolutionär weiterentwickelten, entstanden in den beiden größten Agrarstaaten (Rußland und China) aus den Anfängen der Industrialisierung und unter dem Druck einer enormen Bevölkerungszunahme auf dem Land jene Spannungen, die früher oder später in die proletarisch-kommunistische Revolution einmündeten⁴⁸⁾. Die gleiche Kombination von gezielter Industrialisierung und Bevölkerungsexplosion im Agrarsektor wiederholt sich gegenwärtig in den Entwicklungsländern.

Politische Konsequenzen

Die Tendenzen zur weiteren Durchsetzung der industriellen Produktionsform mit tiefgreifenden sozialen und politischen Konsequenzen

⁴⁷⁾ Für eine historische Analyse vgl. inzwischen I. Geiss/R. Tamchina (Hrsg.), Ansichten einer künftigen Geschichtswissenschaft, Bd. 2: Revolution. Ein historischer Längsschnitt, München 1974.

⁴⁸⁾ Hierfür die beiden Beiträge von Karl-Heinz Schlarp über die Oktoberrevolution, Helmut Bley über die Chinesische Revolution in dem in Anm. 46 genannten Band.

auf der gesamten Erde sind unübershbar. Die industriell-demokratisch-republikanische Ordnung hat also auch die Tendenz zur globalen Verbreitung, wie die beiden vorausgegangenen Grundformen menschlicher Lebensweise zuvor, die prä-agrarische und die agrarisch-aristokratisch-monarchische. Aber in doppelter Weise bleibt die Zukunft offen: Der ganze historische Prozeß kann durch eine gewaltige und gewaltsame Katastrophe kriegerischer oder ökologischer Art so unterbrochen werden, daß es danach keine nennenswerte menschliche Entwicklung oder Geschichte mehr gäbe. Wird eine solche Katastrophe vermieden, so stehen immer noch zwei Varianten für die inhaltliche Ausfüllung einer vollindustrialisierten Weltgesellschaft zur Wahl: eine egalitäre mit einem Maximum an demokratischen Freiheiten, oder eine neue Hierarchisierung politischer Macht, wie sie als abschreckendes Modell George Orwell in seinem Zukunftsroman „1984“ vorführte. Der Sieg revolutionärer oder kommunistischer Parteien braucht durchaus nicht automatisch „progressiv“ (über die Steigerung der Produktivkräfte hinaus) zu wirken. Je dogmatischer verengt und intoleranter die Träger einer solchen „sozialistischen“ Revolution sind, um so bedrohter erscheint in ihren Händen jenes Element, auf das auch noch so fortschrittliche Sozialisten und Kommunisten nicht verzichten sollten — die Freiheit für das Individuum.

Um so wichtiger wird auch die Gewinnung eines rationalen Bilds von der Vergangenheit, da es politische Rückwirkungen auf die Gestaltung der Zukunft hat. Das u. a. aus der Kritik am marxistischen Periodisierungsschema entwickelte Modell zur Einteilung des historischen Prozesses mit Hilfe von objektivierbaren Kriterien würde den richtigen Ansatz von Marx und Engels aufgreifen, mit wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Kategorien zu arbeiten, ohne in die Schwäche des marxistischen Periodisierungsschemas und in die dogmatisierende Scholastik post-Marx'scher Schulen zu verfallen. Der fortschreitende Grad der (bisherigen) Naturbeherrschung, ausgedrückt in der Steigerung der Produktivkräfte, ließe sich mitsamt den sie bedingenden Formveränderungen und gesellschaftlichen Konsequenzen als Maßstab für die Untergliederung des historischen Prozesses benutzen, ohne deswegen einem naiven Wachstumsfetischismus zu verfallen, der Wachstum an sich noch immer als „Fort-

schritt“ ausgibt, nachdem schon längst die dialektischen Rückwirkungen der Überindustrialisierung (in kapitalistischer wie sozialistischer Gestalt) sichtbar geworden sind. Es würde möglich, in diesem (bisherigen) Wachstumsprozeß die innere Einheit der Weltgeschichte zu erkennen, ohne damit ihren Sinn, gar als heilspolitischen „Fortschritt“, festlegen zu wollen. Die permanente Zunahme an Bevölkerung und Produktivkräften wäre als Inhalt des historischen Prozesses zu begreifen, ohne deswegen in hymnische Begeisterungstürme auszubrechen, weil er uns heute und morgen mit Überbevölkerung und Überindustrialisierung vor schwere Probleme gestellt hat, die möglicherweise zu katastrophalen Explosionen führen können. Eine rationale Analyse dieses gewaltigen historisch-politischen Prozesses könnte politische Konsequenzen haben, weil z. B. die revolutionären Spannungen und Konflikte unserer Zeit nicht mehr als Teufelswerk erschienen, sondern als erklärbare Ergebnisse aus historischen Transformationsprozessen.

Innerhalb der notwendig gewordenen globalen Gesellschaftsanalyse, zu der die Geschichtswissenschaft die historische Dimension beisteuern sollte und kann, hat auch die von Marx herkommende Methode historischer und politischer Analyse ihren legitimen, ja gewichtigen Platz — aber ohne neue Dogmatisierungen und Tabuisierungen, wie in den kommunistischen Staaten und bei neo-marxistischen Strömungen im Westen mit einem verkürzten und dogmatisierten Geschichtsverständnis, das, jedenfalls mit dem gängigen Fünf-Perioden-Schema zur Periodisierung der Weltgeschichte, in Wirklichkeit von Stalin stammt. Der potentiell fruchtbare Anteil des von Marx herkommenden Geschichtsverständnisses zur rationalen Erklärung unserer globalen Menschheitssituation läßt sich nur im dialektischen Prozeß einer offenen Diskussion und Kritik fruchtbar machen, der keine Dogmatisierungen und Tabuisierungen, gleich welcher Provenienz, anerkennt.

So gerät das Aufbrechen von vorhandenen Dogmatismen durch den wissenschaftlichen Diskussionsprozeß auch zur Einübung in die jederzeit notwendige intellektuelle Klarheit, wissenschaftliche Disziplinierung und politische Toleranz, ohne die ein noch so technisch perfekter „Sozialismus“ unakzeptabel bleiben sollte.

Geschichte in Wissenschaft und Unterricht heute

Gedanken zu einer nach-historistischen Konzeption der Geschichtswissenschaft und zur sozialen Funktion des Geschichtsunterrichts

I. Geschichte als Problem

Die sogenannte *Krise der Geschichtswissenschaft* ist in aller Munde und Gegenstand einer lebhaften Diskussion. Zu einem Zeitpunkt, zu dem noch nicht einmal im Grundsätzlichen Konsensus erreicht ist, ist es zweifellos ein Wagnis, sich in die Suche nach dem verlorenen *Selbstverständnis der Geschichtswissenschaft* einzuschalten. Wenn ich mich trotz vieler Skrupel dennoch darauf einlasse, so mit der Bitte, meine Ausführungen als Diskussionsbeitrag anzusehen, der trotz der Bedenken gegen ein solches Unterfangen durch die prinzipielle Frag-Würdigkeit, die Bedeutung des Themas und die Aktualität der angeschnittenen Fragen legitimiert wird¹⁾.

Denn: Weniger denn je kann heute die Geschichtswissenschaft von einer selbstverständlichen, allgemeinen Anerkennung ausgehen. Sie muß sich nicht nur, wie andere Wissenschaften auch, neuen Fragen zuwenden und ungewohnten Ansprüchen begegnen. Wenn das so wäre, dann wäre die Situation recht

harmlos; dann handelte es sich im Grunde nur um eine Neuauflage der alten Frage nach dem *Sinn und Zweck* der Beschäftigung mit Geschichte. Diese Frage haben sich bekanntermaßen schon Schiller, Nietzsche und Troeltsch gestellt — um nur drei Namen zu nennen. Aber mir scheint die Lage ernster als früher zu sein. Denn die Geschichtswissenschaft kann heute dem für jede Wissenschaft notwendigen und heilsamen Nachdenken über die Grundlagen und Voraussetzungen ihres Tuns nicht mehr vom gesicherten Ort innerhalb eines etablierten, allgemein akzeptierten Bildungskanons aus nachgehen, innerhalb dessen nur gewisse Modifikationen wissenschaftlich-methodischer Art vorgenommen werden. Vielmehr muß sie es sich gefallen lassen, radikal in Frage gestellt zu werden und in jedem Fall aus der Defensive heraus zu argumentieren. Es geht also nicht mehr um die fachinterne Reformdiskussion eines als solchen nicht angetasteten Faches, sondern um den Nachweis der Existenzberechtigung angesichts grundsätzlichen Infragegestelltheits und der durchaus realen Möglichkeit, als Fach — zumindest in den Schulen als Unterrichtsfach — vollständig aufgegeben zu werden.

Es scheint mir auch kein Zweifel daran möglich, daß es sich bei der viel zitierten Krise der Geschichtswissenschaft nicht um modisches Gerede in Anlehnung an attraktiv drapierte Krisen allerorts handelt, so daß sich nun auch die Geschichte ihre Krise leistet. Die Historiker sehen sich vielmehr einem vielfältig begründeten, nicht länger zu ignorierenden Tatbestand gegenüber. Diese Behauptung läßt sich sowohl durch allgemeine Beobachtungen in der Gegenwart als auch durch Hinweise auf die wissenschaftliche Auseinandersetzung belegen.

Aus der Fülle *allgemeiner Beobachtungen*, die der interessierte Zeitgenosse und Zeitungsleser täglich machen kann, sei nur an einiges erinnert. Erstens: Die Zahl der Studenten des

¹⁾ Die etwa seit den sechziger Jahren lebhaft geführte Diskussion um das Selbstverständnis der heutigen Geschichtswissenschaft kann hier nicht im einzelnen wiedergegeben werden. Statt dessen sei nur auf wenige Titel verwiesen, die m. E. einen guten Einstieg in die Kontroverse vermitteln, selbst eine anregende Position vertreten oder durch eine ausführliche Bibliographie weiterführen: Georg G. Iggers / Wilhelm Schulz, Artikel „Geschichtswissenschaft“, in: Sowjetsystem und Demokratische Gesellschaft, Bd. 2, Freiburg 1968, S. 914–959; Peter Christian Ludz, Soziologie und Sozialgeschichte. Aspekte und Probleme, Opladen 1972 (= Sonderheft 16 der Kölner Ztschr. für Soziologie und Sozialpsychologie); Joachim Radkau, Geschichtswissenschaft heute — Ende der Selbstmystifikation?, in: Neue politische Literatur 17, 1972, S. 1–14, 141–167; Hans-Ulrich Wehler, Theorieprobleme der modernen deutschen Wirtschaftsgeschichte (1800 bis 1945). Prolegomena zu einer kritischen Bestandsaufnahme der Forschung und Diskussion seit 1945, in: Entstehung und Wandel der modernen Gesellschaft, Festschrift für Hans Rosenberg zum 65. Geburtstag, Berlin 1970 S. 66–107; ders., Geschichte als historische Sozialwissenschaft, Frankfurt/M. 1973 (edition Suhrkamp 650).

Faches Geschichte geht auffallend, und zwar nicht nur relativ sondern auch absolut, zurück²⁾. Zweitens: Ein Teil der Kultusministerien und Schulverwaltungen hat die Tendenz, den Geschichtsunterricht zugunsten eines mit Politik und Sozialkunde integrierten Unterrichts stark zurückzudrängen. Sofern das Fach als solches überhaupt noch bestehen bleibt, wird sein Unterrichtsstoff häufig auf die Zeit seit der Französischen Revolution beschränkt. Andernfalls wird die Geschichte innerhalb eines umfangreichen Lernbereiches auf einen Aspekt unter anderen reduziert. Erinnert sei hier nur an die heftig umstrittenen Rahmenrichtlinien Gesellschaftslehre Sekundarstufe I des Hessischen Kultusministers, deren Auswirkungen auf die einschlägigen Rahmenrichtlinien sich auch in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen abzeichnen³⁾.

Schließlich sei noch die in den fünfziger Jahren häufig beschworene allgemeine Geschichtsmüdigkeit erwähnt. Wie es sich damit verhält, ist fraglich, schwer zu fassen und zu belegen; denn Auflagenhöhen, Bücherleihstatistiken und ähnliche Daten als exakte Unterlagen können, wenn vorhanden, nur in Verbindung mit weiteren empirischen Angaben aussagekräftig werden. Eine jüngst erschienene Untersuchung über die Geschichtsver-

eine, ihre Mitgliederbewegung und das aus ihnen hervorgegangene Schrifttum nach 1945 kommt zu einem überraschend positiven Ergebnis. Das muß der These von der Geschichtsmüdigkeit gegenüber sehr nachdenklich stimmen und sie zumindest in ihrem allgemeinen Geltungsanspruch einschränken³⁾. Häufig wird von der angenommenen Geschichtsmüdigkeit im Zusammenhang mit einer allgemeinen Kulturkritik pessimistischer Prägung gesprochen. Dabei fließen dann so viele unbewiesene Voraussetzungen und unausgesprochene Wertprämissen in die Diagnose mit ein, daß es unmöglich wird, Rationales und Emotionales auseinanderzuhalten. Auffallend ist die schon von Max Weber und später Hans Freyer von verschiedenen Fragestellungen her beobachtete paradoxe Tendenz, daß ausgerechnet die industrielle Gesellschaft — die mehr als jede frühere Gesellschaft Ergebnis menschlichen Planens ist und deren Signum Veränderlichkeit und Machbarkeit sind, weil sie sich stärker als jede vorangegangene Gesellschaft von Naturverhaftetheit und biologischen Vorgegebenheiten frei gemacht hat — sich von ihren Wurzeln in der Vergangenheit abzuschneiden bestrebt ist, Fragen nach ihrem Gewordensein beiseite schiebt und zum „sekundären System“ hindrängt⁴⁾.

II. Geschichte als Wissenschaft

Vor diesem generellen Hintergrund ist nun die *wissenschaftliche Kontroverse* um das Selbstverständnis der Geschichtswissenschaft oder der Streit um den Ausweis der *Existenzberechtigung der Geschichte als Wissenschaft* angesichts vielfältiger Herausforderungen darzustellen. Folgende These soll Angelpunkt meiner Überlegungen sein: *Die Krise der Geschichtswissenschaft ist die einer historistischen Geschichtswissenschaft und besteht vor allem in der Theoriebedürftigkeit dieser Disziplin*⁵⁾.

Diese nicht originelle, vielfach vertretene These geht mit einem bestimmten Wissenschaftsbegriff an die *traditionelle Geschichtswissenschaft* heran und fragt, wie diese den heute auf sie zukommenden Anforderungen begegnet. Dabei kommt die Feststellung heraus, daß die von einer bestimmten Strömung des Historismus wesentlich geprägte Geschichtswissenschaft — trotz Anerkennung aller Verdienste und unaufgebbaren Erfolge, die dieser Position zu verdanken sind — in ihren *Methoden und Fragen* und in ihrem *gegenständlichen Forschungsschwerpunkt* zu eng definiert war. Deshalb ihr Versagen gegenüber wesentlichen und legitimerweise an sie herangetragenen Ansprüchen. Von der hier charakterisierten Position her kann m. E. ein im

²⁾ Vgl. den Rahmenlehrplan für den Lernbereich Gesellschaft/Politik an Gesamtschulen in Nordrhein-Westfalen und die Konzeption der Arbeitsgemeinschaft Gesamtschulen Niedersachsen, Fachbereich Welt-, Umweltkunde.

³⁾ Vgl. Gesamtverein der Deutschen Geschichts- und Altertumsvereine, Mitgliederverzeichnis, Stand 1972/73, bearb. v. Erich Kittel, Marburg/Köln 1974.

⁴⁾ Hans Freyer, *Theorie des gegenwärtigen Zeitalters*, Stuttgart 1956.

⁵⁾ Diese These wird besonders in mehreren Veröffentlichungen von Jörn Rüsen vertreten. Auch

Hans-Ulrich Wehler, Dieter Groh, Reinhart Koselleck u. a. haben in unterschiedlicher Nuancierung ein zu überwindendes Theoriedefizit der Geschichtswissenschaft konstatiert.

Wortsinne *konserveratives*⁶⁾ Bemühen um eine Überwindung der Krise der historistischen Geschichtswissenschaft nur folgendermaßen mit einiger Aussicht auf Erfolg vorgenommen werden: Die Problematisierung traditioneller Geschichtswissenschaft muß von ihren Ursachen her begriffen werden, um zwischen ephemere zeitbedingten und längerfristig überdauernden Fragestellungen unterscheiden zu können. Daraus ergeben sich Konsequenzen, denen eine moderne Geschichtswissenschaft entsprechen muß, wenn sie den Herausforderungen auf dem Stand der Zeit und auf der Höhe der wissenschaftlichen Kontroverse begegnen will. Gelänge dies, so würde damit eine *nach-historistische Position* entwickelt, in der im Sinne Hegels das Erbe des Historismus *aufgehoben*⁷⁾ wäre und gleichzeitig modernen Maßstäben entsprochen würde.

⁶⁾ Unter *konservativ* verstehe ich — vom Wortstamm „conservare“ ausgehend — ein bewahrendes Verhalten. Dieses kann nur dann das als bewahrend wertig Erkannte für Gegenwart und Zukunft sichern, wenn es aufgrund historischen Wissens die durch den (geschichtlichen) Wandel notwendig gewordenen Konsequenzen sach- und situationsgerecht zu ziehen imstande ist. Beschäftigung mit der Geschichte lehrt, daß überkommene Werte nur durch (Form-) Wandel zu erhalten sind. *Reform als genuin konservatives Bemühen* steht sowohl im Gegensatz zu starrem, reaktionärem Festhalten an Überkommenem als auch zu Bejahung von Veränderungen um ihrer selbst willen und um jeden Preis. Vgl. dazu neuerdings die Ausführungen von Hermann Lübbe: „Wer ist konservativ?“, in: Die Welt, Nr. 154, 6. 7. 1974: „Konservativ ist die Kultur der Trauer über die Verluste an unwiederbringlich Gutem, die der Fortschritt kostet. Diese Trauer impliziert keine blinde Absage an den Fortschritt. Sie setzt die Einsicht, sei es in die praktische Notwendigkeit, sei es in die tatsächliche Unaufhaltsamkeit des Fortschrittes voraus, nimmt an ihm teil oder besorgt ihn sogar... Konservativ ist die Praxis der Bewahrung des Unverzichtbaren gegen seine gegenwärtigen oder vorhersehbar zukünftigen Gefährdungen. Damit ist zugleich gesagt, daß die so definierte konservative Praxis nicht durch das Interesse bestimmt ist, alles beim alten zu lassen. Wer, was er für gut, ja für unverzichtbar hält, unter bedrohlich sich verändernden Umständen retten will, muß die Bedingungen seiner Fortexistenz unter den veränderten Umständen schaffen, das heißt, er verändert, insoweit, die Umstände kompensatorisch noch einmal. Solche kompensatorische Änderung der Verhältnisse kann sogar revolutionäre Dimensionen annehmen.“

⁷⁾ Die dreifache Bedeutung des Wortes *auf-heben*, auf die im Text angespielt wird, ist auf die von Hegel entwickelte Methode der Dialektik zurückzuführen. Aufheben bedeutet danach sowohl emporheben (*elevare*), als auch bewahren (*conservare*), als auch vernichten, negieren (*tollere*). Die dialektische Methode nimmt die drei genannten Möglichkeiten in drei Schritten folgendermaßen vor: Das in der *Thesis* Gesetzte wird in der *Antithesis* aufgehoben, d. h. negiert, und dann durch

Im Anschluß an die Literatur⁸⁾ sehe ich eine vierfache Infragestellung der traditionellen Geschichtswissenschaft:

Erstens aufgrund des *sozio-ökonomischen Wandels*;

zweitens durch die Herausforderung der *Sozialwissenschaften*;

drittens durch die Anforderungen der modernen allgemeinen *Wissenschaftstheorie* und

viertens infolge der Kritik durch den *Marxismus*.

Was verbirgt sich im einzelnen hinter diesen vier Herausforderungen?

Mit dem Stichwort *sozio-ökonomischer Wandel* wird alles das angesprochen, was sich aufgrund der Industriellen Revolution an Änderungen vollzogen hat. Die hiermit zu setzende Zäsur, welche zeitlich, von regionalen Verschiebungen abgesehen, etwa auf ein Datum vor eineinhalb Jahrhunderten anzugeben ist, entspricht in ihrer Bedeutung dem Übergang zum Selbstwerden des Menschen⁹⁾ und ist in ihren Auswirkungen bis heute nicht abzuschätzen oder beendet. Im Gefolge dieses Wandels machte der Mensch stärker als je zuvor die elementare Erfahrung von der Geschichtsmächtigkeit gesellschaftlicher Strukturen, von der Ausgesetztheit gegenüber „sekundären Systemen“, von ihm anonym gegenüber tretenden und ihn bedingenden funktionalistischen Apparaturen. Methodische Konsequenzen für die Geschichtsschreibung aus

Negation der Negation von neuem gesetzt, jetzt aber auf einem erhöhten, über den Ausgangspunkt der dialektischen Bewegung emporgehobenen Niveau. Daraus ergibt sich die *Synthesis*, die die *Thesis* in erhöhter Form in sich bewahrt, d. h. aufhebt. Nach: Kröner, Philosophisches Wörterbuch, Stuttgart 1974.

⁸⁾ Vgl. Rudolf Vierhaus, *Geschichtswissenschaft und Soziologie*, in: *Geschichte heute. Positionen, Tendenzen, Probleme*, hrsg. v. Gerhard Schulz, Göttingen 1973, S. 69—83; Jörn Rüsen, *Für eine erneuerte Historik. Vorüberlegungen zur Theorie der Geschichtswissenschaft*, in: *Denken über Geschichte. Aufsätze zur heutigen Situation des geschichtlichen Bewußtseins und der Geschichtswissenschaft*, hrsg. v. Friedrich Engel-Janosi, Grete Klingenstein, Heinrich Lutz, Wien 1974, S. 227—252.

⁹⁾ Vgl. Werner Conze, *Die Strukturgeschichte des technisch-industriellen Zeitalters als Aufgabe für Forschung und Unterricht* (Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Geisteswissenschaften, H. 66), Köln/Opladen 1957. Reinhart Koselleck spricht in mehreren Veröffentlichungen von der sogenannten „Sattelzeit“ zwischen 1750 und 1850; vgl. z. B. seine Ausführungen in: *Über die Theoriebedürftigkeit der Geschichtswissenschaft*, in: *Theorie der Geschichtswissenschaft und Praxis des Geschichtsunterrichts*, hrsg. v. Werner Conze, Stuttgart 1972, S. 10—28, S. 14.

dieser von ihm konstatierten objektiven Veränderung des historischen Prozesses zog der Holländer Johan Huizinga in einem berühmt gewordenen Akademievortrag „Über eine Formveränderung der Geschichte seit der Mitte des 19. Jahrhunderts“¹⁰⁾.

Ein bis heute aufrechterhaltener Vorwurf gegenüber der traditionellen Geschichtswissenschaft besteht darin, daß gesagt wird, sie sei mit ihrem Instrumentarium den seit der Industriellen Revolution vermehrt in Erscheinung tretenden *quantitativen Veränderungen* nicht gewachsen, bekomme sie nicht in den Griff. In engem Zusammenhang mit dieser Feststellung steht der zweite Einwand: Den verstärkt auftretenden Massenphänomenen würden die Sozialwissenschaften mit ihren verfeinerten empirischen Untersuchungsmethoden besser gerecht. Diese Verfahrensweisen müsse sich eine moderne Geschichtswissenschaft zunutze machen. Der dritte Vorwurf gegen die bisherige Geschichtswissenschaft lautet: Der für ihr historistisches Selbstverständnis zentrale (*hermeneutische*) *Verstehensbegriff* verhindere, daß sie an jede moderne Wissenschaft anzulegenden Rationalitätskriterien und der Forderung nach intersubjektiver Überprüfbarkeit ihrer Schritte und Ergebnisse genüge. Schließlich sei viertens die Kritik des Marxismus am Realitätsverhältnis in den Voraussetzungen bürgerlichen Geschichtsdenkens genannt¹¹⁾. Dahinter verbirgt sich der ideologiekritische Vorwurf, die vom Historismus geprägte Geschichtswissenschaft habe — indem sie sich, von der idealistischen Geschichtsphilosophie geprägt, als Geisteswissenschaft verstand — unreflektiert klassegebundene Grundannahmen über Geschichte und Gesellschaft und die Bedeutung der materiellen Lebensverhältnisse in ihr Selbstverständnis einfließen lassen und in ihre Begriffe aufgenommen. Dieser Vorwurf kann m. E. leicht von einer Geschichtswissenschaft widerlegt werden, die mit dem Historismus ganz ernst macht, ihn auch auf sich selbst anwendet, sich damit relativiert und für neue Ansätze frei wird. Im übrigen ist der Hinweis auf die Mißachtung der materiellen Lebensverhältnisse schon im erstgenannten Vorwurf aufgegriffen worden.

Das Bemühen, sich den genannten Herausforderungen zu stellen, und zwar nicht mit einem

¹⁰⁾ Johan Huizinga, Über eine Formveränderung der Geschichte seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, in: Im Bann der Geschichte. Betrachtungen und Gestaltungen, Amsterdam 1942.

¹¹⁾ Vgl. Jörn Rüsen, Für eine erneuerte Historik, a. a. O., S. 230.

geschlossenen System, wohl aber mit einer neuen *Definition* dessen, was Geschichte ist, also mit einem neuen *Wissenschaftsverständnis* zu antworten, hat zur Herausarbeitung unterschiedlicher Standpunkte geführt. Es ist nun unmöglich, die Vielfalt der Ansätze auf eine gemeinsame Formel zu bringen, reichen doch die verschiedenen Positionen von fast unveränderter Übernahme konventionellen Selbstverständnisses bis zur Selbstaufgabe und Aufgehen in den benachbarten Sozialwissenschaften. Wenn ich trotzdem im folgenden den Versuch einer Abgrenzung mache, so gehe ich bei dieser vorläufigen Definition stillschweigend von der Voraussetzung aus, daß die konstatierte Pluralität der Meinungen nicht als ein zu überwindendes Übergangsstadium angesehen werden sollte, sondern prinzipiell zu bejahen ist und ggf. nur in einem spannungsreichen „offenen System“ aufgefangen werden könnte.

Einen für nicht-marxistische Historiker repräsentativen größten gemeinsamen Nenner kann man vielleicht in einer Definition von Vierhaus finden. Diese ist ihrerseits wieder interpretationsbedürftig und läßt unterschiedliche theoretische und methodische Schwerpunkte zu. Sie lautet: „Geschichte ist die von der Gegenwart her unternommene wissenschaftliche Interpretation überlieferten menschlichen Handelns in seinen temporalen und sozialen Strukturen und im Zusammenhang einer Kontinuität, die seine Kenntnisse für die Gegenwart relevant macht“¹²⁾.

Meine weiteren Ausführungen werden so angelegt sein, daß ich die einzelnen Bestandteile dieser Definition so zu erklären versuche, daß die skizzierten vier Herausforderungen traditioneller Geschichtswissenschaft berücksichtigt werden. Denn, um es zu wiederholen, erklärte Absicht meiner Überlegungen ist es, eine nachhistoristische Position zu umreißen, die sowohl die gesicherten, unumstrittenen Grundlagen des Historismus bewahrt als auch die genannten neuen, unabweisbaren Ansprüche erfüllt.

Nach der zitierten Definition ist *Gegenstand (Objekt)* historischen Forschens *vergangenes menschliches Handeln*, sofern es *überliefert* ist, d. h. sofern es *Spuren, Reste* hinterlassen hat, die für uns zu *Quellen* der Erkenntnis werden können. So einleuchtend und problemlos die Formulierung *menschliches Handeln in der Vergangenheit* auf den ersten Blick er-

¹²⁾ Rudolf Vierhaus, Was ist Geschichte?, in: Probleme der Geschichtswissenschaft, hrsg. v. Alföldy, Seibt, Timm, Düsseldorf 1973, S. 7—19, S. 16.

scheint, so schwierig erweist sie sich bei näherem Hinsehen. Relativ einfach ist es noch, eine negative Abgrenzung vorzunehmen, also festzustellen, was nicht in den Forschungsbereich der Geschichtswissenschaft fällt. Geschichte als Geschichte des handelnden Menschen klammert zeitlich und sachlich diejenigen Bereiche, die Gegenstand der Geologie, der historischen Geographie sowie der Vor- und Frühgeschichte sind, aus — obwohl sich hier Berührungspunkte ergeben können. Gleichzeitig wird mit der Herausstellung der Handlungskomponente der Bereich *sittlich-moralischer Entscheidungen* angesprochen, dem überwiegend naturwissenschaftlich arbeitende Disziplinen wie z. B. Anthropologie, Medizin und Biologie, die sich auch mit dem Menschen beschäftigen, nicht gerecht werden können und wollen. Der Hinweis auf die Vergangenheit schließlich grenzt gegen Wissenschaften ab, die menschliches Handeln der Gegenwart oder der Zukunft zu ihrem Gegenstand machen, also z. B. die Politologie, die Wirtschaftswissenschaften, weitgehend die Soziologie und die Futurologie. Mit den Worten Nipperdeys kann man die bisherigen Überlegungen folgendermaßen zusammenfassen: „Die Geschichtswissenschaft ist ... eine Wissenschaft vom Menschen, wobei zunächst die Kategorien der Zeitlichkeit, genauer der Vergangenheit, und die Kategorien des ‚Mehr-...-Biologischen‘ sie von anderen Wissenschaften vom Menschen unterscheiden“¹³⁾.

Versucht man nun jedoch positiv festzustellen, was als Gegenstand der Geschichtsforschung anzusehen ist, so wird es sogleich Meinungsverschiedenheiten geben. Denn was verbirgt sich konkret hinter der Formulierung „vergangenes menschliches Handeln“? Für den *klassischen Historismus* bedeutete das: Vergangenes menschliches Handeln ist individuelles, prinzipiell sinnhaftes, intentionales Handeln, welches prinzipiell intelligibel ist und unter Zuhilfenahme der Kategorien einer empirischen Individualpsychologie auf der Grundlage eines Verständnisses vom Menschen als eines sittlichen Wesens erfaßt werden kann¹⁴⁾. Diese recht komplizierte Formulierung faßt komprimiert ein ganzes Bündel von wichtigen Grundannahmen des Historismus zusammen. Ich will versuchen anzudeuten, welche wichtigen Vorentscheidungen sich dahinter verber-

gen. Dreierlei scheint mir hier vor allem von Bedeutung: Der spezifische *Individualitätsbegriff*, das *Menschenbild* und die Kategorie *forschenden Verstehens*.

Der *Individualitätsbegriff*, der nicht nur einzelne Personen und große historische Persönlichkeiten, sondern durchaus auch Völker und Staaten als individuelle Totalitäten umfaßt, hat wesentlich zur *methodischen Sonderstellung der Geschichtswissenschaft* beigetragen. Zwar ging der Historismus von der durchweg gültigen Überzeugung aus, daß „die individuellen geschichtlichen Erscheinungen verschiedene Ausprägungen allgemeiner, sich in der Geschichte entfaltender Prinzipien sind“¹⁵⁾, oder mit den Worten Rankes: „Alles ist allgemeines und individuelles geistiges Leben“¹⁶⁾. Für diese Grundannahme des Historismus vom prinzipiell untrennbaren Ineinanderverflochtensein von Individuellem und Allgemeinem, im Grunde von der *Identität von Allgemeinem und Besonderem*, welches immer nur eine konkrete Ausfaltung des Allgemeinen sei, — für diese Grundannahme des Historismus ließen sich Beispiele aus den Werken Droysens, Meinekes, Troeltschs u. a. bringen. Aber in der konkreten historischen Forschung traf diese geschichtsphilosophische Annahme immer mehr hinter der Betonung der *Einmaligkeit* und *Besonderheit* aller geschichtlichen Ereignisse zurück. Dies bewirkte einerseits einen ungeheuren Aufschwung präziser Detailforschung, entging andererseits jedoch nicht den Gefahren, die darin liegen, wenn die *Individualität* zur schlechthin bestimmenden *Kategorie* historischen Erkennens erhoben wird. Die Absolutsetzung dieses methodischen Prinzips führte dazu, daß man nicht immer der Gefahr einer einseitigen Überspannung zur „*Situationsdeterminiertheit*“¹⁷⁾ entging. Angesichts der prinzipiellen Gleichwertigkeit aller historischen Ereignisse war es nur konsequent, wenn man die direkte Vergleichbarkeit historischer Vorgänge leugnete. Quantifizierende und komparatistische Methoden entfielen,

¹³⁾ Hans Mommsen, *Historische Methode*, in: Fischer Lexikon Geschichte, Frankfurt/M 1961, S. 78—91, S. 84.

¹⁴⁾ Der vielzitierte Ausspruch Rankes war auf die englische Geschichte bezogen, hat jedoch bei ihm durchaus allgemeine Bedeutung. Auf die Voraussetzungen aus dem deutschen Idealismus, besonders Wilhelm von Humboldts, die hier einfließen, bis zum spannungsreichen Verhältnis Rankes zu Hegel kann hier nicht näher eingegangen, sondern nur hingewiesen werden.

¹⁷⁾ Theodor Schieder, *Zum gegenwärtigen Verhältnis von Geschichte und Soziologie*, in: GWU 3, 1952, S. 27—33.

¹³⁾ Thomas Nipperdey, *Die anthropologische Dimension der Geschichtswissenschaft*, in: *Geschichte heute*, a. a. O., S. 225—255, S. 225.

¹⁴⁾ Vgl. Rudolf Vierhaus, *Was ist Geschichte?*, a. a. O., S. 12.

historische Gesetze wurden prinzipiell als unwissenschaftlich abgelehnt.

Hinzu kam ein *Menschenbild*, das im Menschen ein intelligibles, und d. h. verstandesbegabtes, mit freiem Willen entscheidendes sittliches Wesen sah, dessen Handeln sich vor allem in *schriftlichen* Zeugnissen niederschlägt. Indem diese zur Hauptquelle der Historiker wurden, wandte man sich bevorzugt der Verfeinerung *philologischer Methoden*, der Quellenkritik, zu und kam hier im 19. Jahrhundert zu unumstrittenen und unaufgebbaren Erfolgen. Die Geschichtswissenschaft nahm unter dem Einfluß des Historismus eine Entwicklung, die von akribischer Detailforschung und Verfeinerung der Methoden gekennzeichnet war.

Aus der Grundannahme des Historismus, die unerschöpfliche Vielfalt individueller Erscheinungsformen lasse sich nicht (quantitativ) messen, sondern nur (qualitativ) deuten¹⁸⁾, folgt der der Geschichtswissenschaft ihr besonderes Gepräge gebende, aller konkreten Forschung vorausgehende *Verstehensbegriff*. Dieser beruht — wie der Individuelles und Allgemeines gleichermaßen umfassende Individualitätsbegriff — auf der *idealistischen Identitätsphilosophie*. Der von Droysen und Dilthey zum Erkenntnisprinzip der Geisteswissenschaften erklärte Verstehensbegriff setzt die *innere Verwandtschaft von Subjekt und Objekt* voraus. Der spezifisch historische Erkenntnisakt ist mehr als nur Produkt der Verstandestätigkeit. „Er umfaßt die intuitiven und sinnlichen Kräfte, die gemüthhaften, ästhetischen und sittlichen Empfindungen sowohl wie Phantasie und Anschauungsvermögen“¹⁹⁾. Forschendes Verstehen wird nur möglich auf dem Hintergrund der Verwandtschaft von Subjekt und Objekt geschichtlichen Erkennens in der Person des Historikers. „Dadurch, daß Subjekt und Objekt in denselben Werdestrom des geschichtlichen Lebens getaucht sind, ergibt sich die Möglichkeit eines tiefgreifenden historischen Verstehens“²⁰⁾. „Als individuelle Totalität, als sittliches und sich selbst frei bedingendes Wesen, besitzt der Mensch ein Vorverständnis der durch Menschenhand und -geist geschaffenen Erscheinungen, und das befähigt ihn, sie als individuelle und eigenständige Ganzheiten zu erkennen, auch wenn sie ihm nur in einzelnen Äußerungen, in den bruchstückhaften Spiegelbildern der Quellen, ent-

gegengetreten“²¹⁾. Mit anderen Worten: Erkenntnis in der Geschichtswissenschaft wird erst möglich durch den notwendigen, die mühsam erarbeiteten Fakten vergangener Wirklichkeit ergänzenden Akt historischen Verstehens. Erst durch ihn — der allerdings, wie gezeigt, eine gewisse anthropologische Grundbefindlichkeit annimmt und diese aufgrund der vorausgesetzten Identität von Subjekt und Objekt und gleichzeitig von Individuellem und Allgemeinem als allgemein menschliche Lebenserfahrung in den wissenschaftlichen Erkenntnisprozeß mit aufnimmt — wird es möglich, die prinzipiell niemals zu beseitigende Lückenhaftigkeit der Überlieferung in einem umfassenden Sinnzusammenhang aufzufangen.

Hier zeigen sich m. E. besonders deutlich die *Möglichkeiten- und Grenzen historischen Verstehens*. Die Geschichtswissenschaft kann nie exakte Wissenschaft sein und sollte sich meiner Ansicht nach auch nicht bemühen, eine solche zu werden. Denn dann würde sie ihrem Gegenstand, dem handelnden und leidenden Menschen, nicht gerecht. Hingegen kann nur der Grad der Inexaktheit des Verstehens strittig sein. Ich stimme Faber zu, der feststellt, auch kontrolliertes Verstehen könne nie zu Erkenntnissen „von absoluter Evidenz, sondern immer nur (zu) Aussagen über den wahrscheinlichen Sinn des zu erklärenden Handelns im Lichte des Wissens über die mögliche Zuordnung von Zeichen und Intentionen“²²⁾ führen. Ergebnisse historischer Forschung, die sich immer aus Lebenserfahrung plus historischem Wissen zusammensetzen, können nur unterschiedliche Grade von Wahrscheinlichkeit, nie aber vollständige Exaktheit erreichen und behalten damit letztlich hypothetischen Charakter — was übrigens prinzipiell auf alle empirischen Wissenschaften zutrifft, also auch auf die Natur- und die Sozialwissenschaften. Der Forderung nach erhöhter Rationalität, nach intersubjektiver Überprüfbarkeit innerhalb der Geschichtswissenschaft kann auf die Weise Rechnung getragen werden, daß jeweils der Punkt anzugeben ist, an dem die eindeutigen Quellenaussagen überschreitende Behauptungen aufgestellt werden. Der nicht zu rationalisierende Anteil intuitiven Verstehens, der am intentionalen Handeln des letztlich freien Individuums orientiert bleibt²³⁾, kann jedoch nach dem sozio-ökonomischen

¹⁸⁾ Rudolf Vierhaus, *Geschichtswissenschaft und Soziologie*, a. a. O., S. 77.

¹⁹⁾ Hans Mommsen, *Historische Methode*, a. a. O., S. 85.

²⁰⁾ Ebenda.

²¹⁾ Ebenda.

²²⁾ Karl-Georg Faber, *Theorie der Geschichtswissenschaft*, München 1971, S. 142.

²³⁾ Vgl. Rudolf Vierhaus, *Geschichtswissenschaft und Soziologie*, a. a. O., S. 77.

Wandel nicht mehr die Bedeutung einnehmen wie zuvor. Vielmehr wird eine nach-historistische Position, die sich stärker den menschlichem Handeln vorgegebenen Sachzwängen zuwendet, hinter bewußte Intentionen zurückfragen und stärker kausal erklärend und objektiv messend vorgehen.

Begründet in dem charakterisierten spezifischen Individualitätsbegriff, der die Freiheit sittlichen Handelns und die unwiederholbare Einmaligkeit allen geschichtlichen Geschehens betont, tendiert der Historismus dahin, die *Bedingungen* menschlichen Handelns außer acht zu lassen oder aber als zu gering zu veranschlagen. Dieses Versäumnis im Hinblick auf den dem politischen Handeln in engerem Sinne vorgegebenen Rahmen — womit vorwiegend die sozio-ökonomischen Voraussetzungen gemeint sind — versucht Vierhaus in seiner Definition aufzufangen, indem er von temporalen und *sozialen Strukturen* spricht. Damit wird auf die oben genannte Herausforderung durch den sozio-ökonomischen Wandel eingegangen. Die sich hieraus ergebende methodische Konsequenz ist, daß das Verfahren forschenden Verstehens nicht mehr den Vorrang behält, den es bisher besaß. Statt dessen werden zur Erfassung von sozialen, ökonomischen und sozialpsychologischen Strukturen von den Sozialwissenschaften — vor allem der Soziologie, Politologie, Ökonomie und Psychoanalyse — entwickelte *quantifizierende* und *komparatistische Methoden* und deren Ergebnisse für die Geschichtswissenschaft fruchtbar gemacht. Dabei kann es nicht darum gehen, sozialwissenschaftliche Methoden zu den spezifisch historischen hinzuzufügen, also sie vom einen auf den anderen Bereich zu übertragen und damit durch einfache Addition das methodische Instrumentarium des Historikers zu vergrößern. Vielmehr kann eine wirkliche *Integration* nur in fortwährendem Bezug auf die Überlieferung, also die *historischen Quellen* und durch Kontrolle und laufende Überprüfung an ihnen erfolgen.

Neben die vom Historismus zur Perfektion entwickelten Methoden wie die geisteswissenschaftliche Hermeneutik, die Methoden der Philologie und der Textinterpretation treten mit der stärkeren Heranziehung *nichtschriftlicher Quellen* typologisierende Verfahren und Versuche, zu allgemeinen Aussagen im Rahmen von Theorien mittlerer Reichweite zu gelangen. Es sei noch einmal ausdrücklich betont, daß auch sozialwissenschaftliche Methoden in der Geschichtswissenschaft nur unter der Voraussetzung angewandt werden soll-

ten, die für das *hermeneutische Verfahren* allgemein gilt, nämlich: Die Erkenntnis des Gegenstandes darf nicht dadurch verdunkelt werden, daß inadäquate Begriffe an ihn von außen herangetragen werden. Individualisierende und generalisierende Methode²⁴) in der Geschichtswissenschaft sind gleichermaßen dadurch ausgezeichnet, daß fortwährend ein Rückkopplungsprozeß zwischen Gegenstand und Begriff bzw. zwischen messendem, kategorisierendem Verfahren und zu messendem Gegenstand stattfindet, oder, mit anderen Worten, daß die Methoden gewissermaßen dem historischen Stoff selbst abgewonnen werden²⁵).

Die vorangegangenen Überlegungen zusammenfassend, möchte ich folgendes *Programm* aufstellen:

Der Forschungsbereich der Geschichtswissenschaft muß vom überwiegend geistig-sittlich geprägten Individualitätsbegriff auf die temporalen und sozialen Tiefenstrukturen menschlichen Handelns ausgeweitet werden. Nur so kann der „Formveränderung der Geschichte“ infolge der Industriellen Revolution Rechnung getragen werden. Eine solche Neubestimmung des Gegenstandes der Geschichtswissenschaft impliziert eine Revision des jeder Einzelforschung vorausgehenden Menschenbildes und nimmt insofern die Kritik des Marxismus am ungenügenden Realitätsbewußtsein des Historismus auf. Als notwendige methodische Konsequenz erhebt sich die Forderung nach Aufnahme sozialwissenschaftlicher Arbeitsweisen wie quantifizierender, komparatistischer und theoriebildender Verfahren in die Geschichtswissenschaft, soweit dies nach den vorhandenen historischen Quellen möglich ist. Gelingt es, dieses anspruchsvolle Konzept durchzuführen und es in praktische historische Forschung umzusetzen, so wird eine solche nach-historistische Geschichtswissenschaft auch den Erfordernissen der modernen Wissenschaftstheorie mit ihren Rationalitätsansprüchen weitgehend

²⁴) Nach dem Vorausgehenden dürfte deutlich sein, daß die Gegenüberstellung von individualisierendem und generalisierendem Verfahren hier nur zur abkürzenden Verständigung verwendet wird. Neben der erfolgten Eingrenzung generalisierenden Vorgehens durch die Forderung nach Überprüfung an der Quellenlage ist weiter darauf hinzuweisen, daß jede sprachliche Benennung von individuellen Erscheinungen einen Abstraktionsvorgang beinhaltet. Die vom Historismus angenommene Verschränkung von Individuellem und Allgemeinem (s. o.) macht(e) dies Verfahren jedoch scheinbar unproblematisch.

²⁵) Hans Mommsen, *Historische Methode*, a. a. O., S. 87.

Genüge tun. Sie kann dann der Forderung nach intersubjektiver Überprüfbarkeit eher gerecht werden als die traditionelle Geschichtswissen-

schaft, die aufgrund des Verstehensbegriffs dem intuitiven, letztlich nicht rationalisierbaren Verfahren zu weiten Raum ließ.

III. Geschichte und Gegenwart

Ein wichtiger Aspekt der Definition, die meinen Überlegungen zugrunde liegt, wurde bisher nicht beachtet. Ich meine den zweifach angeführten *Gegenwartsbezug*. Vierhaus spricht einmal davon, daß die Interpretation der Vergangenheit „von der Gegenwart her“ unternommen werde und zum anderen davon, daß die so gewonnene Kenntnis infolge einer Kontinuität „für die Gegenwart relevant“ sei.

Mit der ersten Feststellung — jede Interpretation der Vergangenheit werde von der Gegenwart her unternommen — spricht Vierhaus die *unauflösbare Standortgebundenheit des Historikers* an. Relativ unproblematisch schlägt sie sich als vorwissenschaftliches Interesse, als Neugier des Forschers in einer bestimmten Ausgangsfrage nieder. Das ist in allen Wissenschaften so und braucht der Wissenschaftlichkeit der weiteren Untersuchung keinen Abbruch zu tun. Gefährlicher wird es, sobald die Standortgebundenheit in die interpretierende Darstellung durch Werturteile einfließt. Hier ist in erhöhtem Maße kritische Distanzierung und ständige Kontrolle der Aussageform (z. B. durch bewußten Gebrauch des Konjunktivs) notwendig.

Da die Geschichte sich einem totalen Zugriff entzieht, immer aspekthaft und perspektivisch bleiben muß und stets mehreren Zugängen offen ist, können monokausale Erklärungen²⁶⁾ nie beanspruchen, das geschichtliche Geschehen schlechthin sichtbar werden zu lassen. Dennoch können Erkenntnismodelle, die von einem monokausalen Ansatz ausgehen, durchaus ihre Berechtigung haben, um bestimmte Zusammenhänge besonders deutlich hervortreten zu lassen. Nur muß die erkenntnisfördernde, quellenmäßig zu rechtfertigende und arbeitstechnisch sinnvolle Beschränkung auf einen Ausschnitt in der Aussage- und Darstellungsform zum Ausdruck kommen. Dann braucht die Standortgebundenheit des Forschers die wissenschaftliche Leistung nicht zu beeinträchtigen.

²⁶⁾ Monokausale Erklärungsversuche sind zu unterscheiden von der immer vorhandenen Notwendigkeit zur Auswahl und damit zum Setzen von Prioritäten, vom Unterscheiden nach wichtig und unwichtig und damit zur Bewertung.

Was nun den Begriff der *Relevanz* angeht, so schwingen in ihm mehrere Bedeutungen mit. Nach Nipperdey²⁷⁾ können drei Bezüge gemeint sein: erstens der *unmittelbare Gegenwartsbezug*, zweitens der *Handlungsbezug* und drittens der *Zukunftsbezug*. Alle drei Färbungen des Relevanzbegriffes gehen ganz legitim davon aus, daß das menschliche Interesse an der Vergangenheit mit dem Interesse an Gegenwart und Zukunft zusammenhängt. In allen dreien aber stecken, unterschiedlich stark ausgeprägt, Gefahren, sobald eine Beziehung vordergründig-eindimensional verabsolutiert wird. So droht der *unmittelbare Gegenwartsbezug* die Geschichte zur Vorgeschichte der Gegenwart zusammenschrumpfen zu lassen. Die Vergangenheit wird dann nur der Beachtung wert erachtet, sofern sie als Vorgeschichte der Gegenwart, als Zeitgeschichte oder als Geschichte gegenwärtiger, uns heute vornehmlich wichtiger Phänomene orientierende Erklärungen für die Gegenwart abgibt. Konkret heißt das: Geschichte seit der Französischen Revolution bzw. seit der Industriellen Revolution oder Geschichte demokratischer Bewegungen oder Geschichte von Konflikten zwischen Herrschenden und Unterdrückten. Die Gefahr eines solchen Ansatzes besteht darin, daß alle Epochen oder Phänomene, die diesem Relevanzbegriff nicht entsprechen, als uninteressant abgetan und die Beschäftigung mit ihnen als antiquarisch diffamiert wird.

Die Bedeutung von Relevanz als *Handlungsanweisung für die Gegenwart* stellt Geschichte in den Dienst politischer Pädagogik. „Geschichte soll politisch-moralische Wertordnungen unserer Gesellschaft, sofern über sie mehrheitlich Konsensus besteht, stabilisieren, z. B. den Wert von Freiheit und Demokratie, Frieden und sozialem Fortschritt und den damit verbundenen Institutionen, Zielen und Verhaltensweisen wie die Gefahren des Nationalismus oder des Autoritätsglaubens verdeutlichen. ... Von diesem pädagogisch-moralischen Ziel her bestimmen sich nicht nur die Auswahl von Gegenständen und Themen, sondern vor allem auch die Perspektive histori-

²⁷⁾ Thomas Nipperdey, Über Relevanz, in: GWU 10, 1972, S. 577—596.

scher Arbeit und Darstellung" ²⁸⁾). Einem solchen Vorgehen liegt das Mißverständnis zugrunde, aus wissenschaftlichen Erkenntnissen ließen sich logisch stringent Handlungsnormen für gesellschaftliche oder politische Praxis aufstellen. Wie Max Weber ²⁹⁾ aber unwiderlegt nachgewiesen hat, ist die Wissenschaft nicht kompetent, etwas über den Wert von Normen zu sagen. Sie kann sich nur zu deren sozialer Funktion, zu den Bedingungen ihres Entstehens etc. äußern. Oder sie kann z. B. darlegen, welche Mittel bei vorgegebenen normativen Zielen ergriffen werden müssen, um in einer bestimmten historischen Situation diese durchzusetzen. Über die Berechtigung von Normen kann nur weltanschaulich oder glaubensmäßig, nicht aber wissenschaftlich-rational entschieden werden. Sofern Parteilichkeit in diesem Sinne in die Wissenschaft Eingang findet, gerät diese in Konflikt mit dem wissenschaftlichen Anspruch nach intersubjektiver Überprüfbarkeit. Es ergibt sich dann ein folgenschwerer Widerspruch: „Wo das pädagogisch-politische Interesse zur Norm gemacht wird, kann die geschichtliche Erkenntnis gerade etwas für die Praxis Wesentliches, nämlich Erweiterung des Erfahrungsraumes ... nicht erreichen; sie bleibt in der Selbstbestätigung einer Gesellschaft oder ihrer Gruppen stecken und bietet nichts Neues mehr" ³⁰⁾. Andererseits kann gerade eine Beschäftigung mit der Geschichte scheinbar nur um ihrer selbst willen, die also nicht auf unmittelbare gesellschaftlich-praktische Verwendbarkeit abgestellt ist, von bewußter moralischer Relevanz absieht und sich der Vergangenheit als Vergangenheit zuwendet, sich eher von einer perspektivischen Verkürzung und Festschreibung gegenwärtiger Normen freihalten. Paradoxerweise kann so ausgerechnet eine heute häufig als antiquarisch und „konservativ“ abgelehnte Geschichtsforschung die Stabilisierung des Status quo leichter vermeiden und einer verändernden politisch-gesellschaftlichen Praxis größere Chancen eröffnen als eine unter dem Primat unmittelbaren Praxisbezuges stehende, auf direkte Handlungsanweisung ausgerichtete Geschichtsforschung.

Hier kommt nun der Zukunftsbezug im Relevanzbegriff zum Zuge. Meist meint man damit unter starker Betonung der Handlungskompo-

nente Weltveränderung aufgrund von Kritik an der Gegenwart. Das führt — wie gezeigt — leicht zu dem paradoxen Ergebnis, daß gerade das herbeigeführt wird, was abgelehnt wird, nämlich Verfestigung des Status quo und Lähmung der Aktivität. Denn angenommen, „eine Gesellschaft oder eine Mehrheit der Gesellschaft wäre über ihre Zukunft, das ‚wahre Interesse der Gesellschaft‘ einig und verlangte von der Historie, sich in den Dienst an der Realisierung dieser Zukunft zu stellen, diesen ihren ‚Auftrag‘ zu erfüllen. In diesem Falle handelte es sich in Wahrheit darum, daß die angesprochene Zukunft ganz aus der Gegenwart gesehen wird, daß sie vorweggenommene, mediatisierte Zukunft ist. Die Beschäftigung mit der Vergangenheit dient dann nicht mehr der Zukunft, sondern nur dieser gegenwärtigen Zukunftsperspektive, sie stabilisiert diese Perspektive. Gerade die Orientierung an der Zukunft bleibt auf diese Weise statisch, sie verfestigt ein bestimmtes gegenwärtiges Bewußtsein, das utopisch-ideologische Gehäuse einer selbstgerechten Gegenwart und ihren totalen oder relativen Absolutheitsanspruch und sie arbeitet damit an einer geschlossenen und präfixierten Zukunft. ... Historie als Wissenschaft dagegen lehrt ... die Skepsis gegen die Neigung aller auf Relevanz Eingeschworenen zu geschlossenen Geschichtsbildern, sie hält das Fragwürdige, das Nichtgewußte und Nichtwißbare bewußt. Diese Relativierung gegenwärtiger Absolutheitsansprüche an die Zukunft, auch wenn sie im Namen der menschlichen Freiheit auftreten, diese Skepsis gegen ein Totum von Wissen und Wißbarkeit, ist geradezu die Bedingung dafür, die endliche und relative Freiheit des Menschen und die schöpferischen Möglichkeiten, die Kreativität, in einer offenen Zukunft aufrechtzuerhalten. Offenheit der Zukunft und Zuwendung zur Vergangenheit als solcher bedingen einander. Geschichtswissenschaft hat eine Funktion, Zukunft offenzuhalten" ³¹⁾. „Die Unterscheidung von Relevantem und Irrelevantem tritt unter diesem Aspekt zurück: Das jetzt scheinbar Irrelevante mag schon morgen eine enorme Relevanz haben, es wäre kurzsichtig, Bedürfnisse der Gegenwart zu verabsolutieren. Darüber hinaus aber: das scheinbar Irrelevante, das Alte, das Andersartige, das Fremde, das Untergegangene und nicht mehr Nachwirkende, das Fremde, mit dem sich die Geschichtswissenschaft herkömmlicherweise auch beschäftigt, ist es gerade, das

²⁸⁾ Ebenda, S. 584.

²⁹⁾ Max Weber, Der Sinn der „Wertfreiheit“ der Sozialwissenschaften, in: Soziologie. Weltgeschichtliche Analysen, Politik, Stuttgart 1956, S. 263—310.

³⁰⁾ Thomas Nipperday, Über Relevanz a. a. O., S. 591.

³¹⁾ Ebenda, S. 590.

die Befangenheit im Eigenen relativiert, ohne das Engagement im Eigenen unmöglich zu machen, und den Raum des Möglichen erweitert" ³²). Nipperdey rührt hier an einen Zug des Historismus, der lange verschüttet war

und übersehen wurde: nämlich die *revolutionäre Implikation eines relativierenden historischen Denkens*, das alles Seiende verflüssigt, es als entstanden, sich wandelnd und darum auch als vergehend und veränderbar darstellt.

IV. Geschichte im kritisch-aufklärerischen (emanzipatorischen) Unterricht

Nach den vorangegangenen Überlegungen scheint es mir leicht, die „altmodische“ Frage zu beantworten, welchen Nutzen die Historie für das Leben habe, oder, moderner ausgedrückt, was ihre *sozialen Funktionen* seien oder, enger auf das *Unterrichtsfach Geschichte* an den Schulen bezogen, wie sein *Beitrag zu einer kritisch-aufklärerischen, also emanzipatorischen Erziehung* aussehe. Folgende *soziale Funktionen* der Geschichte erscheinen mir von besonderem Gewicht:

Die fundamentale Einsicht in den *genetischen Charakter* allen menschlichen Daseins umschließt alles das, was aus der Geschichte zu lernen und nur aus ihr zu lernen ist. „Jedes Sein ist ein Gewordensein, in dem die Stationen seines Werdens aufbewahrt sind. Die Eigenart eines Seienden ist darum vollgültig nur zu erfassen, wenn man den Werdezusammenhang zu rekonstruieren vermag. Die Geschichte stellt dem Menschen die *Zeitlichkeit* seiner Existenz vor Augen. Sie vermittelt ihm die Erfahrung der *Jeweiligkeit* und *Relativität* jeder historischen Situation" ³³). Das *Gewordensein* aller menschlichen Institutionen und Normen, ihre *Zeitlichkeit* und ihre *Relativität* bedeuten, daß diese auch weiterhin wandlungsfähig und prinzipiell veränderbar sind. Damit eröffnet historisches Wissen den Horizont des *Möglichen* und setzt Aktivitäten frei, die vom Optimismus getragen werden, daß Gegenwart und Zukunft veränderbar sind. Gleichzeitig jedoch erfährt der Wille zu politischer Gestaltung der Gegenwart eine *realistische, nüchterne und sachgerechte Begrenzung*. Aus der *Endlichkeit* und *Vorläufigkeit* menschlichen Handelns erwächst die Warnung vor „*utopischer, proportionsloser Totalkritik*" ³⁴), vor fanatischer Verabsolutierung welt-

anschaulicher Modellentwürfe. „Die Erfahrung der *Komplexität von Handlungssituationen* oder der *Perspektivität von Handlungszielen* immunisiert ein wenig gegenüber sich selbst verabsolutierenden, rücksichts- und maßlosen Totalentwürfen und -ansprüchen der verschiedensten Arten in der Gegenwart" ³⁵).

Die hier aufgezeigte *politisch-soziale Funktion der Geschichte* berührt sich mit dem, was Rohlfes als Ergebnis geschichtlicher Bildung ansieht: „Geschichte leistet die Bewältigung der Vergangenheit, indem sie Traditionen bewahrt und kritisiert. Solche Bewältigung ist unumgänglich, weil die Vergangenheit auch und gerade da mächtig ist, wo sie verdrängt oder ignoriert wird. Die Geschichte hat die *Funktion der Aufklärung*, indem sie historische Mythen entlarvt und falschen historischen Legitimationen den Boden entzieht. Sie nimmt dem historisch Gewordenen den Schein der Naturwüchsigkeit und bricht seine pure Selbstverständlichkeit auf, indem sie seine Verursachung durch menschliche Entscheidungen erkennbar und seine ‚relative‘ Veränderbarkeit bewußt macht" ³⁶). Der hier aufgestellte Tatbestand, der in vielfältigen Wendungen als Infragestellen politisch direkt verwendeter Geschichtsmysmen, als Entlarven oder *Entmythologisieren von Ideologien* bezeichnet worden ist, hat offenbar zwei Seiten: zum einen zerstört er den verführerischen pseudo-religiösen Charakter jeder Ideologie, ihren Absolutheitsanspruch. Er führt nach der *Kontrottation von Modell und Realität zu kritischer (Selbst)Kontrolle*. Zum anderen aber appellieren weltanschauliche Entwürfe gleichzeitig an die *Freiheit* menschlichen Handelns trotz aller Begrenztheit; sie erinnern *damit an das „Prinzip Hoffnung“*. *Historische Erziehung* zeigt, „welche *ungeheure, produktive Steuerungsfunktion radikale, ja sogar utopische Entwürfe menschlichen Zusammenlebens für*

³²) Ebenda, S. 590 f.

³³) Joachim Rohlfes, Welchen Beitrag kann der Geschichtsunterricht zur politischen Bildung leisten?, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 30/72, S. 6.

³⁴) Jürgen Kocka, Zu einigen sozialen Funktionen der Geschichtswissenschaft, in: *Geschichte und Sozialwissenschaften. Ihr Verhältnis im Lehrangebot der Universität und der Schule* (6. Sonderheft der Neuen Sammlung), Göttingen 1972, S. 12—17, S. 15.

³⁵) Jürgen Kocka, *op. cit.* 7. 1970, S. 304 (Diskussionsbeitrag war eine „Bedingungsloskritik“ auf dem Historikertag in Göttingen 1971).

³⁶) Joachim Rohlfes, *op. cit.* 1972, S. 6.

die Gesellschaft auszuüben vermögen" 37). Diese doppelte historische Erkenntnis mit der gegenseitigen Ausbalancierung von *Ansporn* und nüchterner *Begrenzung* läßt sich nach Prinz folgendermaßen zusammenfassen: Beschäftigung mit der Geschichte ist „ein Mittel, den Menschen aus seiner ‚selbstverschuldeten Unmündigkeit‘ und Abhängigkeit von Klischees jeglicher Provenienz zu befreien, es bewirkt Entmythologisierung zu vernünftigem Handeln in der und für die Gesellschaft" 38). Soll dieses gesellschaftliche und damit politische Handeln den Forderungen Max Webers an den Politiker entsprechen, also sich durch sachliches Verantwortungsgefühl, Augenmaß und Distanz auszeichnen 39), so muß das durch historisches Erkennen vertiefte Potential an kritischer Rationalität jeweils die *Multidimensionalität* und *Multikausalität* allen historischen Geschehens, die *Heterogenität der Motiv- und Kausalketten*, die *Diskrepanz* zwischen *Absicht und Tat*, die Rolle des *Zufalls* und das *Neben- und Ineinander von Freiheit und Determiniertheit* bedenken. Das Resultat wird dann ein verantwortungsethisches, nüchternes politisches Handeln sein, das den Freiheitsraum der Gegenwart gerade durch Einbeziehung der historischen Tiefendimension auszuschöpfen imstande ist. Reflektiertes Geschichtsbewußtsein fungiert hier als „*Korrektiv* für ausschließlich gegenwartsbezogene und systematisch gewonnene Analysen und Theorien, Prognosen und Entwürfe und kann damit zu einer Art *kritischem Organon gegenüber zeitbedingten Werthaltungen und Ideologien* werden. Die Geschichte erweitert das Beobachtungsfeld in die Tiefe der Zeit und bereichert die Befunde der Gegenwart um ein nahezu unerschöpfliches *Vergleichsmaterial*" 40).

Die Überwindung eines kurzschlüssigen Verhaftetseins an gegenwärtige gesellschaftliche Werte als Voraussetzung für veränderndes Handeln wird außerdem gefördert durch die Erfahrung des ganz Anderen und Fremden: „Dem eigenen Erfahrungsbereich verschlossene Weisen des menschlichen Lebens aus historisch weit zurückliegenden Zeiten und stark unterschiedenen soziokulturellen Umwelten wirken im Sinne eines ‚Verfremdungs-

effekts" 41). Auch dieses mündet wieder in die typisch *historische Arbeits- und Denkweise*, die „Abstand von apodiktischen, verabsolutierenden, eindimensionalen Betrachtungsformen gewinnen (läßt) und offen macht für relativierendes, dialektisches, alternatives Denken" 42). Eine im engeren Sinne *zweckfreie* Beschäftigung mit der Vergangenheit stellt durch historisches Wissen und historische Kenntnisse Anschauungsmaterial zur Verfügung, welches die Erfahrung des „frappierend Anderen" vermittelt und damit dem „Zweck der ‚Verflüssigung‘ des Bildes von Wirklichkeit dient" 43). Dies wird allerdings nur dann erreicht, wenn die Geschichte nicht im Dienst einer unter einem „unreflektierten Relevanzaktualismus" 44) stehenden politisch-normativen Didaktik zum Arsenal für die Bereitstellung von Anschauungsmaterial herabgewürdigt wird 45). Wie Nipperdey m. E. überzeugend in den oben referierten Ausführungen zum Relevanzbegriff dargelegt hat, schlägt eine Beschäftigung mit der Geschichte, die zum „Erfüllungsgehilfen für die Einlösung" von Lernzielen 46) degradiert wird, entgegen ihrem proklamierten Ziel, der gesellschaftlichen Veränderung zu dienen, in eine Festschreibung des Status quo um. „Geschichte verkommt zum großen Kasten subjektiv ausgewählter Beispiele und Illustrationen, die Versatzstücke haben lediglich Beweisfunktion

41) Jürgen Kocka, Zu einigen sozialen Funktionen . . . , a. a. O., S. 14.

42) Joachim Rohlfes, Welchen Beitrag . . . , a. a. O., S. 7.

43) Jürgen Kocka, Zu einigen sozialen Funktionen . . . , a. a. O., S. 14.

44) Thomas Nipperdey / Hermann Lübke, Gutachten zu den Hessischen Rahmenrichtlinien Gesellschaftslehre (= Heft 1 der Schriftenreihe des Hessischen Elternvereins e. V.), Bad Homburg v. d. H. 1973, S. 16, S. 11 und S. 14.

45) Vgl. Hans Mommsen, Die hessischen Rahmenrichtlinien für das Fach „Gesellschaftslehre" in der Sicht des Fachhistorikers, in: Was sollen Schüler lernen? Die Kontroverse um die hessischen Rahmenrichtlinien für die Fächer Deutsch und Gesellschaftslehre, Dokumentation einer Tagung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, hrsg. v. Gerd Köhler und Ernst Reuter, Frankfurt/M. 1973 (Fischer TB 1460), S. 88—97: „Die Historie wird dadurch tendenziell zum bloßen Anschauungsmaterial zur besseren Beurteilung politisch sozialer Problemlagen reduziert. Dies ist ein Rückfall in die vorhistorische Geschichtsschreibung, die den genetischen Bezug ebenfalls vernachlässigte, damit freilich der Gefahr manipulativer Verwendung ausgesetzt war." S. 92.

46) Hermann Giesecke, Die neuen hessischen Rahmenrichtlinien für den Lernbereich „Gesellschaftskunde, Sekundarstufe I", ebenda, S. 61—74, S. 71.

37) Friedrich Prinz, Wozu heute noch Geschichtsunterricht?, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 35, 1972, S. 1032—1037, S. 1034.

38) Ebenda.

39) Max Weber, Der Beruf zur Politik, in: Soziologie . . . , a. a. O., S. 167—185.

40) Joachim Rohlfes, Welchen Beitrag . . . , a. a. O., S. 6.

für vorgegebene Thesen (Veränderbarkeit), niemals aber Korrektivfunktion“⁴⁷⁾.

Ein so pervertierter Geschichtsunterricht würde nicht nur die besonderen Chancen des Faches verspielen, sondern — was sicher noch bedenklicher ist — einer gerade heute notwendigen gesellschaftlichen Funktion nicht Rechnung tragen. Ich denke dabei erstens an die schon genannten spezifischen Möglichkeiten des Faches, alternative Gesellschaftsmodelle aufzuzeigen und damit konkrete Entwürfe für Veränderung vorzustellen. Zweitens meine ich die aktuelle Notwendigkeit, Gefahren der modernen rationalen Lebensführung abzuwehren. Diese hat Max Weber wohl am eindringlichsten prophetisch während in seiner Herrschaftssoziologie beschrieben. Ausgehend von der konstatierten Schicksalhaftigkeit einer universellen Bürokratisierung, von der er sagte, sie sei „überall der unentrinnbare Schatten der voranschreitenden ‚Massendemokratie‘“⁴⁸⁾, kam er zu dem eindrucksvoll bildhaft formulierten Resümee: „Eine leblose Maschine ist geronnener Geist. ... Geronnener Geist ist auch jene lebende Maschine, welche die bürokratische Organisation mit ihrer Spezialisierung der geschulten Facharbeit, ihrer Abgrenzung der Kompetenzen, ihrer Reglements und hierarchisch abgestuften Gehorsamsverhältnissen darstellt. Im Verein mit der toten Maschine ist sie an der Arbeit, das Gehäuse jener Hörigkeit der Zukunft herzustellen, in welche vielleicht dereinst die Menschen sich, wie die Fellachen im altägyptischen Staat, ohnmächtig zu fügen gezwungen sein werden, wenn ihnen eine technisch gute und das heißt: eine rationale Beamten-Verwaltung und -Versorgung der letzte und einzige Wert ist, der über die Art der Leistung ihrer Angelegenheiten entscheiden soll“⁴⁹⁾.

Soll die hier aufgezeigte, tendenziell zweifellos vorhandene Möglichkeit nur eine solche bleiben und nicht zur Realität werden, so müssen zur Rettung der Freiheit des Individuums folgende Konsequenzen gezogen werden: Erstens sollte historisches, relativierendes Denken den Weberschen Alptraum erkennen und beurteilen; und zweitens sollte eine dem historischen, alternativen, die Phantasie anregenden Denken verwandte menschliche Fähigkeit berücksichtigt werden, die erstaunlicher-

weise heute selten erwähnt wird — ich meine das *Spiel*. Mir scheint, gerade eine nach-historistische Geschichtskonzeption, die trotz Einbeziehung sozialer Strukturen sich vor ‚der Überspannung der ökonomisch-gesellschaftlichen Determiniertheit alles geschichtlichen Geschehens‘⁵⁰⁾ hüten will, muß als Gegengewicht zur Stärkung der Freiheit schöpferische menschliche Fähigkeiten wie *Kontemplation und Spiel* akzentuieren. Nipperdey hat kurz darauf hingewiesen, daß Kontemplation und Spiel als Beschäftigungen ohne Handlungsansprüche „eine kompensatorische Bedeutung in einem Gesamthaushalt des menschlichen, sozialen wie industriellen Lebens“ haben können. Und er fährt fort: „Vielleicht haben nicht nur die Künste, sondern vielleicht hat auch die historische Erkundung menschlicher Möglichkeiten jenseits unserer Möglichkeiten die Funktion, die individuelle Freiheit gegenüber technischen, institutionellen oder sozialen Zwängen — gegenüber der ‚Entfremdung‘ — zu sichern“⁵¹⁾.

Spiel als geistige oder körperliche Tätigkeit, die keinen unmittelbaren praktischen Zweck verfolgt und deren einziger Beweggrund die Freude an ihr selbst ist, müßte eigentlich bei den Didaktikern einen hohen Stellenwert erhalten, die, der kritischen Frankfurter Schule nahestehend, funktionalistische und strukturalistische Theorien als systemstabilisierend ablehnen. Das Spiel in seinen vielfältigen Formen müßte als Möglichkeit, schöpferische Energien und Phantasie freizusetzen, von denen begrüßt werden, die Veränderungen zum erstrebenswerten Erziehungsziel erklären, die sich gegen Leistungsdrill und Anpassungsdruck wehren und der „Entfremdung“ einen zweckfreien Raum gegenüberstellen wollen. Darüber hinaus drängt sich nach dem von Johan Huizinga erbrachten Nachweis vom Ursprung aller Kultur im Spiel⁵²⁾ die Vermutung auf, daß bei der engen Verbindung von Spiel und Kultur eine Vernachlässigung des einen auch Schaden für das andere nach sich zieht. Nimmt man die Ergebnisse der neueren anthropologischen Forschung hinzu, die vom Menschen als biologischem Mängelwesen ausgeht, daraus die Notwendigkeit einer diese „organische Mittellosigkeit“ kompensierenden kulturschaffenden Tätigkeit ableitet und ne-

⁴⁷⁾ Thomas Nipperdey / Hermann Lübke, Gutachten a. a. O., S. 14.

⁴⁸⁾ Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*, Grundriß der verstehenden Soziologie, Studienausgabe hrsg. v. Joh. Winkelmann, Köln/Berlin 1964, S. 166.

⁴⁹⁾ Ebenda, S. 1060.

⁵⁰⁾ Hans Mommsen, Artikel Sozialgeschichte, in: *Fischer Lexikon Geschichte* S. 314.

⁵¹⁾ Thomas Nipperdey, *Über Relevanz*, S. 595.

⁵²⁾ Johan Huizinga, *Homo Ludens. Vom Ursprung der Kultur im Spiel*, Hamburg 1972 (rde 21). (Erst- druck 1938).

ben der Kultur als menschlichem Spezifikum die Weltoffenheit des durch Instinkte nicht festgelegten Menschen betont⁵³), so scheinen weitere Gründe zu den genannten aktuellen hinzuzukommen, um den eng zusammengehörenden Begriffen Kultur, Spiel, Phantasie, intellektuelle Beweglichkeit eine überzeitliche Bedeutung zu geben. Wie gezeigt, vermag zweckfreie Beschäftigung mit Geschichte mittelbar einen wesentlichen Beitrag zu diesen Werten zu geben. Innerhalb der Erziehung kommt dem Spiel eine wesentliche Funktion bei der *Persönlichkeitsfindung* des Menschen zu⁵⁴). Diese aber ist zweifellos eine Voraussetzung zu dem *Erziehungsziel*, das nach allgemeinem Konsensus, aber nichtsdestoweniger vage, unklar und vieldeutig, als *Selbst- und Mitbestimmung* politisch mündiger Bürger bezeichnet wird.

Ausgehend von der gesellschaftlich gesetzten, nicht wissenschaftlich deduzierbaren Forderung, in einer pluralistischen, demokratisch verfaßten Gesellschaft sei oberstes Lernziel aller Erziehung allgemein die Befähigung zu Selbst- und Mitbestimmung, muß gefragt werden, wie diese Leerformel konkret mit Inhalt zu füllen ist. Selbst- und Mitbestimmung des politisch mündigen Bürgers können nur sinnvoll praktiziert werden *innerhalb* der prinzipiell akzeptierten, nur im einzelnen in Frage gestellten Ordnung. Es ist eine sozial, individualpsychologisch und pädagogisch gefährliche Überschätzung und Überforderung, wenn man das oberste allgemeine Lernziel auf eine einengende Interpretation des Demokratiegebotes des Grundgesetzes in einer Weise festlegt, daß Selbst- und Mitbestimmung gleichgesetzt werden mit Teilhabe des einzelnen an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen zum Zweck der Aufhebung ungleicher Lebenschancen, bzw. wenn man vorgibt, der mündige Bürger sei in der Lage, aus dem in-

stitutionellen Nichts heraus „gegenüber der Gesamtheit der politischen und sozialen Institutionen“⁵⁵) sich frei für ihre Anerkennung oder Ablehnung entscheiden zu können. Die unter bestimmten Bedingungen legitime Konsequenz einer kritischen Distanzierung muß angesichts des zu bewahrenden und zu schützenden Wertpluralismus *eine Möglichkeit unter anderen* bleiben und kann außerdem erst nach erfolgter prinzipieller Identifikation und das heißt auf einem Grundbestand und Vorschuß an Vertrauen erfolgen⁵⁶). Danach kann der solcherart politisch mündige, und das heißt „emanzipierte“ Bürger, sich für gesellschaftliches Handeln verantwortlich engagieren.

Eine wesentliche Voraussetzung aber für realistisches, reformierendes Handeln ist *historisch fundierte kritische Aufklärung*. Sie zu vermitteln ist Aufgabe der Beschäftigung mit Geschichte. Emanzipation als Bewußtwerden überkommener Traditionen, angeblicher Sachzwänge und vorgeblich auf anthropologische Grundkonstanten fundierter Normen, kann allein zu Selbst- und Mitbestimmung und damit zu *politischer Mündigkeit* in unserer Gesellschaft befähigen. Sie ist nur unter Berücksichtigung der historischen Dimension erreichbar, weshalb ein eigenständiger Beitrag des Faches Geschichte unabdingbar notwendig ist und nicht zugunsten einer wissenschaftlich nicht begründeten Integration mit Erdkunde und Politologie in einen Lernbereich unter Vorrang des letztgenannten Aspektes aufgegeben werden darf⁵⁷). Gerade der Fachunterricht jedoch, der stärker als die Fachwissenschaft *auch* gesellschaftlich-politischen Zielen

⁵³) Hermann Lübke, FAZ 26. 6. 1974, Nr. 144, S. 25.
⁵⁴) Ebenda.

⁵⁷) In der Grundkonzeption des Fachbereiches Gesellschaft der niedersächsischen Gesamtschulen heißt es zur Frage der Integration: „Beim derzeitigen Wort- und Begriffsverständnis wird Integration als Zusammenführung und Vereinheitlichung von zunächst getrennt geschehenen, verstandenen oder empfundenen Bereichen, Erscheinungen und Verfahrensregeln definiert. Damit ist weder die Addition eines Nacheinander oder Nebeneinander noch eine Kooperation von im Prinzip selbständigen Einheiten gemeint, sondern eine spezielle Qualität: das einheitliche, ungeteilte Ganze.“ (ungedr. MS, S. 15/6) Hier wie in den heftig diskutierten Hessischen Rahmenrichtlinien und in den aus ihnen entwickelten Rahmenlehrplänen für die Gesamtschulen in Nordrhein-Westfalen wird ein Integrationsmodell vorgeführt, das weder vom Ansatz her noch in der unterrichtspraktischen Durchführung gelungen ist. Hinzu kommt eine sich in der Herleitung aus der angeblichen Einheit der Lebenserfahrung manifestierende Wissenschaftsfeindlichkeit, die dazu führt, daß an die Stelle von Fächern Lernbereiche treten.

⁵³) Arnold Gehlen, Anthropologische Forschung. Zur Selbstbegegnung und Selbstentdeckung des Menschen, Hamburg 1961 (rde 138); vgl. auch Adolf Portmann in: Zoologie und das neue Bild des Menschen, Hamburg 1962 (rde 20), Nietzsche, Jenseits von Gut und Böse, Aphorismus 62, spricht vom Menschen als dem „noch nicht festgestellten Tier“ und meint damit das, was man auch als embryonisch, unspezialisiert, als Unfertigkeit und Risiko-behaftetheit seiner Konstitution bezeichnet hat.

⁵⁴) Schiller hat den Spieltrieb als schöpferischen Trieb bezeichnet und die seitdem viel zitierte, pointierte Formulierung geprägt, der Mensch spiele nur, „wo er in voller Bedeutung des Wortes Mensch ist, und er ist nur da ganz Mensch, wo er spielt“. Friedrich Schiller, Über die ästhetische Erziehung des Menschen, 1795.

dient⁵⁸⁾, muß vor jedem wie überzeugend auch immer begründeten totalen, politische Absolutheitsansprüche stellenden Zugriff geschützt werden. Deshalb darf die wissenschaftliche Fundierung nicht aufgegeben werden. Im Gegenteil: Sie kann und muß nach den neuesten Ergebnissen der Pädagogik auf *allen* Schulstufen gefordert werden.

Wie eine Geschichtswissenschaft jenseits des Historismus, die dem Schulunterricht Maßstäbe setzen soll, auszusehen hätte, wurde dargestellt. Mit ihrer Hilfe könnte der Freiheitsraum

⁵⁸⁾ Zur Problematik des diffizilen Ausbalancierens von Ansprüchen der Geschichtswissenschaft und der Geschichtstheorie im gesellschaftlichen Kontext innerhalb der Fachdidaktik vgl. Jörn Rösen, Zum Verhältnis von Theorie und Didaktik der Geschichte (ungedrucktes Manuskript eines Aufsatzes, erscheint demnächst in GWU).

des einzelnen gesichert werden. Eine hoch-industrialisierte Massengesellschaft, die zunehmend von Sachzwängen bestimmt wird, hat nur dann eine Chance, als Demokratie zu überleben, wenn über der Forderung nach mehr *Gleichheit* — als Ruf nach Chancengleichheit in die Erziehungsreformen eingegangen — die *Freiheit* des Individuums nicht vergessen wird. Damit der einzelne seinen Freiheitsraum erkennt und in Anspruch nehmen kann, bedarf er der Hilfe einer Geschichtswissenschaft, die ihm durch fundiertes historisches Wissen seinen Horizont erweiternde Handlungsmöglichkeiten aufzeigt. Somit leistet eine nach-historistische Geschichtswissenschaft einen wesentlichen Beitrag zu einer von vergangenen und gegenwärtigen gesellschaftlichen Normen sich kritisch emanzipierenden und damit die Freiheit bewahrenden, in diesem Sinne konservativen politischen Haltung.

Bemerkungen zum Geschichtsunterricht im Übergang: Gesellschaftslehre als Alternative?

Die Krise des Geschichtsunterrichts und ihre Vermarktung

Vergegenwärtigt man sich die wissenschaftlichen und teilweise auch journalistischen Veröffentlichungen der letzten Jahre zum Geschichtsunterricht, so fällt einem zunächst die eklatante Disharmonie der Standpunkte in die Augen: Da werden Argumente für den isolierten Fortbestand des herkömmlichen Geschichtsunterrichts noch immer in die Diskussion eingebracht und damit einer Konzeption des Geschichtsunterrichts das Wort geredet, die eigentlich spätestens seit den Saarbrücker Rahmenvereinbarungen der Kultusminister zum Fach Gemeinschaftskunde — zumindest für die gymnasiale Oberstufe — überwunden zu sein schienen. Die vielfältigen Vorschläge für eine Revision des Stoffplanes, die berechtigterweise verstärkt auf bislang „versäumte Lektionen“¹⁾ hinweisen, bleiben für sich genommen ohne weiterwirkende Konsequenzen im Hinblick auf eine grundlegend neue Geschichtsdidaktik; sie sind eher in der Tradition der alten Frage nach der Bewältigung der Stofffülle zu sehen.

Die oft beschworene Kooperationsbereitschaft der Geschichte mit anderen Fächern (Geographie, Gemeinschaftskunde, Deutsch, Religion u. a.) hat noch keine konkreten Ergebnisse gebracht und ist — trotz jahrzehntelangen Bemühens — bisher folgenlos und nahezu ohne Niederschlag in der theoretischen Literatur geblieben²⁾. Wer die Sprachlosigkeit jener

Verfechter der Kooperationsidee anlässlich des Kongresses „Geschichtsdidaktik und Curriculumentwicklung“ (2.—4. Oktober 1973 in Göttingen) erlebt hat, als sie aufgefordert wurden, das mögliche Kooperationsfeld abzustechen oder doch zumindest inhaltliche Angaben über Ansatzpunkte der Kooperation zu machen, der konnte sich die objektiven Schwierigkeiten ausmalen, die sich dann zwangsläufig ergeben müssen, wenn ein so sehr mit vielen Fächern verschränktes Fach wie Geschichte Kooperationsangebote mit der Absicht machen will, die Integration zu verhindern³⁾, um das Fach letztlich wie gehabt zu bewahren.

Im Zuge der allgemeinen Curriculumentwicklung und im Anschluß an die Erkenntnis, daß die Geschichte als Korrelat der Biographie „großer Persönlichkeiten“ die Möglichkeit der Manipulation von Einstellungen und Verhalten eröffnet und zudem zu falschen Identifikationen führen kann und überhaupt wegen der Anfälligkeit der Geschichte, sich zur Magd herrschender Meinungen und Trends zu machen, verstärkte sich in weiten Kreisen der Geschichtsdidaktiker die Überzeugung, daß die Zukunft der Geschichte in der Integration in die Politische Bildung oder Gesellschaftslehre liege. Der Bruch mit der bildungstheoretischen Tradition war damit vollzogen; die Geschichte als Gegenstand des Lernens er-

¹⁾ Zuletzt etwa Helmut Hoffacker, Die zukünftige Entwicklung des Faches Geschichte, in: Helmut Hoffacker/Klaus Hildebrandt, Bestandsaufnahme Geschichtsunterricht. Programmatik, Materialien, Perspektiven, Stuttgart 1973, S. 215.

²⁾ Vgl. etwa Paul Cauer, Über die Stellung des geographischen Unterrichts am Gymnasium, besonders über sein Verhältnis zum geschichtlichen, in: Neue Jahrbücher für das klassische Altertum, Geschichte und deutsche Literatur und für Pädagogik 10 (1902), S. 399—403; Heinrich Wolf, Kirchengeschichte im Geschichtsunterricht, in: Neue Jahrbücher (wie oben), 12 (1903), S. 35—47 und 79—88; Hans König, Über ein Zusammenarbeiten des deutschen und des Geschichtsunterrichts, in: Vergangenheit und Gegenwart 3 (1913), S. 224—235; Franz Lüdke, Der deutsche Aufsatz im Dienste des Geschichtsunterrichts, in: Vergangenheit und Gegen-

wart 4 (1914), S. 288—292; Ulrich Haacke, Zusammenarbeit von Deutsch, Geschichte und Staatsbürgerkunde, in: Die Erziehung 6 (1931), S. 27—40 und 160—177; Rudolf Starke, Zusammenarbeit zwischen Geschichte und Erdkunde, in: Vergangenheit und Gegenwart 24 (1934), S. 399—407; ferner sei hingewiesen auf das Kooperations- bzw. Integrationsmodell der sogenannten Deutschkunde in den zwanziger Jahren.

³⁾ Dieser Trend scheint sich auch in Harald Popp (Gegner der Integration) Beitrag zur Situation des Geschichtsunterrichts in der Sekundarstufe II abzuzeichnen (H. Popp, Geschichtsunterricht in der Sekundarstufe II, in: Walter Fürnrohr/Johannes Timmermann (Hrsg.), Geschichtsdidaktisches Studium in der Universität = Fachdidaktische Studien 1, München 1972, S. 74—78).

fährt nunmehr eine vollkommen neue Zuweisung.

Wohl aufgrund der verstärkten Integrationsdiskussion der jüngsten Zeit häufen sich jetzt solche geschichtsdidaktischen Veröffentlichungen, die teilweise beunruhigt und verunsichert den Fortgang des Faches Geschichte kommentieren oder dessen Entwicklung direkt angreifen. Der Krise der Geschichtswissenschaft entspricht die Krise des Geschichtsunterrichts⁴⁾, und in beiden Bereichen hat die allgemeine Unsicherheit hinsichtlich des Sinns und Werts der Geschichte (und des Geschichtsunterrichts) eine tiefgreifende Orientierungslosigkeit hinterlassen, die sich in vielen Buch- und Aufsatztiteln niedergeschlagen hat und die allmählich die Entmachtung der Geschichte⁵⁾ anzuzeigen scheint. Nachdem Herrmann Heimpel 1956 noch die Frage nach der „Kapitulation vor der Geschichte“ gestellt hat, sprach Alfred Heuss schon 1959 vom „Verlust der Geschichte“ und viele seiner Fachkollegen griffen diese Fragestellung auf oder erweiterten sie⁶⁾.

⁴⁾ Über ihren Zusammenhang s. Johannes Timmermann, Thesen zum Zusammenhang zwischen Geschichtsdidaktik, Geschichtswissenschaftstheorie und Geschichtsphilosophie, in: Führröhr/Timmermann (wie Anm. 3), S. 79–85.

⁵⁾ Wolfgang Marienfeld/Wilfried Osterwald, Die Geschichte im Unterricht. Grundlegung und Methode, Düsseldorf 1966, S. 8.

⁶⁾ Herbert Lüthy, Wozu Geschichte?, in: Der Monat 19 (1967); auch gesondert Zürich 1969; Werner Hofmann, Das Elend der Nationalökonomie, in: Universität, Ideologie, Gesellschaft. Beiträge zur Wissenschaftssoziologie (edition suhrkamp 261), Frankfurt/Main 1968, S. 129, spricht von der „Verabschiedung der Geschichte aus dem Denken der Gegenwart“; Reinhard Wittram, Anspruch und Fragwürdigkeit der Geschichte. Sechs Vorlesungen zur Methodik der Geschichtswissenschaft und zur Ortsbestimmung der Historie (Kleine Vandenhoeck-Reihe 297/298/299), Göttingen 1969, darin als erster Beitrag: „Befreiung vom Geschichtsbewußtsein“, S. 7–24; Ivo Frenzel, Die Historiker auf dem Katheder: ratlos, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 87 vom 11./12. April 1970 (zum 28. Deutschen Historikertag in Köln, wo auch der folgende Beitrag vorgetragen wurde); Reinhart Koselleck, Wozu noch Historie?, in: Historische Zeitschrift 212 (1971), S. 1–18; Jürgen Kocka, Wozu noch Geschichte, in: Die Zeit, Nr. 9 vom 3. März 1972, S. 52, und geänderte Fassung Ders., Wozu noch Geschichte?, in: Karl Filser (Hrsg.), Theorie und Praxis des Geschichtsunterrichts, Bad Heilbrunn 1974, S. 24–35 (zuerst erschienen unter dem Titel: Geschichtsunterricht: ein alter Zopf?, in: ex libris 28 (1973) H. 2, S. 11–20); Kocka spricht vom „Funktionsverlust von Geschichte“; Theodor Schieder, Ohne Geschichte sein? Geschichtsinteresse, Geschichtsbewußtsein heute (Walter-Raymond-Stiftung. Kleine Reihe Heft 3), Köln 1973; vom „Fragwürdigwerden der Geschichte“ spricht Dieter Groh, Kritische Ge-

Auch wenn man neuerdings glaubt feststellen zu können, daß der Tiefpunkt der so viel beschworenen Geschichtsmüdigkeit überschritten sein dürfte⁷⁾, haben solche Ansichten in den Reihen der Geschichtsdidaktiker noch kaum Fuß gefaßt. Warnend und kritisierend zugleich stemmen sie sich gegen den von ihnen als ahistorisch erkannten Zeitgeist, der der Geschichte nahezu jeden Bildungswert bestreite. Der bis in den Alltag hineinreichende Zusammenhang des gegenwärtigen Lebens mit der Vergangenheit wird als gefährdet angesehen, die Voraussetzung für Geschichtsbewußtsein scheint kaum mehr gegeben zu sein.

Diese Krisenstimmung hat sich in den letzten Jahren in dem Maße auch der Geschichtsdidaktik bemächtigt, wie diese und die Geschichtswissenschaft den Charakter zweier separater Wissenschaften verloren haben. Zwar hat man im Laufe der Entwicklung des Unterrichtsfaches Geschichte nicht selten von einer Krise des Geschichtsunterrichts gesprochen, doch erfolgten diese Verlautbarungen eher in vorbeugender Absicht, um einer Schmälerung des Geschichtsunterrichts in Volksschulen und Gymnasien zu Zeiten seiner bereits abklingenden Reputation vorzubauen⁸⁾. Wie die sehr wandelbare Geschichte

schichtswissenschaft in emanzipatorischer Absicht. Überlegungen zur Geschichtswissenschaft als Sozialwissenschaft (Urban-Taschenbücher Bd. 846), Stuttgart 1974, S. 11; Imanuel Geiss, Eine Ursache für die Geschichtsmüdigkeit, in: Frankfurter Rundschau, Nr. 87, Ostern 1974, S. III; in die aktuelle Diskussion um die Misere der Geschichtswissenschaft greift das jüngst erschienene Buch „Ansichten einer künftigen Geschichtswissenschaft. 1. Kritik — Theorie — Methode“, hrsg. v. Imanuel Geiss und Rainer Tamchina (Reihe Hanser 153), München 1974, mit drei Fragen ein: „Wie und warum geriet die deutsche Historiographie in ihre gegenwärtige Krise? Wie reagierte und reagiert sie auf die Herausforderung der Sozialwissenschaften? Wie ist schließlich das allgemeine Theoriedefizit zu erklären und zu überwinden?“ (Vorwort des Verlags, S. 1). Ferner ist soeben erschienen das Themenheft „Geschichte — ein umstrittenes Schulfach“ (Westermanns Pädagogische Beiträge 26) 1974, H. 4, S. 177–232.

⁷⁾ Wolfgang J. Mommsen, Geschichte wird wieder wichtig, in: Die Zeit, Nr. 18 vom 27. April 1973, S. 60.

⁸⁾ „Geschichte ist zwar nicht das einzige Schulfach, dessen Sinn, Wert, Form immer aufs neue in Frage gestellt wird; aber mehr als bei allen anderen, vielleicht mit einziger Ausnahme der Religion, ist dies allerdings bei der Geschichte der Fall. Es ist auch nicht verwunderlich. Ihr praktischer Wert für die Gestaltung des Lebens liegt nicht so auf der Hand wie etwa der der Physik oder einer modernen Sprache, ihr formaler Bildungswert ist nicht so einleuchtend wie der einer antiken Sprache oder der

des Geschichtsunterrichts zeigen könnte, ist es dennoch immer wieder zu Versuchen gekommen, den Geschichtsunterricht ganz abzuschaffen oder doch wesentlich zu reduzieren. Auch Ansätze zu einer Integration der Geschichte in ein Fach Politische Weltkunde hat es mehrfach gegeben⁹⁾. Der drohende Stundenzug veranlaßte manchen Geschichtsdidaktiker zu tieferschürfenden Überlegungen über den „Bildungszweck“ oder den „Sinn“ des Geschichtsunterrichts¹⁰⁾. So treffend die Erkenntnisse Fritz Friedrichs auch waren, so erstaunlich war es doch, daß sie so lange ohne entscheidende Konsequenzen geblieben sind!

Nach wie vor bestimmt die nicht zu leugnende Krise des Geschichtsunterrichts und seine unsichere Zukunft die geschichtsdidaktische Diskussion. Und auch hier sprechen die Titel der betreffenden Abhandlungen eine deutliche Sprache. Wer sich auf der Höhe der geschichtsdidaktischen Diskussion bewegen möchte, der — so hat es den Anschein — muß seiner Veröffentlichung das entsprechende Etikett verpassen. „Mitten in einer pädagogischen Revolution“ stehend, wird „mit überkommenen Traditionen leichten Herzens

Mathematik, für die Orientierung in der uns täglich umgebenden sichtbaren Welt hat sie augenscheinlich nicht dieselbe Bedeutung wie Naturwissenschaft oder Erdkunde, zur Bildung von Gemüt und Charakter scheint sie weit zurückzustehen hinter der Religion oder auch der Dichterlektüre.“ Fritz Friedrich, *Der Sinn des Geschichtsunterrichts, in: Vergangenheit und Gegenwart 7. Ergänzungsheft* (1927), S. 1; vgl. etwa auch Otto Kähler, *Eine Notlage des Geschichtsunterrichts? Einige Bemerkungen zum gegenwärtigen Stande dieses Unterrichtszweiges, in: Neue Jahrbücher* (Anm. 2) 30 (1912), S. 501—518.

⁹⁾ Man vergleiche nur die Diskussion um das Fach Geschichte nach 1945 und etwa die hessischen Bildungspläne von 1956 und 1957.

¹⁰⁾ Vgl. etwa Fritz Friedrich, *Bildungszweck und Stoffauswahl im Geschichtsunterricht, in: Neue Jahrbücher* (Anm. 2), S. 69: „Die Ergebnisse des Geschichtsunterrichts auf unseren höheren Schulen wird man in mehr als einer Hinsicht nicht als befriedigend bezeichnen können. Prüfungen und Wiederholungen, die sich auf anderes als den soeben in der Klasse behandelten Gegenstand erstrecken, ergeben oft einen recht dürftigen Restbestand geschichtlicher Kenntnisse, und erkundigt man sich nun gar nach tieferen Zusammenhängen, historischen Folge- und Parallelscheinungen oder Werturteilen, so bleibt die Klasse entweder stumm, oder sie fördert Unsinn zutage. ... Demgemäß ist der Vorrat geschichtlichen Wissens bei den meisten unserer Zeitgenossen überaus bescheiden. ... Hat ein Geschichtsunterricht, der als Ergebnis langjähriger Bemühungen nichts Besseres aufweisen kann, nicht seinen Zweck verfehlt? Was ist schuld daran? Und wie läßt sich Abhilfe schaffen?“

gebrochen“. „Allenthalben drängt Neues, oft Schockierendes, nach vorn“ und scheint den „Geschichtsverlust“, ja sogar die „Geschichtsfeindlichkeit“ zu begünstigen. „Die Besonnenen sind aufgerufen, in der allgemeinen Gedankenflut den Weizen von der Spreu zu sondern, das Brauchbare in das bestehende Bildungssystem einzubringen und das ganze System ohne hemmungslose Neuerungssucht zum Besseren fortzubilden.“¹¹⁾ Die Krise wird beschworen, Neuansätze zu ihrer Überwindung aber sogleich in Mißkredit gebracht. Das enthebt der Mühe tiefergreifender Analysen über die Bedingungen und Voraussetzungen dieser Krise, „beweist“ aber die tiefe Sorge um das Fach. „Geschichtsunterricht ohne Zukunft?“, „Abschied vom klassischen Schulfach“, „Geschichte: mangelhaft“, um nur einige Titel zu nennen¹²⁾, haben zwar ohne Zweifel das Verdienst für sich, auf eine neue, für manche als bedenklich angesehene Entwicklung hingewiesen zu haben, die Auswirkungen dieser Titelformulierungen dürften mittlerweile aber den damit verbundenen Absichten zuwiderlaufen. Der Appell an die Bevölkerung, an Lehrer und Verbände, für den Fortbestand des Geschichtsunterrichts einzutreten, trägt nicht mehr weit und die Gefahr ist groß, daß es denjenigen, die von der Krise und vom nahen Ende des Geschichtsunterrichts sprechen, so ergeht wie jenem Schäfer in Äsops Fabel, der die Bereitschaft der anderen Schäfer, ihm und seiner Herde zu Hilfe zu eilen, so lange unnötigerweise strapazierte, bis jene — als schließlich der Herde echte Gefahr drohte —, seinen Hilferufen kein Gehör mehr schenkten. Möglicherweise glaubt man schon jetzt in der Bevölkerung, daß die Krise integrierender Bestandteil der Geschichte sei und das Reden um diese Krise zum Berufslamento der Historiker gehöre. Vielleicht hat auch die in den letzten Jahren mit sehr viel Publizität bedachte Entwicklung des Faches Geschichte der verbreiteten Meinung Vorschub geleistet, daß dieses Fach vor allen anderen reformbe-

¹¹⁾ Walter Fürnrohr, *Gegenwartsprobleme des Geschichtsunterrichts, in: Pädagogische Welt* 24 (1970), S. 720—729, hier zitiert nach der gekürzten Fassung in: Karl Filser (Hrsg.), *Theorie und Praxis des Geschichtsunterrichts*, Bad Heilbrunn 1974, S. 36.

¹²⁾ Weitere Titel bei Wolfgang Schlegel, *Zur Gegenwartskrise des Geschichtsunterrichts, in: Blätter für Lehrerfortbildung* 26 (1974), S. 62. — Auch ich selbst bin dem allgemeinen Usus erlegen, den Titel in Form einer Frage zu formulieren, die Ungetes für das Fach Geschichte ahnen läßt: Gerhard Schneider, *Ein Angriff auf das Unterrichtsfach Geschichte?, in: Lebendige Schule* 28 (1973), S. 344 bis 352.

dürftig sei, als habe es bislang nichts „erreicht“ und sei folglich auch nicht länger existenzberechtigt. Die Sensibilität der Bevölkerung für Veränderungen auf dem Gebiet der Geschichte und des Geschichtsunterrichts — obschon immer nicht allzu groß — dürfte allmählich gänzlich erlahmt sein.

Offensichtlich versprechen sich neuerdings auch manche Verlage eine besondere Publikaumwirksamkeit von bedrohlich klingenden, versichernden Ankündigungen von Neuerscheinungen. Annette Kuhns vor kurzem erschienene „Einführung in die Didaktik der Geschichte“ (München 1974) wurde vom Kösel-Verlag folgendermaßen eingeführt: „Das Unterrichtsfach Geschichte befindet sich seit Jahren in der Krise. Muß es abgeschafft werden oder gelingt es, ihm neue Chancen zu eröffnen? ...“; und hatte man schon bei der Klett-Reihe „Anmerkungen und Argumente zur historischen und politischen Bildung“ den Eindruck, als würden nunmehr auch im wissenschaftlichen Bereich wirtschaftliche Interessen die Titelfrage bestimmen, so ist diese Vermutung im obigen Falle zur Gewißheit ge-

worden: Die Krise des Geschichtsunterrichts steht im Begriff, vermarktet zu werden; die Marktlücke ist (noch) da, der Gebrauch des Begriffs „Krise“ ist „in“, wenn man an seinen inflationären Gebrauch in den letzten Jahren denkt. „Das Historikergerede von der Gefährdung des Geschichtsbewußtseins nach Integration historischer in die gesellschaftlich-politische Bildung erscheint einem als dem Fachegoismus dienende Farce.“¹³⁾

Die Arznei, die dem Geschichtsunterricht nachhaltige Remedur verschaffen könnte, ist bislang noch nicht gefunden. Gleichwohl sind Ansätze vorhanden, die aus dem Dilemma herausführen könnten¹⁴⁾, und — die Prognose sei gewagt — gleichgültig wie die Entscheidung um das Fach Gesellschaftslehre kurzfristig auch aussehen mag, ein Weg zurück zum solitären Geschichtsunterricht wird es auf lange Sicht kaum mehr geben können.

Nachstehend seien einige Thesen aufgeführt, die zu den anstehenden Fragen des Geschichtsunterrichts im Übergang Stellung nehmen¹⁵⁾.

Zum Aspekt Geschichte in der Gesellschaftslehre

Zur Überwindung der gegenwärtigen Krise ist zunächst das Eingeständnis notwendig, daß die große Zeit des Geschichtsunterrichts endgültig vorbei ist und noch so wehmütige Reminiszenzen an seine einst unbestrittene Stellung nichts an der Tatsache ändern können, daß der Geschichtsunterricht im Rahmen der Unterrichtsfächer nur noch sekundäre Bedeutung hat. Dies schließt ein, daß wir die funktionale oder subsidiäre Rolle der Geschichte akzeptieren. Den Geschichtsunterricht als antiquarischen Selbstzweck hatte ohnehin bereits die „bildungstheoretische Didaktik“ Erich Wenigers überwunden.

Es wird schwerfallen, auf dem Hintergrund des derzeitigen Diskussionsstandes um das Unterrichtsfach Geschichte weiterhin für dessen Erhaltung zu plädieren. Wichtiger wird es sein, dem Fach Gesellschaftslehre (oder wie immer das Fach heißen wird, als dessen integrierender Bestandteil der Geschichtsunterricht in Zukunft fortbestehen soll) jene historische Dimension zu verleihen, die nötig sein wird, um — in der Absicht, einen nutzbaren Lerneffekt zu erzielen — gegenwärtige Strukturen in ihren traditions- und Erklärungszu-

sammenhang stellen zu können. Dabei wird, bei aller Kritik¹⁶⁾, an dem Begriff „historische Dimension“ festgehalten, ohne daß hierunter eine reine „Zeitverlaufsgeschichte“ ver-

¹³⁾ Kurt Gerhard Fischer, Arbeitslehre und „historische Bildung“ als politische Bildung, in: Neue politische Literatur 18 (1973), S. 514.

¹⁴⁾ Vgl. Kurt Gerhard Fischer, Joachim Rohlfes, Ernst-August Roloff, Hans Süßmuth, Welchen Beitrag kann der Geschichtsunterricht zur politischen Bildung leisten?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 30/72 vom 22. Juli 1972; ferner trotz aller Kritik die hessischen und nordrhein-westfälischen Rahmenrichtlinien Gesellschaftslehre.

¹⁵⁾ Sie wollen eine Kritik und Ergänzung jener in jüngster Zeit an anderem Ort vorgelegten Thesen zum Geschichtsunterricht sein: H. Hoffacker (Anm. 1), S. 212—218; Anneliese Mannzmann, Vorüberlegungen zu einer Didaktik der Sozialhistorie — Dimensionierung des Faches Geschichte, in: Herwig Blankertz (Hrsg.), Fachdidaktische Curriculumforschung. Strukturansätze für Geschichte, Deutsch, Biologie (Neue pädagogische Bemühungen, Bd. 57), Essen 1973, S. 28—99; Geschichtswissenschaft in Studium und Schulpraxis, hrsg. v. Peter Körner und Matthias Meyn (prolit-argumentationen 6), Gießen 1973; Wilfried Rumpf, Geschichtsunterricht und Didaktik, in: GWU 25 (1974), S. 40—46; Hermann Giesecke, Thesen zum Geschichtsunterricht, in: Neue Sammlung 14 (1974), S. 53—65.

¹⁶⁾ A. Mannzmann (Anm. 15), S. 47 ff.

standen werden soll, bei der aktuelle Zustände, Entwicklungen usw. eine eher willkürliche Vorgeschichte erhalten. Vielmehr soll durch die Ausweitung des Blickfelds in die Vergangenheit der Begründungszusammenhang mit diesen Zuständen, Entwicklungen usw. hergestellt werden, um somit die Bedingungen der Gegenwart auch historisch auszuweisen.

Ein Vorwurf, der gegenüber den Verfassern neuer Lehrpläne für Geschichte und Gesellschaftslehre immer wieder erhoben wird, sie würden bewußt auf die Kontinuität verzichten und der Tradition keinen Raum einräumen, also einen auf reine Aktualität abzielenden „Geschichts“unterricht in die Schulen bringen — dieser Vorwurf ist bei näherem Zusehen kaum begründet. Wenn die Hessischen Rahmenrichtlinien Gesellschaftslehre im Lernfeld Wirtschaft sich der Fragen nach Produktion, Distribution und Konsumtion annehmen, so werden zwar die für die Analyse von Industriegesellschaften wichtigen Begriffe in den Unterricht eingebracht, eine rein zeitgeschichtlich-politisch orientierte Definition dieser Begriffe und der durch sie erläuterten Vorgänge in der Gesellschaft werden primär oder ausschließlich jedoch nicht angestrebt. In der näheren Bestimmung dieses Lernfeldes wird betont, daß „die Formen der Herstellung

und Verteilung wirtschaftlicher Güter sowie die ihnen zugrunde liegenden Besitzverhältnisse... von entscheidender Bedeutung für die Lebensbedingungen in einer Gesellschaft (sind)“, die von hier ausgehenden Auswirkungen sich trotz ihrer Gegenwartsbezogenheit aber dennoch auch „am Verlauf der historischen Entwicklung verdeutlichen“¹⁷⁾ lassen. Als zugehöriges Lernziel wird daher formuliert; „...erkennen, daß die jeweiligen Formen der Produktion, Verteilung und Konsumtion von wirtschaftlichen Gütern historisch entstanden und veränderbar sind (unter Beachtung der verschiedenen natürlichen Bedingungen in unterschiedlichen Räumen)“¹⁸⁾.

In diesem Zusammenhang ließe sich also etwa bei der Behandlung eines Themas wie „Organisation von Arbeit und Arbeitern“, ausgehend von unserer heutigen Situation, eine Vielzahl von Traditionssträngen aufzeigen, die — gerade bei dieser Thematik — häufig ineinander verflochten wären und nicht nur historische Paradigma für gegenwärtig ebenso oder ähnlich feststellbare Herrschaftsstrukturen und Organisationsformen liefern könnten, sondern darüber hinaus in vielfältiger Form zur Analyse unserer Gesellschaft unter Berücksichtigung der sie bedingenden, historisch gewachsenen Strukturen beitragen würden.

Die unterrichtspraktische Verwertbarkeit des Geschichtsinteresses

Entgegen den eher defatistischen Äußerungen nicht weniger Historiker hat sich in den letzten Jahren immer wieder gezeigt, daß das tatsächliche Geschichtsinteresse der Bevölkerung weitaus größer ist, als man dies aufgrund des angeblich konstatierbaren antihistorischen Affekts im gegenwärtigen Zeitbewußtsein (Theodor Schieder) annehmen möchte. Die kritische Fernsehsendereihe „Aspekte“ hat wiederholt die Erhaltung historisch und kunstgeschichtlich bedeutsamer Stadtbilder gefordert und breiten Zuspruch aus allen Teilen der Bevölkerung erhalten. Die Besucherzahlen verschiedener Ausstellungen und sonstiger Veranstaltungen mit historischer Thematik zeugen von nicht zu erwartendem historischen Interesse. Die unter den Auspizien des Europarates durchgeführte Ausstellung „Karl der Große — Werk und Wirkung“ (Aachen 1965; ca. 225 000 Besucher) sowie die aus Anlaß der hundertsten Wiederkehr der Reichsgründung initiierte

Ausstellung „Fragen an die Geschichte“ (Berlin 1971; 251 000 Besucher)¹⁹⁾, aber auch kleinere, ohne bundesweite Publizität abgelaufene Ausstellungen wie „Sveagold und Wikingerschmuck“ (Mainz 1968), „Großmähren, Slawenreich zwischen Byzantinern und Franken“ (Mainz 1966), „Rhein und Maas, Kunst und Kultur 800—1400“ (Köln 1972 — Brüssel 1972) dokumentieren ein konstantes, eher noch zunehmendes Interesse an historischen (und kunstgeschichtlichen) Veranstaltungen.

¹⁷⁾ Hessische Rahmenrichtlinien Gesellschaftslehre Sekundarstufe I Ausgabe 1973, S. 167.

¹⁸⁾ Ebd., S. 169.

¹⁹⁾ Zahlen nach Schieder (Anm. 6), S. 38. Ähnliches scheint sich für das Römisch-Germanische Museum in Köln abzuzeichnen, das innerhalb von 2 Monaten von mehr als 250 000 Menschen besucht wurde (s. E. Kleßmann—W. Bauer, Das Museumswunder von Köln, in: Zeitmagazin Nr. 10 v. 3. Mai 1974, S. 29 ff.).

Ursache dieser Besucherströme kann sicherlich nicht allein der von den Erwachsenen verspürte „Verlust der Geschichte“ (= Tradition) sein, den es etwa aufzuhalten gälte. Auch allein als Befriedigung einer wie auch immer gearteten historischen Neugierde, die der Geschichtsunterricht vielleicht nicht hatte erreichen können, wird der große Zulauf nicht zu interpretieren sein, wengleich alle diese Gründe eine gewisse Rolle gespielt haben dürften. Inwieweit der bewußtere Umgang mit der Freizeit eine Hinwendung zu kulturellen Veranstaltungen insgesamt verursacht hat, muß fraglich bleiben, solange die wiederholt geforderten empirischen Erhebungen über Motivationen und sonstige Voraussetzungen für solche Art Freizeitgestaltung nicht vorliegen.

Eine weitverbreitete naiv-historische Neugierde hat möglicherweise auch zu der hohen Einschaltquote des mehrteiligen Fernsehfilms „Trenck“ geführt; die gleiche Ursache dürfte den Erfolg solcher Bücher wie „Götter, Gräber und Gelehrte“, „Der erste Amerikaner“, „Mit dem Fahrstuhl in die Römerzeit“, „Die Phönizier“ usw. begünstigt haben. Diese bislang kaum analysierten historischen Interessen und die daraus resultierenden Kenntnisse bei Erwachsenen sollten möglichst bald Gegenstand intensiver empirischer Forschung werden²⁰⁾, vor allem, um die offensichtlich schichtenspezifisch unterschiedliche Präferenz für bestimmte historische Darbietungen im weitesten Sinne aufzuzeigen. Es dürfte nämlich unumstritten sein, daß jenes Publikum, das den „Trenck“ im Fernsehen verfolgte, nicht identisch ist mit den Besuchern der Aachener Karlsaustellung; ebenso dürfte sich der größte Teil der Ceram-Leser von jenen Gruppen unterscheiden, die etwa historische Kenntnisse aus der Lektüre der Asterix-Hefte ziehen. Dabei ist die Bevorzugung des einen Stoffes zum Nachteil des anderen sicherlich nicht zum größten Teil oder gar allein im Stoff selbst begründet, sondern vor allem wohl im Medium, das den Zugang zum Historischen vermittelt. Der „Trenck“ erfuhr seine besondere Publizität auch wegen des einfachen Zugangs via Fernsehen, der für

jene Bevölkerungskreise am problemlosesten ist, die Ausstellungen etwa in Museen immer noch als Sache der Akademiker oder sonstiger exklusiver Kreise ansehen und deshalb verständlicherweise meiden.

Wenn sich nun herausstellt, daß es nicht nur bei Erwachsenen, sondern auch bei Grund- und Hauptschülern, die noch keinen Geschichtsunterricht erlebt haben (also etwa 4.—6. Klasse), sowohl ein erstaunlich breit gestreutes geschichtliches Vorwissen als auch ein ebenso wenig erwartetes ausgeprägtes Interesse an allem Geschichtlichen gibt (eine von mir soeben begonnene Fragebogenaktion in diesen Klassen läßt nach Rücklauf von nahezu 500 Fragebögen diesen Trend deutlich erkennen²¹⁾), dann muß man sich fragen, weshalb dem in der 7. Klasse einsetzenden Geschichtsunterricht so wenig Erfolg beschieden ist.

Offensichtlich gelingt es nicht, das zunächst sicherlich als Primärmotivation wirkende historische Vorwissen auf längere Dauer zu verwerten und immer wieder zum Anlaß oder Ausgangspunkt von Lernen zu machen. Dem Bedürfnis der Schüler, vorhandene historische Kenntnisse zu erweitern oder mit neu erworbenen Kenntnissen zu konfrontieren und zu vergleichen, woraus sodann zusätzlich Motivation erwachsen kann, widerspricht die Schulwirklichkeit mit ihren vorgegebenen Stoffen, die den Interessen der Schüler nicht oder nur selten entsprechen.

Es wird daher vorgeschlagen, in der 5. und/oder 6. Klasse, in denen in einigen Bundesländern bisher die sogenannten „Geschichtsbilder“ gepflegt wurden — Stoffe also, die den Schüler in der Regel wenig interessierten und auch nur vermeintlich „kindertümlich“ waren —, jene historischen Stoffe „vor“zubehandeln, die den Schüler aus aktuellem Anlaß oder aus anderen Gründen gerade bewegen. Der damit zu erzielende Erfolg dürfte jenen mit den „Geschichtsbildern“ anvisierten bei weitem übersteigen, denn indem die Schüler den stofflichen Rahmen des Geschichtsunterrichts selbst abstecken und damit Motivationsprobleme kaum auftreten dürften, vollzieht sich

²⁰⁾ Auch von anderer Seite wird einerseits das Fehlen empirischer Untersuchungen über die gesellschaftliche Wirkung von Geschichtsvorstellungen und von Geschichtsunterricht beklagt, andererseits Untersuchungen über vorhandenes historisches Trivialwissen und seine Funktion gefordert (s. Geschichtswissenschaft in Studium und Schulpraxis, wie Anm. 15, S. 548 f.).

²¹⁾ Karl Filser, Empirische Forschung in der Fachdidaktik Geschichte, in: Fürnrohr/Timmermann (Anm. 3), S. 86—90, hat die Forderung nach empirischer Absicherung der Geschichtsdidaktik gefordert. — Einen wichtigen theoretischen Beitrag zum Interesse des Schülers an Geschichte leistet Annette Kuhn, Einführung in die Didaktik der Geschichte, München 1974, S. 27 ff.

der Übergang von vorunterrichtlich-naivem zu unterrichtlich wirksamem Geschichtsinteresse nahezu bruchlos. Einem obersten Lernziel „Emanzipation“ wird auch schon in dieser Phase durch weitgehende Selbstbestimmung der Schüler Rechnung getragen.

Da ohnehin an nahezu jedem historischen Stoff die wesentlichen instrumentalen Lernziele verwirklicht werden können, ist damit eine gute Ausgangsbasis dafür gegeben, den in der 7. Klasse nunmehr obligatorischen Ge-

schichtsunterricht effektiv vorzubereiten, indem die wichtigsten Unterrichtstechniken (Interpretation von Quellen, Statistiken, Graphiken, Filmen etc) bereits in der 6. Klasse eingeübt wurden.

Gelingt es, das durchaus vorhandene Interesse der Schüler etwa mit obigem Verfahren unterrichtspraktisch wirksam werden zu lassen, dann sollte auch dem Lernen in Geschichte nachhaltigerer Erfolg beschieden sein.

Zur Frage der Stoffauswahl

Natürlich besteht kein Zweifel, daß zu diesem erhofften Erfolg auch die Stoffe und ihre Darbietung beizutragen hätten. Mithin bleibt die Frage der Stoffauswahl zentrales Problem einer Geschichtsdidaktik — und an ihrer Lösung werden sich die Geister noch lange scheiden. Da das an sich Wißbare aus der Vergangenheit unendlich ist, wird bereits der notwendige Auswahlprozeß der geschichtlichen Unterrichtsgegenstände je nach seinen Prämissen konstitutiv für entweder einen kritisch-rationalen oder den jeweiligen Zustand apologetisch-legitimierenden Unterricht sein.

Durchforstet man die älteren, teilweise noch immer gültigen Lehrpläne für Geschichte nach den Zielen des Geschichtsunterrichts, dann ergibt sich eine Liste von Begriffen, die den stark irrationalen Gehalt der dem Historismus verpflichteten Geschichtswissenschaft widerspiegeln: Der Geschichtsunterricht soll vor allem „Tugenden pflegen, die für das Zusammenleben unserer Gesellschaft von großem Wert sind: ‚Verantwortungsbewußtsein und Tatbereitschaft für Gesellschaft, Staat, Volk und Menschheit‘; ‚die Liebe zum eigenen Volk wecken‘; Erziehung ‚zur Wahrhaftigkeit, Rechtlichkeit, Duldsamkeit und zur Ehrfurcht‘; ... ‚bereitet die Jugend auf die allen gemeinsamen Verpflichtungen eines tätigen Lebens im Dienste von Staat, Volk und Menschheit vor‘“²¹⁾.

Dem stehen heute die allgemeinen Lernziele der neuen Rahmenrichtlinien und Curricula für

Geschichte und Gesellschaftslehre etwa in Hessen gegenüber: „Bezugsrahmen für die Bestimmung der Lernziele bilden (das) Grundgesetz und (die) Hessische Verfassung. In ihnen wird die Würde des Menschen als höchster Rechtswert festgelegt ... Dies verpflichtet (den) Unterricht, (die) Schüler zu befähigen, ihre eigene Persönlichkeit zu entfalten und an gesellschaftlichen Entscheidungen mitzuwirken. Dementsprechend bildet die Befähigung zur Selbst- und Mitbestimmung das oberste Lernziel der Gesellschaftslehre. Es muß für alle Schüler gleichermaßen gelten. Seine Verwirklichung ist daher an die Aufhebung ungleicher Lebenschancen geknüpft.“²²⁾

Die alten Ziele des Geschichtsunterrichts waren auf die Integration des Staatsbürgers in die Gesellschaft gerichtet und hatten nicht selten seine kritiklose Identifikation mit dem Staat zur Folge. Der „Staat“ kodifizierte seine Erwartungen in den entsprechenden Lehrplänen und verlangte von den Schulen deren Einlösung. In den Hessischen Rahmenrichtlinien stehen statt dessen die Schüler im Vordergrund und nicht mehr länger die — wie auch immer motivierten — Interessen des Staates. Die Gesellschaft wird insofern von dieser neuen Entwicklung profitieren, als die Schule nicht länger fremdbestimmte Wesen entläßt, sondern junge Menschen, die ihre echten Bedürfnisse und die Möglichkeit ihrer Befriedigung im solidarischen Zusammenleben mit der übrigen Bevölkerung erkannt haben. Das allgemeine Lernziel „Solidarität“ kann diesen Prozeß selbst zum Gegenstand von Lernen zur Voraussetzung haben und anhand historischer

²¹⁾ Hans Müller, Zur Effektivität des Geschichtsunterrichts. Schülerverhalten und allgemeiner Lernerfolg durch Gruppenunterricht (Anmerkungen und Argumente zur historischen und politischen Bildung, Bd. 4), Stuttgart 1972, S. 45; vgl. auch K. G. Fischer (Anm. 13), S. 509 f.

²²⁾ Hessische Rahmenrichtlinien (Anm 17), S. 7.

Beispiele die Funktion von Solidarität sowie die Auswirkungen ihres Fehlens aufzeigen.

Dieser Wandel in den Zielen des Geschichtsunterrichts²⁴⁾ muß natürlich Auswirkungen auf die Stoffauswahl haben. Aufgrund der vielfach nur antiquarischen Bedeutung herkömmlicher geschichtlicher Stoffe ist man heute dazu übergegangen, solche Stoffe auszuwählen, die zukunftssträftig sind und einen deutlichen Bezug zur gegenwärtig erlebten Umwelt der Schüler haben. Da die Beantwortung der Frage des Praxisbezuges und der Anwendbarkeit der Geschichte immer mehr zum Entscheid über ihren Nutzen und Sinn gemacht wird, versuchen sowohl Geschichtsunterricht als auch Gesellschaftslehre verstärkt handlungsorientiertes Wissen zu vermitteln. Damit wird eine positive Beantwortung der alten Frage, ob die Beschäftigung mit der Geschichte das politische Handeln der Schüler beeinflussen kann, stillschweigend vorausgesetzt. Es verwundert daher nicht länger, daß ein breiter Konsens die politische Bildung als Prinzip vieler Unterrichtsfächer akzeptiert, der Geschichtsunterricht somit auch politische Bildung ist und eine Trennung dieser verbundenen Elemente paradox erscheint. Dies müßte immerhin zur Konsequenz haben, daß eben diese anderen Unterrichtsfächer auch den historisch-gesellschaftlichen Aspekt ihrer Lehr- und Lernstoffe reflektieren und unterrichtspraktisch nutzen²⁵⁾. So könnte z.B. die Lektüre eines Stückes von Racine im Französischunterricht der gymnasialen Oberstufe dazu Anlaß bieten, die Widerspiegelung des absolutistischen Staates der Nachfronzezeit im Unterricht zu berücksichtigen und überhaupt die Thematik dieses Stückes als seine Zeit repräsentierend zu kennzeichnen. Bei der Frage nach dem Publikum solcher Stücke könnten Aussagen über die gesellschaftliche Schichtung dieser Epoche angeknüpft werden. Daß

dieser Vorschlag über den „kooperativen Unterricht“ hinausgeht, wird schon an der Forderung deutlich, daß bei seiner Verwirklichung Konsequenzen für die Lehrerbildung gezogen werden müßten. Ein historisch-politischer Unterricht als Unterrichtsprinzip wäre anzustreben.

Hat man dem Geschichtsunterricht ehemals allenfalls die Ausbildung gewisser erwünschter staatsbürgerlicher Tugenden zugesprochen, womit immerhin auch damals schon die Hoffnung auf ein bestimmtes politisches Verhalten — also eine Art Nutzenanwendung — verbunden war, so betont heute selbst die traditionelle Geschichtswissenschaft die unmittelbare praktische Anwendbarkeit der Geschichte²⁶⁾. Angesichts der täglich auf den Schüler einwirkenden Fülle von Informationen aus aller Welt kann sich die praktische Verwertbarkeit des Geschichtsunterrichts oder der Gesellschaftslehre auch darin offenbaren, daß der Schüler Ordnungs- und Strukturierungshilfen erhält, die ihm die Einordnung, Wertung, Analyse der erfahrenen Informationen erleichtert oder gar erst ermöglicht²⁷⁾.

Wenngleich man sich den „Verwertungszusammenhang der Historie“²⁸⁾ nicht komplex genug vorstellen kann, wird es für den Einzelfall (etwa bei einer politischen Entscheidung) immer schwer sein, das Ausmaß des von der Geschichte herrührenden Einflusses genau zu bestimmen. Gerade aber die Schwierigkeit, die Verwendbarkeit der Geschichte in Zahlen auszudrücken, macht es den Gegnern eines historisch-politischen Unterrichts so leicht, seine Folgenlosigkeit zu postulieren und den Umwelteinflüssen, dem Elternhaus usw. weitaus größeres Gewicht bei Werturteilen und Entscheidungen zuzubilligen.

Anneliese Mannzmann hat jüngst einen originellen Theorie-Praxis-Bezug von Historie vorgestellt, der zukunftsweisend für die geschichtsdidaktische Diskussion sein könnte: „So wie Vergangenheit macht- und herrschaftsabhängigen Strukturierungsprinzipien unterliegt, wird auch Zukunft offiziell und inoffiziell in Total- oder Partialentwürfen vorweggenommen und ein imaginäres Feld für

²⁴⁾ Auch Lehrpläne anderer Bundesländer lassen diesen Wandel ansatzweise erkennen: vgl. etwa die Entwürfe der Curricula für die Mainzer Studienstufe (Kultusministerium Rheinland-Pfalz. Schulversuche und Bildungsforschung. Berichte und Materialien 4), Mainz 1973, S. 267 ff.

²⁵⁾ In ähnliche Richtung geht ein Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 11./12. Februar 1960, Ziffer III/1: „Der Geschichtsunterricht ist in allen Klassenstufen im Hinblick auf seinen politischen Bildungsgehalt und auf die Vorbereitung des Unterrichts auf die neueste Geschichte anzulegen“ (zit. nach J. Timmermann, Entwicklungstendenzen des Geschichtsunterrichts, in: Fürnrohr/Timmermann [Anm. 3], S. 66 Anm. 9).

²⁶⁾ Schieder (Anm. 6), S. 41 ff.

²⁷⁾ Vgl. Timmermann (Anm. 25), S. 60.

²⁸⁾ Joachim Rohlfes, Umriss einer Didaktik der Geschichte (Kleine Vandenhoeck-Reihe 338 S), Göttingen 1972, S. 34.

Aktivitäten abgesteckt, die in politischer, ökonomischer, kultureller Hinsicht vorherbestimmbar und steuerbar sind.“²⁹⁾ Die so gewonnene Perspektivenerweiterung kann sich unterrichtspraktisch in „handlungs- und geschichtswirksame Utopien (Betätigung konstruktiver Phantasie)“ sowie in „Planung und Projektdenken (zukünftiges Wirksamwerden gegenwärtiger Entscheidungen)“³⁰⁾ niederschlagen. So könnte der Schüler anhand von Utopien nicht nur das ihnen innewohnende Veränderungspotential erschließen, die gesellschaftliche Basis dieser Alternative feststellen oder die Frage nach der Realisierbarkeit dieser Utopien aufwerfen³¹⁾, sondern darüber hinaus auch Rückschlüsse über die Struktur jener Zeit (d. h. die Vergangenheit) erlangen, die das Entstehen einer solchen Utopie förderte oder vielleicht sogar provozierte.

Die Diskrepanz zwischen selbsterfahrener traditioneller Ausbildung und neuen Lehrplananforderungen in Verbindung mit der frei Haus gelieferten Verunsicherung durch didaktische und methodische Publikationen lassen den Geschichtslehrer nicht selten an seinem Fach zweifeln und haben seine zunächst emotionale, später auch faktische Abkehr vom Fach zur Folge. Seinem verständlichen Verlangen nach mehr Sicherheit im Fach ist dadurch Rechnung zu tragen, daß ihm die Möglichkeit zur intensiven Einarbeitung in den derzeitigen fachdidaktischen Diskussionsstand geboten wird. Ferner muß dafür gesorgt werden, daß der Geschichtsunterricht und die Geschichtslehrbücher sich nicht noch weiter vom jeweiligen Stand der geschichtswissenschaftlichen Forschung entfernen, was leider aufgrund des immer stärker betriebenen Spezialistentums in der Geschichtsforschung³²⁾ kaum zu vermeiden sein wird.

Da die Geschichtswissenschaft offensichtlich nicht in der Lage ist, unterrichtspraktisch verwertbare, auf der Höhe des derzeitigen Forschungsstandes stehende Synthesen zu

Schwieriger wird es sein, den Schüler in die Lage zu versetzen, durch die Entwicklung einer konstruktiven Phantasie alternatives Denken zu ermöglichen. Die Einübung analytischer, kritischer, kombinatorischer, komparativer und expressiver Fähigkeiten soll den Schüler befähigen, „Ist-Tatbestände nach Sollens-Tatbestände hin zu hinterfragen“³²⁾, was nicht nur konstruktive Phantasie voraussetzt, sondern auch ein hohes Maß an Abstraktionsvermögen und die Einsicht, daß auch „Sollens-Tatbestände“ als konstruktive Fiktion von den gegenwärtigen sozioökonomischen Bedingungen her determiniert sind.

Gemessen an den derzeit geläufigen Unterrichtsstoffen zeigt sich deutlich die Neuartigkeit dieser Vorschläge, gleichzeitig aber auch die Schwierigkeit, diese Vorschläge im Augenblick mit Erfolg in den Unterricht einzubringen.

Zur Frage der Lehrerfortbildung

schreiben — in den meisten westeuropäischen Ländern hat es an dergleichen Versuchen in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts nicht gefehlt —, wäre es Sache der Unterrichtspraktiker selber, hier Abhilfe zu schaffen. Um die häufig aus Unkenntnis der neuesten Forschungen sich einstellenden groben Vereinfachungen und entstellenden Glättungen im Unterricht zu vermeiden, bedarf es umgehend unterrichtspraktischer Handbücher, um diesem Dilemma abzuwehren. (Bekanntlich gibt es bereits einige unterrichtspraktische Handbücher auf dem Markt [Schlegels Handbuch für den Geschichtsunterricht in der Mittelstufe, das Handbuch von Klein-knecht-Lohan, das Handbuch von Hermann Meyer, zuletzt das 3bändige Werk von Castritius, Lotter, Meyer und Neuhaus, „Herrschaft, Gesellschaft, Wirtschaft“], doch ist ihnen allen gemeinsam, daß sie in der Regel noch zu wenig Impulse für den Unterricht bringen und sowohl im didaktischen und methodischen als auch im stofflich-faktischen Bereich zu schnell veralten. Es wäre zu überlegen, ob hier nicht eine Loseblattsammlung mit der Möglichkeit von Nachlieferungen je nach Bedarf geeigneter wäre.) Wünschenswert wäre für Lehrer aller Stufen ein fortgesetztes Fortbildungs- und Intensivierungsstudium, das in einer Phase der Erprobung zunächst auf freiwilliger Basis oder fakultativ, später aber obligatorisch alle fünf bis acht Jahre jeweils für

²⁹⁾ Mannzmann (Anm. 15), S. 90.

³⁰⁾ Ebd., S. 91.

³¹⁾ Vgl. ebd., S. 93.

³²⁾ Ebd., S. 95.

³³⁾ Hierzu zuletzt Schieder (Anm. 6), S. 32.

die Dauer von sechs bis zwölf Monaten die Möglichkeit einer kritischen Rezeption neuer fachwissenschaftlicher und fachdidaktischer Erkenntnisse garantieren würde. Dieses die Lehrer ohne Zweifel neu motivierende Studium könnte gleichzeitig eine stetige Revision der Lehrinhalte seitens erfahrener Praktiker zur Folge haben und damit auch in dieser

Hinsicht unmittelbare Auswirkungen auf die Unterrichtswirklichkeit haben. Die Diskussion um die Lehrerfortbildung im Fach Geschichte/ Gesellschaftslehre sollte in diese Richtung weitergeführt werden, auch wenn die Realisierungschancen wegen der zu erwartenden Kosten (größerer Lehrbedarf) zunächst nur gering sein dürften.

Immanuel Geiss: Zwischen Marx und Stalin. Kritische Anmerkungen zur marxistischen Periodisierung der Weltgeschichte

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 41/74, S. 3—22

Die jüngsten Dogmatisierungen des Marxismus in der ‚allerneuesten‘ Linken provozieren den Versuch, das gängige marxistische Periodisierungsschema auf seine Brauchbarkeit zur Erfassung des welthistorischen Prozesses zu überprüfen. Es erweist sich, daß das marxistische Fünf-Stadien-Schema (Urgesellschaft oder Urgemeinschaft, Sklavenhaltergesellschaft, Feudalismus, Kapitalismus, Sozialismus) nur eine sozio-ökonomische Auffüllung des traditionellen formalen Periodisierungsschemas ist (Vorgeschichte, Alte Geschichte, Mittelalter, Neuzeit, Zeitgeschichte). In seiner von Marxisten wie „Marxisten“ (im Sinne Engel's) kritiklos akzeptierten Form stammt es zudem gar nicht von Marx oder Engels, die selbst nur eher Arbeitshypothesen denn rigide Dogmen formuliert hatten. Die Dogmatisierung erfolgte vielmehr erst durch Stalin in den Jahren 1933 bis 1938. Das marxistische Periodisierungsschema — so bestechend es auf den ersten Blick wirken mag — hält einer kritischen Überprüfung nicht stand, weil es zu viele unterschiedliche Faktoren in eine angeblich universal gültige Periodisierungsordnung pressen will. Trotzdem ist der Marxsche Ansatz fruchtbar, Formen der wirtschaftlichen Produktion und der ihnen entsprechenden sozialen und politischen Strukturen als Kriterien für die Unterteilung des historischen Prozesses zu nehmen — allerdings nicht in rein chronologisch eingeteilten Epochen, bei denen jede die nächste zwangsläufig determiniert, sondern eher kategorial angeordnet in drei Entwicklungssträngen, die unterschiedlich früh einsetzen und nebeneinander weiterbestanden bzw. heute noch weiterbestehen.

Heide Barmeyer: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht heute. Gedanken zu einer nach-historistischen Konzeption der Geschichtswissenschaft und zur sozialen Funktion des Geschichtsunterrichts

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 41/74, S. 23—36

Die vielzitierte Krise der Geschichtswissenschaft zeigt sich nicht nur in der Problematisierung des Unterrichtsfaches Geschichte an den Schulen — was zumindest seit den heftig umstrittenen Hessischen Rahmenrichtlinien allgemein bekannt ist —, sondern darüber hinaus in einer prinzipiellen Infragestellung der Geschichte als Wissenschaft. Die Ursachen der Krise liegen primär in der einseitigen Prägung der Geschichtswissenschaft durch den Historismus und der daraus resultierenden Verengung ihres Gegenstandsbereiches samt den methodischen Konsequenzen. Herausgefordert durch den sozio-ökonomischen Wandel seit der Industriellen Revolution, durch die Sozialwissenschaften, die moderne Wissenschaftstheorie und den Marxismus kann ein konservatives Bemühen, das unaufgebbare Positionen des Historismus unter gewandelten Umständen retten will, nur Erfolg haben, sofern es gelingt, eine die vierfache Infragestellung beantwortende nach-historistische Konzeption zu entwickeln.

Folgendes Programm zeichnet sich dabei ab: Der Forschungsbereich der Geschichtswissenschaft muß vom überwiegend geistig-sittlich geprägten Individualitätsbegriff auf die temporalen und sozialen Tiefenstrukturen menschlichen Handelns ausgeweitet werden. Eine solche Neubestimmung des Gegenstandes der Geschichtswissenschaft nimmt die oben genannten vier Herausforderungen auf. Verglichen mit dem klassischen Historismus beinhaltet sie eine Neudefinition des vorausgesetzten Individualitätsbegriffes, eine Revision des jeder Einzelforschung vorausgehenden und zugrunde liegenden Menschenbildes und ein Überdenken der Kategorie forschenden Verstehens. Die sozialen Funktionen einer so erneuerten Geschichtswissenschaft werden sich in einem wissenschaftsorientierten Geschichtsunterricht auf allen Schularten und -stufen zeigen.

Gerade angesichts der heutigen Überlegungen zur Schul- und Unterrichtsreform, die einhellig auf eine Lernzielorientierung hinauslaufen, muß dem Fach Geschichte eine besonders wichtige, durch nichts zu ersetzende Aufgabe zufallen. Emanzipation, welche mit der Befähigung zu Selbst- und Mitbestimmung gleichzusetzen ist, kann nur dann innerhalb unserer freiheitlich-demokratisch konzipierten politischen Ordnung der modernen Leistungsgesellschaft erreicht werden, wenn sie sich auf kritische, historisch fundierte Aufklärung stützt. Nur die zweckfreie Beschäftigung mit der Vergangenheit als solcher lehrt mit der Einsicht in die Zeitlichkeit und Relativität aller Erscheinungen alternatives und gleichzeitig realistisches, nüchternes und sachgerechtes Denken, das den Raum des realistischere Möglichen aufzeigt und die Zukunft dem Wandel offenhält, gleichzeitig aber gegen proportionslose Totalkritik und dogmatisches Festschreiben von Utopien immunisiert. Mit der Kenntnis des Fremden, Andersartigen, wächst die Bereitschaft zu Toleranz, das Aufzeigen von Alternativmodellen setzt schöpferische Kräfte der Phantasie frei und fördert das intellektuelle Spiel. Beides ist wesentlich, um in einer sich auf Sachzwänge berufenden Leistungsgesellschaft durch deren Relativierung den Freiheitsraum des einzelnen zu verteidigen. Unsere demokratische Lebensform kann nur bewahrt werden, wenn die Wurzeln zur Vergangenheit nicht abgeschnitten werden, und das heißt konkret, wenn der Geschichtsunterricht im Sinne einer nach-historistischen Geschichtswissenschaft an den Schulen seinen Platz behält.